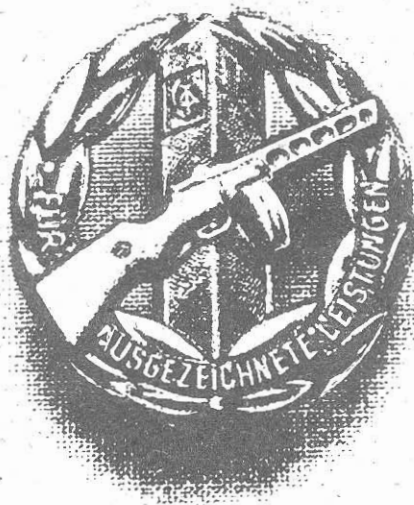




Für den Schutz der Staatsgrenze der jungen Republik

Wilfried Hanisch

Heft 2

Beiträge zur Geschichte
der Grenztruppen der DDR

Für den Schutz der Staatsgrenze der jungen Republik

Wilfried Hanisch

Heft 2

Herausgeberkollektiv:

Oberst Hans Wierhning (Leiter)
Generalmajor a. D. Karl Wilhelm
Oberst a. D. Rudi Harmuth
Oberst a. D. Wolfgang Krug
Oberst d. R. Ernst Greiner-Mai
Oberstleutnant Hartmut Küken

Autor: Oberst Professor Dr. sc. Wilfried Hanisch

Lektor: Oberst Werner Opitz
Oberstleutnant d. R. Rudi Pabst

Gestaltung: Oberst d. R. Klaus Bernsdorf

Gesamtherstellung:

Druckerei der Grenztruppen der DDR

Fotos: Privat

Faksimile: Zeitschrift „Der Grenzpolizist“

Zeichnungen: Gründer

Vorwort

Die vorliegende Broschüre beschreibt in der Periode 1949-1961 eine bedeutende Etappe der Arbeit und der Entwicklung der Grenztruppen der DDR in ihrer 40jährigen Geschichte.

Die imperialistischen Kräfte, die die Spaltung Deutschlands in ihrem Klasseninteresse herbeigeführt hatten, versuchten, unseren jungen Staat mit verstärkter Hetze und Verleumdung, mit Boykott, Wirtschaftskrieg, Sabotage und Diversion in der „Wiege zu erwürgen“.

Unter Ausnutzung der offenen Grenzen zur BRD und zu Berlin (West) wurden unserem Staat große materielle Verluste zugefügt.

Es ist ein besonderes Verdienst des Autors, die Bedingungen und Umstände des damaligen Klassenkampfes für jeden Leser anschaulich dargestellt zu haben.

Somit wird auch in diesem Kapitel der Geschichte der Grenztruppen der DDR deutlich, daß die Gewährleistung der Unverletzlichkeit der Staatsgrenze durch die damalige Grenzpolizei ein Beitrag zur Stärkung des Sozialismus war.

Unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands waren wir gefordert, die Errungenschaften unseres sozialistischen Staates zu schützen und zu verteidigen.

Eine wichtige Bewährungsprobe bestand die Deutsche Grenzpolizei gemeinsam mit den anderen bewaffneten Organen der DDR bei der Niederschlagung des konterrevolutionären Putschversuchs am 17. Juni 1953.

In jener Zeit bestand die besondere Aufgabe, die in dieser Situation des Klassenkampfes notwendige Gefechtsbereitschaft zu entwickeln und zielstrebig zu verbessern.

Unsere Partei und ihre leitenden Genossen widmeten, wie vom Autor anschaulich dargestellt, gerade in dieser Periode den Grenztruppen besondere Beachtung und gewährten ständig Hilfe und Unterstützung. Sie faßten Beschlüsse, die zur Erhöhung der Wirksamkeit der Grenzsicherung beitrugen und die materiellen Voraussetzungen für die Dienst- und Lebensbedingungen verbesserten.

Wir jungen Kommunisten erhielten somit eine richtige Orientierung für unsere verantwortungsvolle Arbeit.

Vergleicht man heute solche Bedingungen und Faktoren wie die personelle Stärke, den Ausbildungsstand, die Ausrüstung und Ausstattung sowie das Niveau der materiellen und finanziellen Versorgung der Einheiten mit denen der damaligen Zeit, so erfüllt es mich, der mit den Grenztruppen groß geworden ist, mit Freude und Stolz, daß ich diesen Entwicklungsweg mitgehen und aktiv mitgestalten konnte.

Viele der Angehörigen der Grenzpolizei, die diese Jahre mitprägten, arbeiten heute in verantwortlichen Dienststellungen und sind leitende Generale und Offiziere der Grenztruppen der DDR.

Der Grenzdienst in jener Zeit formte wesentlich das Persönlichkeitsbild dieser Genossen und trug mit dazu bei, den politischen Inhalt ihres Klassenauftrages immer besser zu verstehen.

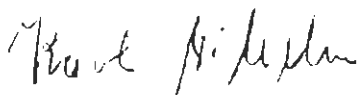
Voller Dankbarkeit erinnere ich mich an die umfassende Hilfe und Unterstützung, die uns durch unsere sowjetischen Genossen zuteil wurden.

Sie gingen auch in diesen Jahren als Berater einen Teil des Weges mit uns.

Wir spürten besonders in dieser Zeit ihre uneigennützigte Hilfe, und unser Klassen- und Waffenbündnis festigte sich weiter.

Dieses Heft zeigt anschaulich den Weg, den wir als ehemalige Grenzpolizei in der damaligen Zeit der Bewährung gestalteten und gingen. Es war notwendig, daß in diesen Jahren die Machtverhältnisse weiter verändert, der Beginn der sozialistischen Ordnung unserer jungen Republik gefestigt und alle Versuche jener Kräfte, die mit Sabotage und Spionage unseren Aufbau zu stören versuchten, zunichte gemacht wurden.

Die gesammelten Erfahrungen haben mit dazu beigetragen, daß die heutigen Aufgaben zum Schutze unserer Staatsgrenze und zur Sicherung des Friedens immer besser und wirksamer erfüllt werden können.



Karl Wilhelm
Generalmajor a. D.

1. Sicherung der Staatsgrenzen

Berlin, Hauptstadt der vier Tage zuvor gegründeten Deutschen Demokratischen Republik, in den Abendstunden des 11. Oktober 1949. Wilhelm Pieck, soeben in gemeinsamer Sitzung der Provisorischen Volkskammer und der Provisorischen Länderkammer einstimmig zum Präsidenten dieser jungen Republik gewählt, betritt die Tribüne vor der Humboldt-Universität. Das ist das Signal für 200 000 Mitglieder der Freien Deutschen Jugend und 800 000 Berliner sowie Werktätige aus allen Teilen der DDR. In einem breiten Strom und im Scheine von Tausenden von Fackeln ziehen sie am Präsidenten des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates vorbei, lassen ihn und die anderen Repräsentanten der neuen Staatsmacht hochleben.

Der Vorsitzende der FDJ, Erich Honecker, spricht das Gelöbnis der deutschen Jugend. Darin wird der DDR Treue gelobt, weil sie das wahre Haus des Volkes ist. Dieses Haus vor den Anschlägen der Kriegsbrandstifter zu schützen, ist ein besonderer Schwerpunkt des Gelöbnisses. Das verstehen besonders jene im großen Fackelzug der FDJ gut, die in der Uniform der Volkspolizei demonstrieren, darunter nicht wenige mit dem „G“ am linken Ärmel der Uniformjacke. Günter Fischer gehörte zu ihnen. Eigentlich hatte er Urlaub und „Flitterwochen“, denn am 8. Oktober heiratete er. Aber noch am gleichen Tage hatte er den Befehl erhalten, am 9. Oktober zum Stab der Grenzbereitschaft Schönberg zurückzukehren und als „Gehilfe für Jugendfragen“ eine Delegation von vorbildlichen FDJ-Mitgliedern auf die Teilnahme am Fackelzug zu Ehren der Gründung der DDR vorzubereiten. Sammelpunkt aller Delegierten des Landes Mecklenburg war Schwerin, nun demonstrierten sie in Berlin. Der jetzige Oberst der Grenztruppen der DDR erinnert sich: „Nun hatten wir unseren ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat mit einem Arbeiterpräsidenten an der Spitze. Einen Staat, der immer für den Frieden eintrat, dessen Gründung Stalin als ‚Wendepunkt in der Geschichte des deutschen Volkes und Europas‘ bezeichnete, einen Staat, der viele Pläne für die Jugend hatte und der für immer mit dem Lande Lenins in Freundschaft leben wollte und lebt. Das alles bewegte uns sehr, als wir heiser, mit Hunger im Magen, mit leuchtenden Augen und voller Tatendrang die Heimfahrt in die damaligen Grenzbereitschaften Schönberg, Wittenburg und Eldena antraten.“

Einen Tag später, am 12. Oktober 1949, wurde die Regierung unter Ministerpräsident Otto Grotewohl gebildet. An sie übergab der Chef der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD), Armeegeneral W. I. Tschuikow, die bisher von dieser ausgeübten Verwaltungsfunktionen und löste zugleich die SMAD auf. Um die weitere Erfüllung des Potsdamer Abkommens und der anderen Deutschland betreffenden Beschlüsse der Antihitlerkoalition zu überwachen, wurde eine Sowjetische Kontrollkommission (SKK) gebildet.

Mit der Staatsgründung wurde die Grenzpolizei zum Grenzschutzorgan der DDR. Die bisher bei der Deutschen Verwaltung des Innern (DVdI) bestehende Hauptabteilung Grenzpolizei ging als eine Hauptabteilung der neugeschaffenen Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei in den nun entstehenden zentralen Staatsapparat ein. Sie übernahm die Dienstaufsicht über die weiterhin bei den Landesbehörden der Volkspolizei bestehenden Abteilungen Grenzpolizei und koordinierte deren Tätigkeit. Erst mit Wirkung vom 1. Januar 1951 wurden ihr alle Grenz Bereitschaften fachlich, personell sowie versorgungs- und dienstaufsichtsmäßig direkt unterstellt, die Abteilungen Grenzpolizei der Länder wurden aufgelöst.

In operativer Hinsicht blieb die Grenzpolizei den Kommandeuren der sowjetischen Truppen unterstellt, nahm doch die Sowjetarmee auch weiterhin die äußere Schutzfunktion für die DDR wahr. Die Sowjetunion entsprach damit ihren aus noch gültigen alliierten Bestimmungen resultierenden Rechten und Pflichten. Zugleich stimmte das mit den Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen der DDR überein.

Die weitere Schutzfunktion der sowjetischen Truppen war Bestandteil jener auf die dauerhafte Friedenssicherung gerichteten Strategie, die die Sowjetunion gemeinsam mit der DDR und den anderen sozialistischen Staaten verfolgte. Die Sowjetunion unterstützte damit, daß sich die weitere revolutionäre Umgestaltung auf dem Gebiet der DDR in friedlichen Formen und ohne Intervention imperialistischer Mächte vollziehen konnte. Zugleich ermöglichte sie damit speziell auch in der Sicherungs- und Schutzfunktion jene bewegliche Politik, die auf die Ausschöpfung aller Alternativen hinauslief, um auf dem gesamten deutschen Nachkriegs-territorium dauerhafte Garantien dafür zu schaffen, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg seinen Ausgang nimmt. Die wichtigste Konsequenz für die Grenzsicherung war die schon genannte weitere völkerrechtliche Verantwortung der Sowjetarmee auf diesem Gebiet. Aber auch für die Grenzsicherung seitens der Grenzpolizei der DDR hatte das zunächst noch weitgehende Konsequenzen. Eine Betrachtung der einzelnen Grenzabschnitte verdeutlicht das:

Objektiv war mit der Gründung der DDR auch das Entstehen ihrer Staatsgrenze verbunden, denn die Staatsgrenze scheidet das Territorium eines jeden Staates von dem seiner Nachbarn beziehungsweise von der hohen See und vom Weltraum. Sie umschreibt jenen Raum auf, unter und über der Erdoberfläche, in dem der Staat seine Souveränität ausübt. Die gegenseitige Respektierung der Staatsgrenzen als Ausdruck der Achtung der staatlichen Souveränität und territorialen Integrität ist eine Grundvoraussetzung für das friedliche Zusammenleben der Völker. Sie wurde deshalb auch zu einer bestimmenden Grundlage des modernen Völkerrechts, wie es vor allem in der Charta der Vereinten Nationen seinen Niederschlag gefunden hat.

Die nun entstandene Staatsgrenze der DDR war 2757,9 Kilometer lang. Sie umfaßte eine 2 258,9 Kilometer lange Landgrenze im Osten, Süden und Westen und eine 338 Kilometer lange Seegrenze im Norden sowie die 161 Kilometer lange Staatsgrenze zu Westberlin.

Die Grenze der DDR gegenüber der Volksrepublik Polen verläuft in einer Länge von 430,9 Kilometern unmittelbar westlich von Swinoujście entlang der Oder bis zur Einmündung der westlichen Neiße und an dieser bis zur Grenze der ČSSR (damals noch ČSR).

Die Grenze der DDR gegenüber der CSSR erstreckt sich in einer Länge von 450,1 Kilometern südlich von Zittau an der Neiße bis zum sogenannten Dreiländereck, wo die Grenzen der ČSSR, der DDR und der BRD zusammentreffen.



Die Waffenbrüderschaft reicht zurück bis in jene Zeit, als Rotarmisten und sowjetische Grenzer deutschen Kommunisten und Antifaschisten sowie jungen Arbeitern die ersten Schritte im Grenzdienst beibrachten. Im gemeinsamen Grenzdienst liegt eine Wurzel unserer unverbrüchlichen Waffenbrüderschaft.

U. B.: Kampfgelährten vor dem damaligen Grenzkommando Sebnitz.



Der 10-m-Kontrollstreifen in den fünfziger Jahren – auch damals bereits eine Visitenkarte des jeweiligen Grenzkommandos – hier im Abschnitt Schöneberg, unmittelbar am Stadtrand von Lübeck-Schlutup.

Die Grenze der DDR gegenüber der BRD verläuft in einer Länge von 1 377,9 Kilometern vom Dreiländereck bis zur Lübecker Bucht:

Die Seegrenze der DDR erstreckt sich entlang der Ostseeküste und verläuft als seewärtige Begrenzungslinie der Territorialgewässer der DDR in einem Abstand von drei Seemeilen von der Niedrigwasserlinie der Küste als Grundlinie oder von solchen Grundlinien, die zwischen festgelegten Punkten gezogen wurden. Ihre seitliche Begrenzung ist im Osten durch die Hoheitsgewässer der Volksrepublik Polen und im Westen durch die der BRD gegeben.

Die Staatsgrenze zu Westberlin verläuft gegenüber der Hauptstadt der DDR in einer Länge von knapp 45 Kilometern von Schildow im Norden bis Schönefeld im Süden und gegenüber dem Bezirk Potsdam in einer Länge von rund 116 Kilometern.

Diese Grenzen sind seit der Gründung der DDR Staatsgrenzen im Sinne des Völkerrechts. Für sie gelten die völkerrechtlichen Grundsätze über die Anerkennung und den Schutz der Staatsgrenzen sowie über das Recht jedes Staates, auf seiner Seite der Staatsgrenze das Grenzregime nach den Erfordernissen der Lage in souveräner Entscheidung festzulegen. Indem die DDR dieses Recht wahrnahm, berücksichtigte sie zugleich die unterschiedlichen Bedingungen, die an den einzelnen Teilen der Staatsgrenze bestanden.

Die Staatsgrenze der DDR gegenüber der VR Polen war als endgültige Regelung aus dem Potsdamer Abkommen hervorgegangen. Die jenseits

dieser Grenze gelegenen, ehemals zum „Deutschen Reich“ gehörenden Gebiete waren durch die Aggressionspolitik des deutschen Imperialismus und Militarismus historisch verspielt worden. Die Regierung der DDR respektierte das vom ersten Tage an. Nachdem zwischen der DDR und Volkspolen sowie der ČSR ebenso wie mit der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten noch im Oktober 1949 diplomatische Beziehungen hergestellt worden waren, bildete die vertragliche Anerkennung der Grenzen den nächstfolgenden Schritt. Seine Aktualität und friedenssichernde Funktion wurde noch dadurch erhöht, daß die BRD bereits in der ersten Erklärung ihrer Regierung diese Grenzen in Frage gestellt hatte. Da die imperialistischen Westmächte den von der UdSSR in Übereinstimmung mit der DDR und den volksdemokratischen Staaten wiederholt geforderten Abschluß eines Friedensvertrages weiter verhinderten, wurden auf diesem Wege die entsprechenden Bestimmungen des Potsdamer Abkommens erfüllt.

Nach einer gemeinsamen Deklaration vom 6. Juni 1950 schlossen die Regierungen der DDR und Volkspolens am 6. Juli 1950 das „Abkommen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Polen über die Markierung der festgelegten und bestehenden deutsch-polnischen Staatsgrenze“. Dem Abkommen entsprechend, wurden alle mit der Markierung der Grenze zusammenhängenden Fragen durch gemeinsame Kommissionen geregelt. Angehörige der Grenzsicherungskräfte der DDR und Volkspolens arbeiteten dabei Hand in Hand. Die festen Grenzsteine symbolisierten, daß dem polnischen Volk nunmehr die Unverletzbarkeit seiner Westgrenze als einer wahrhaften Friedensgrenze für immer garantiert war.

Ebenso bedeutsam war die Entwicklung der Beziehungen zur ČSR. In einer am 23. Juni 1950 in Prag unterzeichneten gemeinsamen Deklaration erklärten die Regierungen beider Staaten den Kampf um die Erhaltung und Sicherung des Friedens als ihr gemeinsames Grundanliegen und betonten, daß sie keinerlei gegenseitige Gebiets- oder Grenzansprüche erheben.

Beide Abkommen waren ein Ausdruck dafür, daß die Gründung der DDR auch einen Wendepunkt in den deutsch-polnischen und deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen bedeutete. In völkerrechtlich verbindlicher Form dokumentierte die DDR, daß sie mit der chauvinistischen und aggressiven Politik des deutschen Imperialismus gegenüber diesen Völkern nichts gemein hat. Auf der Grundlage gleicher gesellschaftlicher Verhältnisse und politischer Ziele entwickelten sich von internationalistischem Geist durchdrungene brüderliche Beziehungen zwischen den Werktätigen der DDR, der Volksrepublik Polen und der ČSR und damit auch zwischen ihren Grenzsicherungskräften.

Grundsätzlich andere Bedingungen charakterisierten die Lage an der Staatsgrenze zur BRD und zu Westberlin. In unausbleiblicher Konsequenz des Entstehens zweier gegensätzlicher deutscher Staaten und der Sonderentwicklung Westberlins wurden aus den ehemaligen Demarkationslinien



Zwei Grenzstreifen begegnen sich im Abschnitt Planen an der Staatsgrenze unserer Republik zur befreundeten Tschechoslowakischen Republik – heute Tschechoslowakische Sozialistische Republik. Für unsere beiden Länder trägt diese Grenze jetzt völkerverbindenden Charakter.

und Sektorengrenzen objektiv Staatsgrenzen. Wenn es die DDR nach ihrer Staatsgründung zunächst weiterhin bei den bisher vorhandenen Sicherungsmaßnahmen beließ und in der Folge noch viele Jahre lang auch nur das Notwendigste in dieser Hinsicht hinzufügte, so gehört das aus heutiger Sicht mit zu den unwiderlegbaren historischen Beweisen dafür, daß die SED und die Staatsführung der DDR in ihrer Verständigungsbereitschaft im wörtlichen Sinne bis an die Grenze des Möglichen gingen.

Der Arbeiter-und-Bauern-Staat an der Westgrenze des sozialistischen Weltsystems manifestierte auch auf deutschem Boden das zugunsten des Sozialismus veränderte Kräfteverhältnis. Er war in konsequenter Verwirklichung der Prinzipien des Potsdamer Abkommens entstanden. Darin bestand von Anfang an seine eindeutige völkerrechtliche Legitimation. Die diesem Abkommen zugrunde liegende Forderung der Völker, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgeht, wurde nun in der DDR zum Verfassungsauftrag und zur Staatsdoktrin.

Zugleich berücksichtigte die SED die Notwendigkeit, die konsequente Weiterführung der revolutionären Umwälzung auf dem Boden der DDR mit einer breiten antiimperialistischen Bewegung zu verbinden, die auch die demokratischen Kräfte in der BRD einschloß. Schließlich geboten der erklärte Willen der Völker der Antihitlerkoalition wie auch die nationalen Interessen des deutschen Volkes, die Prinzipien des Potsdamer Abkommens auch in der BRD voll durchzusetzen und alle diesem Abkommen widersprechenden Maßnahmen rückgängig zu machen. Nur so war auch

die Herstellung der Einheit Deutschlands als friedliebender demokratischer Staat noch möglich. Wie sich herausstellte, erlaubte es das nationale und internationale Kräfteverhältnis nicht, diese Aufgabe zu lösen. Dennoch bleibt es ein historisches Verdienst der SED, daß sie bis zur äußersten Grenze an diesem Ziel festhielt, eine demokratische und fortschrittliche Entwicklung in ganz Deutschland zu erreichen und damit die imperialistische Spaltungspolitik zu durchkreuzen.

Insgesamt ergaben sich hieraus recht komplizierte Anforderungen an die Grenzsicherungspolitik. Einerseits mußten Frieden und sozialistischer Aufbau auch durch die unmittelbaren Grenzsicherungsmaßnahmen zuverlässig geschützt werden. Das war um so notwendiger, als die herrschenden Kreise der BRD im Bunde mit den imperialistischen Westmächten die Gründung der DDR mit einer Verschärfung des kalten Krieges beantworteten. Sie bekräftigten die im Bonner Grundgesetz enthaltene Alleinvertretungsanmaßung und forderten die Wiederherstellung des imperialistischen deutschen Staates in den Grenzen von 1937. Diese Politik war ein Bestandteil der internationalen Strategie der aggressiven imperialistischen Kreise, die auf das „Zurückrollen“ des Sozialismus zielte.



Einweisung am Sandkasten in den Grenzdienst. Die Streife wird mit ihren Aufgaben und den Besonderheiten des Abschnitts vertraut gemacht, Voraussetzung für die lückenlose Sicherung ihres Grenzabschnitts.

Zugleich galt es, auch in der Grenzsicherung den sich aus dem Kampf um die Durchsetzung der Beschlüsse der Antihitlerkoalition in ganz Deutschland ergebenden Erfordernissen und Möglichkeiten für eine demokratische Entwicklung auf dem Gebiet der BRD sowie in Westberlin Rechnung zu tragen. Das bedeutete unter anderem, die unumgänglichen Grenzsicherungsmaßnahmen gegenüber der BRD und Westberlin in Art und Umfang ihrer Durchführung sehr variabel zu gestalten. Seinen deutlichsten Ausdruck fand das im Fortbestehen einer offenen Grenze gegenüber Westberlin und zunächst ebenfalls noch zur BRD auch nach der Gründung der DDR. Unter dem Aspekt ihrer Sicherung hieß „offene Grenze“, daß zunächst kein solch dichtes Grenzsicherungssystem errichtet wurde, das eine vollständige Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs gewährleistet hätte. Dabei handelte es sich um Staatsgrenzen, die kaum natürliche Hindernisse besaßen. Sie durchliefen vielmehr Gebiete, die bis zum Einsetzen der imperialistischen Spaltungspolitik organisch gewachsen und durch ein vielseitiges Kommunikationsnetz verbunden waren. Gegenüber Westberlin fehlten im Innern Berlins selbst an den Straßen-, Bahn- und Wasserübergängen die sonst üblichen Kontrollen. Bewußt wurde auch noch jahrelang auf die begriffliche Kennzeichnung als Staatsgrenze verzichtet. Dessenungeachtet stand vor den Grenzsicherungskräften die Aufgabe, auch unter diesen Bedingungen die über die Staatsgrenze betriebenen imperialistischen Störaktionen und Provokationen zu unterbinden.

Es war offensichtlich, daß die offene Grenze kein Dauerzustand sein konnte. Das Offenhalten der Grenze stellte ein zeitbedingtes Zugeständnis dar, um den Westmächten die Rückkehr zu der gemeinsam mit der Sowjetunion vereinbarten alliierten Politik zu erleichtern und die demokratischen Kräfte in der BRD und in Westberlin im Kampf um die Durchsetzung des Potsdamer Abkommens zu unterstützen. Der sich in der offenen Grenze gegenüber der BRD und Westberlin und den Sicherheitsanforderungen äußernde dialektische Widerspruch erforderte daher Lösungswege, die in betonter Abhängigkeit vom Verlauf und den Ergebnissen der internationalen Klassenauseinandersetzung mit den Kräften des Imperialismus auch auf deutschem Boden entschieden werden mußten.

Wie ungewöhnlich sie manchmal sein mußten, soll folgendes verdeutlichen:

Die aggressiven imperialistischen Kreise nutzten skrupellos die durch die Spaltung verursachten ökonomischen Disproportionen aus. Schließlich wurden 1936 auf dem Territorium der jetzigen DDR nur 5 Prozent des Eisenerzes, 2 Prozent der Steinkohle, 7 Prozent der Eisenmetallurgie – andererseits aber 31 Prozent des davon abhängigen Maschinenbaus und bei bestimmten Zweigen der Leichtindustrie bis zu 100 Prozent der Gesamtproduktion erzeugt. Diese Proportionen hatten sich auch in den ersten Nachkriegsjahren noch nicht wesentlich verändert. Als die BRD-Regierung daher im Verein mit den westlichen Hochkommissaren Anfang Februar 1950 die vertraglich gebundenen Lieferungen von 335 000 Ton-

nen Stahl und Eisen an die DDR verbot, rief das beträchtliche Schwierigkeiten im wirtschaftlichen Aufbau der DDR hervor.

Parallel dazu verstärkten die imperialistischen Geheimdienste und Agentengruppen Ende 1949, Anfang 1950 ihre Diversionstätigkeit in der DDR. Mit Hilfe ehemaliger Konzernangestellter und anderer reaktionärer Elemente organisierten sie Sabotageakte, den Raub von Rohstoffen und Industrieanordnungen sowie von anderem Volkseigentum. Sprengstoffanschläge in Betrieben forderten Todesopfer unter den Arbeitern und riefen wirtschaftliche Schäden in Höhe von Hunderttausenden Mark hervor. Organisierte Sabotagetrupps zerstörten Bahnanlagen – insbesondere der Berliner S-Bahn –, zerschnitten Telefonkabel und verschoben das geraubte Buntmetall nach Westberlin.

Die Regierung der DDR sah sich deshalb bereits am 26. Januar 1950 gezwungen, in einem Beschluß über die „Abwehr gegen Sabotage“ besondere Maßnahmen zum Schutz der Volkswirtschaft festzulegen. Sie rief die Werktätigen und insbesondere ihre bewaffneten Organe zu verstärkter Wachsamkeit auf. Unterstützt durch andere Kräfte der Volkspolizei und gemeinsam mit den sowjetischen Genossen verstärkten daher die Einheiten der Grenzpolizei ihre Kontrolltätigkeit insbesondere an den Grenzübergängen. Die Bedeutung dieser Sicherungsmaßnahmen für die Versorgung der Bevölkerung, aber auch das Ausmaß der wirtschaftlichen Schädigungsversuche geht aus Angaben über die im ersten Halbjahr 1950 durch die Grenzpolizei sichergestellten Waren hervor. Außer mehreren Hundert Tonnen Lebensmittel befanden sich darunter: 100 000 Stück Oberbekleidung, etwa 6 000 Meter Stoffe, ungefähr 20 000 Paar Strümpfe, rund 16 000 Stück Geschirr und 29 000 Glühlampen, ferner Kunstgegenstände, Edelmetall und etwa 9 Tonnen Buntmetall.

Trotz großer Einsatzbereitschaft der Grenzpolizisten konnten sie bei weitem nicht alle Machenschaften des Klassengegners durchkreuzen. Zwar verlief der reguläre Fahrzeugverkehr an der Grenze zur BRD und nach Westberlin über feste Kontrollpassierpunkte, jedoch existierte eine Vielzahl von durchgehenden Straßen und Wegen, die wegen des dünnmaschinigen Streifennetzes der Grenzpolizei ein relativ leichtes Umgehen der Kontrollen ermöglichten. Vor allem blieben die Warenbewegungen von der DDR über das demokratische Berlin nach Westberlin faktisch unkontrolliert. Um diese Lage zu ändern, beschloß die Provisorische Volkskammer der DDR am 21. April 1950 das „Gesetz zum Schutze des innerdeutschen Handels“. Das Gesetz sah eine umfassende Kontrolle der Warenbewegung im Handel mit der BRD vor und dehnte diese Bestimmung auch auf den Verkehr von und nach Westberlin aus. Gemäß der 3. Durchführungsbestimmung zu diesem Gesetz durfte der Waren- und Fahrzeugverkehr zwischen der BRD und Westberlin, zwischen der DDR und Westberlin sowie zwischen dem inneren Gebiet der DDR und dem demokratischen Berlin – der Hauptstadt der DDR – ab 1. November 1950 nur noch über festgelegte Kontrollpassierpunkte (KPP) erfolgen. Dazu wurde die Grenzpolizei am „Ring um Berlin“ ab Mai 1950 personell verstärkt. Für den

Waren- und Fahrzeugverkehr wurden zwischen der BRD und Westberlin 2, zwischen der DDR und Westberlin 5 und zwischen dem inneren Gebiet der DDR und dem demokratischen Berlin 9 Kontrollpassierpunkte eingerichtet.

Um ohne Veränderung des Zustandes an der Grenze zu den Westsektoren im Innern Berlins wenigstens elementarsten Sicherheitsbedürfnissen entsprechen zu können, mußte selbst der außergewöhnliche Weg einer Sicherungslinie zwischen der Hauptstadt und dem sonstigen Territorium der DDR beschritten werden. Diese Kompromißlösung stellte ein großes Entgegenkommen der DDR dar, zumal sie den normalen Verkehr behinderte und auch für die Bevölkerung beträchtliche Erschwernisse mit sich brachte. Unter anderem vergrößerten sich die Fahrzeiten zu den Arbeitsstätten und Erholungsgebieten. Sie schlossen ständige Kontrollen beim Überqueren der Stadtgrenze ein, die bisher nur eine kommunale Verwaltungsgrenze gewesen war. Verständlicherweise fiel es daher vielen Bürgern zunächst nicht leicht, die Notwendigkeit der neuen Maßnahmen einzusehen. Aus eigenem Erleben konnten sich die Werktätigen aber bald von deren Wirksamkeit überzeugen. Der Kampf gegen die von Westberlin ausgehende Wirtschaftssabotage und politische Diversion wurde wesentlich erleichtert. Das unterstützte das harte Ringen des Volkes um den Aufbau eines besseren Lebens in der DDR.

Im Kampf gegen Wirtschaftssabotage und zunehmende politische Diversion entstand Anfang 1950 die Grenzkriminalpolizei. Bereits vorher waren in den Grenzpolizei-Kommandanturen und Grenz-KPP besondere Ermittlungsabteilungen erforderlich geworden, die die Untersuchungen bei illegalem Überschreiten der damaligen Demarkationslinie, insbesondere hinsichtlich mitgeführter Zahlungsmittel und Schieberware, führten. Wie sich Oberstleutnant Harry Nestvogel erinnert, waren beispielsweise Ende 1948 im Bereich der Grenzpolizei-Kommandantur Meiningen täglich 20–40 Fälle, vor und an Feiertagen jedoch oft an die 100 zu bearbeiten. In der Regel genügte eine Ordnungsstrafe. Bald nahmen jedoch die politischen Motive zu. Der Grenzkriminalpolizei wurde daher mit ihrer Gründung die Aufgabe gestellt, aus der Masse der Grenzverletzer diejenigen Personen herauszufinden, die entweder direkt für den Gegner arbeiteten oder mit kriminellen Handlungen die DDR schädigen wollten. Dafür wurden in den Grenzpolizei-Kommandanturen und KPP Grenzkriminalpolizei-Stellen (GKPSt) geschaffen. Sie bestanden personell aus einem Leiter, seinem Stellvertreter und sechs Kriminalisten. Eine weibliche Kriminalistin führte die Fahndungskartei.

Erste Qualifizierungen erfolgten in Thüringen an der Landespolizeischule Erfurt in 6-wöchigen Lehrgängen. Bald danach wurde an der damaligen VP-Schule für Kriminalistik in Arnsdorf bei Dresden in 10-Monats-Lehrgängen eine solide Spezialausbildung durchgeführt. Die Weiterbildung erfolgte durch Teilnahme an den monatlichen Schulungen der Kriminalpolizei in den Volkspolizei-Kreisämtern. Von unschätzbarem Wert war auch hier die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit sowjeti-

schen Genossen, die große praktische Erfahrungen im Erkennen und Überführen von Agenten des Gegners besaßen.

Oft waren Geldbeträge oder Wertsachen in Zahnpastatuben, ausgehöhlten Kleiderbürsten, in Schuhen usw. verborgen, Schriftstücke und Geldscheine nicht selten im Futterstoff der Kleidung eingenäht. Aber es gab auch schwerwiegendere Vergehen darunter. So wurde beispielsweise in Meiningen ein Grenzverletzer gestellt, der 25 Widia-Plättchen (Hartmetallschneiden für Drehstäbe) in einem Brot eingebacken mitführte. Diese etwa 10x20x5 mm messenden Plättchen waren absolute Mangelware und wurden damals im Westen pro Stück mit 1 000 Mark (West) gehandelt. Angesichts des illegalen Wechselkurses von 1 : 5 hätte dies dem Schieber aus dem Hartmetallwerk Immelborn 125 000 Mark Gewinn erbracht – zum Schaden des Außenhandels der DDR.

Als nach der Einführung eines besonderen Grenzregimes an der Grenze zur BRD 1952 die Anzahl der an der Staatsgrenze festgenommenen Personen wesentlich zurückging, war ein besonderes Untersuchungsorgan der Grenzpolizei nicht mehr erforderlich. Die Grenzkriminalpolizei wurde daher mit Wirkung vom 01. 12. 1952 aufgelöst. Ihre Mitarbeiter fanden andere Verwendung, nicht wenige in den späteren Militärjustizorganen.

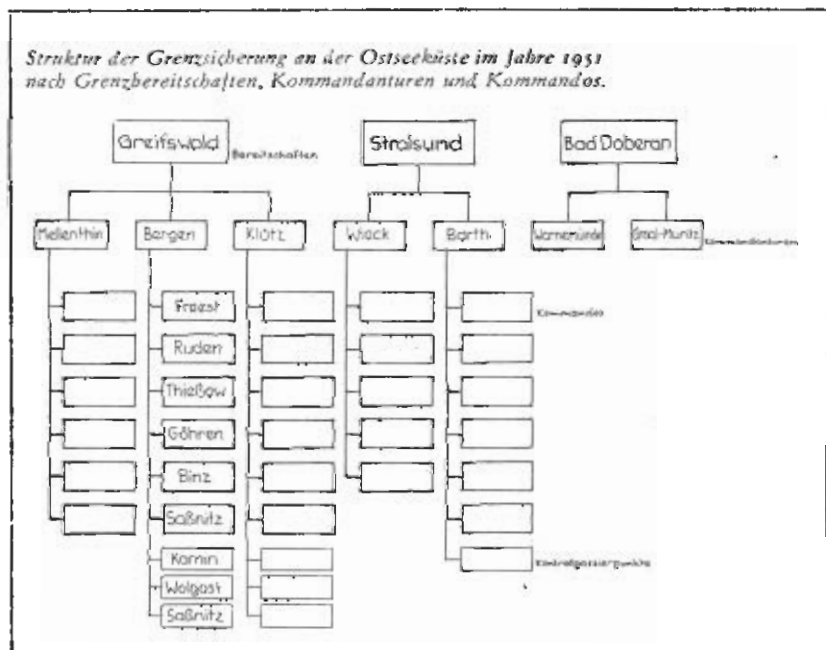
Zu den wachsenden Aufgaben der Grenzpolizei nach der Gründung der DDR gehörte nicht zuletzt, daß ihr nunmehr durch die SKK auch die Sicherung der Seegrenze übertragen wurde, die bisher von sowjetischen Einheiten und Kräften der Transport- und Wasserschutzpolizei überwacht worden war.



Zwei Boote der Grenzsuchungskräfte im Mai 1956 in der Bootswerft Ribnitz.

Am 7. Januar 1950 übernahm die Grenzpolizei des Landes Mecklenburg auf Befehl des Chefs der Deutschen Volkspolizei die Überwachung der Ostseeküste in einer Länge von 640 Kilometern und der Dreimeilenzone sowie die Kontrolle der Hafeneinfahrten. Die damit verbundenen Anforderungen wurden in der „Instruktion für die Grenzpolizei Nord zum Schutz der Ostseeküste der Deutschen Demokratischen Republik“ vom 14. September 1950 wie folgt umrissen: Bewachung der Küste und Territorialgewässer gegen das Eindringen bewaffneter Banden, Spione, Diversanten, Schmuggler und anderer feindlicher Elemente; Kampf gegen alle Arten des Schmuggels; Schutz der Fischer sowie der Bevölkerung. Weiterhin hatte die Grenzpolizei das Einhalten der für den Schiffsverkehr auf See erlassenen Gesetze, Bestimmungen usw. zu überwachen.

Das waren neuartige Aufgaben für die Grenzpolizei, die weder Erfahrungen in der Küstensicherung noch in der Überwachung der Territorialgewässer und Häfen besaß. Für ihre erfolgreiche Lösung war es daher sehr günstig, daß die neuangestellten Grenzbereitschaften Nord hinsichtlich der Organisation und Durchführung des Dienstes den örtlich zuständigen Organen der SKK unterstanden. Gestützt auf die Erfahrungen der sowjetischen Klassengenossen, konnten auch beim Aufbau der Grenzsicherung an der Ostseeküste die unvermeidlichen Anfangsschwierigkeiten bald überwunden werden. Dank einer erfolgreichen Werbeaktion der leitenden Organe der SED und der Volkspolizei des Landes Mecklen-





An den weiträumigen Küstenstreifen im Norden wie auch an anderen dünn besiedelten Grenzabschnitten, so an der Grenze zur VR Polen, gab es bis gegen Ende der 50er Jahre berittene Streifenposten. Unsere Fotos stammen vom Mai 1956. Sie zeigen zum einen ein Postenpaar am Strand bei Vitte (Grenzbereitschaft Glowé), zum anderen die Gefreiten Krüger (links) und Klose vom Görlitzer Grenzkommando Ostritz.



burg waren die vorgesehenen Einheiten bereits bis März 1950 voll aufgefüllt. Sie setzten sich vor allem aus jungen Landarbeitern zusammen, die nach einem 14tägigen Einweisungslehrgang ihren Dienst aufnahmen. Die leitenden Kader kamen aus schon bestehenden Grenzbereitschaften des Landes sowie aus den in die Grenzpolizei übernommenen Kräften der Transport- und Wasserschutzpolizei. Die Qualifizierung der Offiziere und Gruppenführer erfolgte ebenfalls in Kurzlehrgängen. Für die seemännische Ausbildung entstand eine Bootsschule in Ribnitz.

Der Formierungsprozeß zu einsatzbereiten Einheiten wurde auch hier dadurch erleichtert, daß die Partei viele junge Genossen für den Grenzdienst gewonnen hatte. Fast ein Drittel aller Angehörigen der Grenzbereitschaften Nord war Mitglied oder Kandidat der SED.

Die Unterbringung der Grenzpolizisten erfolgte zur Hälfte in ehemaligen Zoll-Lotsen-Häusern, die der übrigen zeitweilig privat. Ihre Ausrüstung entsprach im wesentlichen jener der an den Landgrenzen bestehenden Grenzbereitschaften. Zusätzlich verfügten sie über den von der Wasserschutzpolizei übernommenen Bootsbestand, der allmählich ergänzt wurde. Er umfaßte Seeboote für den Einsatz in der Dreimeilenzone, Streckenboote für die Seewasserstraßen im Küstengebiet und Hafenboote. Angesichts der weiträumigen Küstenabschnitte wurden 1950 berittene Streifenposten eingeführt. Mit ihrer Hilfe konnte auch die mangelnde Fahrzeugausstattung etwas ausgeglichen werden. Dasselbe geschah im gleichen Jahre auch an anderen weniger dicht besiedelten Grenzabschnitten, insbesondere an der Ostgrenze. In einigen Dienststellen gab es berittene Streifenposten bis gegen Ende der 50er Jahre.

Die bei der Sicherung der Seegrenze bestehenden spezifischen Aufgaben führten im Mai 1951 zu einer vorübergehenden Unterstellung der Grenzbereitschaften Nord unter die damalige Seepolizei. Die Hauptverwaltung der Seepolizei war am 15. Juni 1950 durch Beschluß des Ministerrates zur Sicherung der Territorial- und Küstengewässer der DDR gebildet worden. An ihrer Spitze stand der damalige Generalinspekteur der Volkspolizei Waldemar Verner, später Stellvertreter des Ministers für Nationale Verteidigung und Chef der Politischen Hauptverwaltung der Nationalen Volksarmee. Nachdem die Seepolizei einen Teil der seewärtigen Sicherungsaufgaben übernommen hatte, wurden die im näheren Küstenbereich zu lösenden Aufgaben im Jahre 1952 wieder der Grenzpolizei übertragen. Die Sicherung der Seegrenze blieb daher auch in der Folgezeit eine wichtige Aufgabe der Grenzpolizei.

Mit der Übernahme der Seegrenze übte die Grenzpolizei an allen Teilen der Staatsgrenze der DDR — soweit sie damals einer Sicherung unterlagen — in enger Zusammenarbeit mit den sowjetischen Klassenbrüdern die Sicherungsfunktion aus.

Mit Wirkung vom 10. Juni 1950 übertrug die Sowjetische Kontrollkommission den Grenzsicherungsorganen der DDR auch die Durchführung der Kontrollaufgaben an den Grenzkontrollpassierpunkten. Sie wur-

den von den sowjetischen Einheiten in feierlicher Form an die Grenzpolizei übergeben. Die Kontrolle des Personen- und Transportverkehrs der Alliierten Mächte und sonstiger ausländischer Staaten oblag weiterhin den sowjetischen Organen. Das war ein wichtiges Moment, um einer weiteren Verschärfung der Lage durch die aggressivsten imperialistischen Kreise auch von dieser Seite her vorzubeugen.

Für nicht wenige Grenzer der damaligen Zeit ist das 1. Deutschlandtreffen der Jugend vom Mai 1950 noch in besonderer Erinnerung. So auch für Oberst a. D. Kurt Höfer. Er schreibt: „Erstmals in der Nachkriegsgeschichte kamen auch viele tausend Jugendliche aus der BRD über die Staatsgrenze in unser Land. Ihr Losungswort war ‚Freundschaft‘, und unseren Grenzern war dieses Wort sehr gut bekannt. In kleinen und größeren Gruppen wurden die Freunde aus der BRD zu den Sammelpunkten gebracht, von denen sie nach kurzem Aufenthalt, mit Tee und kleinem Imbiß von unseren Grenzern versorgt, per Bus die Weiterreise nach Berlin antraten.“ Mit Genugtuung erlebte er, wie diese bei der Ankunft überwiegend noch sehr zurückhaltenden Jugendlichen – schließlich waren sie massiver antikommunistischer Hetze ausgesetzt gewesen – bei ihrer Rückkehr voller Begeisterung die neuen Jugendlieder sangen.

AN DEN ABTEILUNGSLEITER GRENZE DER LANDESBEOHÖRDE DER VOLKSPOLIZEI MECKLENBURG, INSPEKTEUR GERHARD PRUEFER.		<table border="1"> <tr> <td>Tele.</td> <td>Öffentlich</td> </tr> <tr> <td>...</td> <td>...</td> </tr> </table>		Tele.	Öffentlich	...	...
Tele.	Öffentlich						
...	...						
SCHWERINHECKL =							
ER DIE HERVORRAGENDE UNTERSTÜTZUNG DER JUNGEN FRIEDENSKÄMPFER BEI IHRER RUECKKEHR IN IHRE HEIMATGEBIETE UND UM DIE HILFE, DIE SIE IHNEN GELEISTET HABEN, ALS DIE WESTDEUTSCHE POLIZEI DIE JUGENDLICHEN EINKESSELTE, SPRECHE ICH IHNEN DIE VOLLE ANERKENNUNG UND DEN DANK DER REGIERUNG AUS. GEZ. OTTO GROTEWOHL *							

Als die jungen Friedenskämpfer aus der BRD nach dem Berliner Deutschlandtreffen in ihre Heimatgebiete zurückkehren wollten, sahen sie sich an der Demarkationslinie den Schikanen der westdeutschen Polizei ausgesetzt. Es war nicht zuletzt die Deutsche Grenzpolizei, die ihnen jedwede Hilfe erwies. Von keinem geringeren als dem Ministerpräsidenten Otto Grotewohl erhielt dafür der Abteilungsleiter Grenze der VP-Landesbehörde Mecklenburg, Inspekteur Gerhard Prüfer, ein Danktelegramm.



Speziell die Grenzpolizeiangehörigen der Landesbehörde Mecklenburg hatten aber noch eine Bewährung besonderer Art im Zusammenhang mit dem 1. Deutschlandtreffen zu bestehen. Die westdeutsche Polizei verweigerte bei Herrenburg den Grenzübertritt, aber auch die Verpflegung und sanitäre Betreuung der ca. 10 000 westdeutschen Jugendlichen, die am Treffen teilgenommen hatten und in ihre Heimatorte zurückkehren wollten. Der damalige Abteilungsleiter Grenze der Landesbehörde der VP Mecklenburg, Inspekteur **Cerhard Prüfer**, erinnert sich: „Als die Spitze des Zuges drüben ankam, hatten die westlichen Zöllner und die Polizei alles mit Hunden abgeriegelt. Jedenfalls ließen sie den Zug nicht nach Lübeck weitermarschieren. Auf dem sogenannten ‚Niemandland‘ mußten wir die 10 000 Jugendlichen dann zwei Tage betreuen. Es mußten Verpflegung, Decken und einige Zelte herangeschafft werden. Nach zwei Tagen gab die westliche Seite die Straße frei, und die Jugendlichen konnten in ihre Heimat zurück. Für diesen Einsatz bekam ich dann ein Danktelegramm des Ministerpräsidenten, Genossen Otto Grotewohl.“

Auch die innere Entwicklung der Grenzpolizei widerspiegelte den weiteren Ausbau der Machtorgane der Diktatur des Proletariats nach der Staatsgründung. Ab 1. Januar 1951 wurden sämtliche Grenzbereitschaften fachlich-personell, versorgungs- und dienstaufsichtsmäßig unmittelbar der bei der Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei bestehenden Hauptabteilung Grenzpolizei unterstellt. Die in den Ländern bestehenden Führungsstäbe für die Grenzpolizei sowie der Abteilungsstab für den „Ring um Berlin“ wurden aufgelöst. Damit fand der Entwicklungsprozeß der Grenzpolizei zu einem zentral geführten Sicherheitsorgan der Arbeiter-und-Bauern-Macht seinen Abschluß.



Im Zeltlager Berlin-Buch, Mai 1950: Zwei Politstellvertreter von Grenzerdelegationen zum 1. Deutschlandtreffen der Jugend. Rechts: VP-Oberkommissar Gerbard Lorenz, der spätere General und Chef der Politischen Verwaltung der Grenztruppen der DDR; links: VP-Oberkommissar Krause.



Auf freiem Feld wurden in Oebisfelde Jugendliche aus der BRD willkommen geheißen, ehe sie ihren Weg zum Deutschlandtreffen 1950 in Berlin fortsetzten.



Auch in Harbke kam es zu herzlichen Gesprächen, nachdem sich die jungen Gäste am Sammelplatz eingefunden hatten.

Die bewährten Kader der ehemaligen Abteilungsstäbe der Länder übernahmen leitende Funktionen im zentralen Führungsorgan und in den Grenzbereitschaften, einige auch in anderen Zweigen der Volkspolizei. Ihre Tätigkeit trug maßgeblich dazu bei, daß auch in der Grenzpolizei die Machtpositionen der Arbeiterklasse weiter gefestigt werden konnten. Dabei traten an die Seite der älteren Genossen zunehmend jüngere Führungskader, die, von ihnen mit geformt, sich als zuverlässige Interessenvertreter der Arbeiterklasse bewährt hatten. So gehörten dem zentralen Führungsorgan unter anderem an:

- der Volkspolizei-Inspekteur **Heinrich Stock**. Im Frühjahr 1946 war er Hauptwachtmeister und Sachbearbeiter für Schulung und Ausbildung in der Gebietsinspektion Thüringen-Ost in Gera, 1948 Kommandeur der Grenzabteilung Benneckenstein, 1949 Kommandeur einer Grenzbereitschaft. Von April 1955 bis Februar 1957 war er Chef der Deutschen Grenzpolizei. Nach mehreren anderen Funktionen war er später im militärischen Auslandsdienst tätig;

- der Volkspolizei-Inspekteur **Edwin Maseberg**, zunächst verantwortlich für den Aufbau der Abteilung „Ring um Berlin“, später viele Jahre im zentralen Führungsorgan der Grenzpolizei sowie als Generalmajor im Ministerium für Nationale Verteidigung tätig.

Zu den jüngeren Mitarbeitern gehörte als Lektor im Referat Schulung und Erziehung der Volkspolizei-Rat **Rudi Harmuth**, 1950 Kommandantur-Leiter und später als Oberst im Kommando der Grenzpolizei und der Grenztruppen einer der leitenden Kader ihrer Politischen Verwaltung.

Auch die unteren Kommandoebenen waren mit klassenbewußten jungen Arbeitern besetzt. Viele von ihnen übten später leitende Funktionen in den Führungsorganen des Kommandos der Grenzpolizei und der Grenztruppen sowie ihrer Verbände und Schulen aus.

Zum Zeitpunkt der Staatsgründung gehörten dazu:

- der Volkspolizei-Meister **Gerhard Lorenz**, Stellvertreter Polit-Kultur einer Grenzkommandantur, 1950 als Volkspolizei-Oberkommissar Politstellvertreter der Grenzerdelegation vom „Ring um Berlin“ zum 1. Deutschlandtreffen der Jugend, später als General Kommandeur eines Verbandes der Grenztruppen, heute Stellvertreter des Chefs und Chef der Politischen Verwaltung der Grenztruppen der DDR;

- der Volkspolizei-Meister **Dieter Clasen**, Leiter eines Grenzkommandos, später Oberst beim zentralen Führungsorgan und an der Offiziershochschule der Grenztruppen;

- der Volkspolizei-Oberkommissar **Heinz Krammer**, 1. Stellvertreter Polit-Kultur einer Grenzkommandantur, später als Oberst Kommandeur eines Verbandes der Grenzpolizei und der Grenztruppen.

Der unermüdliche Einsatz dieser und vieler anderer durch die Partei erzogener junger Arbeiter trug in hohem Maße dazu bei, daß die Grenzpolizei die weiter wachsenden Aufgaben zur Sicherung der Staatsgrenzen erfolgreich lösen konnte.

2. Festigung der Grenzsicherung beim planmäßigen sozialistischen Aufbau

Berlin am 7. Oktober 1952: Demonstration zum Tag der Republik. Erstmals wird sie durch eine Parade der bewaffneten Kräfte der DDR eröffnet. Kommandiert von Oberst Heinrich Stock, befindet sich auch der Marschblock der Grenzpolizei darunter. Zum ersten Male werden anstelle der bisherigen dunkelblauen Polizeiuniformen die neuen Uniformen getragen: khakifarben, mit grünen Biesen und Kragenspiegeln sowie den ab 1. Oktober gültigen militärischen Dienstgradabzeichen — im Schnitt entsprechen sie denen der seit August 1952 bestehenden Kasernierten Volkspolizei (KVP), die ebenfalls erstmalig getragen wurden. Die neuen Uniformen sind ein äußeres Zeichen dafür, daß 1952 ein neuer Entwicklungsabschnitt der Grenzpolizei der DDR begonnen hat.

Die SED hatte auf ihrer 2. Parteikonferenz im Juli 1952 eingeschätzt, „daß der Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe in der Deutschen Demokratischen Republik geworden ist“. Im Zusammenhang mit dem Übergang zum planmäßigen sozialistischen Aufbau forderte die Partei, „Maßnahmen zur Stärkung unserer Republik, zur Festigung und Verteidigung ihrer Grenzen, ihrer demokratischen Ordnung und Gesetzlichkeit“ zu ergreifen. Damit zog die SED auch Schlussfolgerungen aus den verstärkten Anstrengungen der aggressiven imperialistischen Kreise, von der BRD aus durch politisch-ideologische Diversion, Wirtschaftssabotage und andere Maßnahmen den sozialistischen Aufbau in der DDR zu stören. Diese waren vor allem bemüht, die Arbeiter-und-Bauern-Macht im unmittelbaren Grenzgebiet zu unterminieren und die Grenzsicherungskräfte der DDR durch Grenzzwischenfälle in gefährlicher Weise zu provozieren. So verleiteten sie mit Hilfe reaktionärer Elemente in den Grenzorten DDR-Bürger zu illegalen Grenzübertritten, um sie in konterrevolutionäre Hetzveranstaltungen einzubeziehen. Angehörige westlicher Besatzungstruppen oder des Bundesgrenzschutzes der BRD „sicherten“ diese Veranstaltungen. Sie eröffneten das Feuer auf die DDR-Grenzsicherungskräfte, wenn diese gegen die Grenzverletzer einschritten. Vom Juli 1950 bis zum Mai 1952 fielen diesen Anschlägen weitere Grenzpolizisten der DDR zum Opfer: die Genossen Siegfried Apportin, Herbert Liebs, Werner Schmidt, Heinz Janello, Manfred Portwich und Ulrich Krohn.

Besonders die Ermordung der Grenzpolizisten Liebs, Schmidt und Janello durch USA-Soldaten machte deutlich, daß den aggressiven imperialistischen Kräften im Interesse ihrer reaktionären Klassenziele alle Mittel, selbst der kaltblütig geplante und hinterhältig ausgeführte politische Mord, recht sind. Am 21. Februar 1951 überfielen acht Angehörige der USA-

Armee den Volkspolizei-Wachtmeister Herbert Liebs während seines Streifendienstes auf dem Territorium der DDR, erschossen ihn und versuchten danach, ihn auf das Gebiet der BRD zu schleifen. Ihren Versuch, auf diese Weise einen „Verteidigungsfall“ zu konstruieren, vereitelten hinzukommende DDR-Grenzpolizisten.

Wenig später, am 2. März 1951, lockten Angehörige einer amerikanischen Truppeneinheit die Volkspolizei-Wachtmeister Werner Schmidt und Heinz Janello unmittelbar an der Staatsgrenze in einen Hinterhalt und ermordeten sie in **bestialischer** Weise. Die Mörder gehörten einer aus Korea nach der BRD **verlegten** Truppeneinheit an, der berüchtigten „Hölanddivision“ unter **General Ridgway**.

Otto Grotewohl **ehrte** am 14. März 1951 in seiner Regierungserklärung vor der Volkskammer die drei Grenzpolizisten, die ihr Leben für den Schutz der DDR **hingegen** hatten, und charakterisierte die imperialistische Bluttat mit der Erklärung: „Die Provokateure des Bürgerkrieges **lassen** ihren Worten bereits die entsprechenden Taten folgen.“ Er **entlarvte** zugleich, daß die imperialistische Politik darauf abzielte, systematisch den Boden für **konterrevolutionäre** Anschläge vorzubereiten und dazu nicht nur die Leitung, sondern auch die Unterstützung der **konterrevolutionären** Kräfte von der BRD aus zu sichern. Diese Absicht **bestätigte** Heinrich von Brentano, der spätere BRD-Außenminister, im März 1952 in ihrer ganzen Konsequenz wie folgt: „Wir werden alles und das Letzte unternehmen, ich sage ausdrücklich alles und das Letzte, um die sowjetische Besatzungszone wieder **zurückzuholen**.“

Im gleichen Monat wurde bei der Bonner Regierung der „Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands“ gebildet, der sich mit der „Wiedereingliederung“ der DDR in das imperialistische Herrschaftssystem der BRD befaßte. Zu dieser **Zeit** entstand auch der **später** weiter ausgebauten Plan, die DDR im Zusammenwirken mit **organisierten** konterrevolutionären Kräften durch eine sogenannte innerdeutsche Polizeiaktion zu liquidieren. Als bewaffnetes Instrument dazu sollte unter anderem der 1951 zusätzlich zu den bestehenden Ländergrenzpolizeien geschaffene Bundesgrenzschutz (BGS) **dienen**. In einer in den 60er Jahren im Auftrage Bonner Regierungsstellen über ihn verfaßten Publikation heißt es dazu, die Regierung der BRD habe mit Nachdruck **betont**, daß „der BGS ein unverzichtbarer polizeilicher Puffer **zwischen** den **militärischen** Vorposten von Ost und West wäre“, der „eine **wesentliche** Rolle im Falle einer Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands spielen würde“. Diese „Puffer-Funktion“ sei notwendig, da bei **leichten** Grenzwischenfällen der Einsatz regulärer Streitkräfte „aus **solchem** Anlaß wegen des NATO-Bündnis-Systems zu **einem** **militärischen** Konflikt führen könnte“. Außerdem sei es „wenig **wahrscheinlich**, daß die Auseinandersetzungen zwischen West und Ost zu **einem** ‚heißen‘ Krieg ausarten, dagegen läge ein ‚Kleinkrieg‘ mit der Volkspolizei und den Kampfgruppen durchaus im Bereich des Möglichen“. Die Ernsthaftigkeit einer solchen Funktion des BGS wurde durch folgende Fakten unterstrichen:

- Der Bundesgrenzschutz in einer Stärke von zunächst 10 000, später 20 000 Mann wurde mit seinen Einsatzeinheiten ausschließlich gegenüber der DDR und der ČSR stationiert, davon zwei Drittel an der Grenze zur DDR. Da die ihm angeblich zustehenden grenzpolizeilichen Aufgaben der Pafnachschau usw. laut Gesetz der Zollgrenzschutz der BRD wahrnahm, sah sich selbst der westdeutsche Militärpublizist und ehemalige Oberst der faschistischen **Wehrmacht Horst** von Zitzewitz zu dem Eingeständnis veranlaßt, daß der **Bundesgrenzschutz** eine „Eingreif-Reserve“ ohne echte friedensmäßige Aufgaben“ sei.

- Der **Bundesgrenzschutz** entstand als sogenannte Polizeitruppe mit militärischem Charakter. Vollmotorisiert, mit Maschinenwaffen, ab November 1951 mit leichten amerikanischen Panzern und in der Folge auch mit panzerbrechenden Waffen, Geschützen, Granatwerfern und Minen ausgerüstet sowie durch Pionier- und andere Spezialeinheiten verstärkt, war er fähig, selbständig, mit relativ großer operativer Beweglichkeit militärisch zu handeln.

- Bei der Bildung des Bundesgrenzschutzes wurde noch stärker als bei der Schaffung der Bundeswehr auf ehemalige faschistische Kader zurückgegriffen. Zum Zeitpunkt der Aufstellung waren 62 Prozent der Offiziere ehemalige Wehrmachtsoffiziere und 38 Prozent ehemalige Polizeibeamte, Offiziere der Waffen-SS oder anderer faschistischer Formationen.

- In wachsendem Maße unternahm der bis zu einer Tiefe von 30 Kilometern, das heißt nicht unmittelbar an der Grenzlinie stationierte Bundesgrenzschutz provokatorische Handlungen. Er deckte das Einschleusen von Agenten in die DDR, sicherte provokatorische Veranstaltungen in unmittelbarer Grenznähe ab und beschoß Grenzposten der DDR.

Die Existenz dieser militärischen Provokationstruppe verstärkte noch die Notwendigkeit zuverlässiger Grenzsicherungsmaßnahmen. Die DDR unternahm dazu bereits im Frühjahr 1952 wichtige Schritte. Unter anderem wurde die Grenzpolizei ab 16. Mai 1952, nunmehr unter der Bezeichnung **Deutsche Grenzpolizei (DGP)**, dem **Ministerium für Staatssicherheit** unterstellt, das im Februar 1950 durch Volkskammerbeschluß speziell zum Schutz der revolutionären Errungenschaften und zur Abwehr konterrevolutionärer Anschläge geschaffen worden war.

Die Unterstellung der Deutschen Grenzpolizei unter dieses Ministerium entsprach den Erfordernissen des zugespitzten **Klassenkampfes**. Damit schied die Grenzpolizei zugleich **endgültig aus dem allgemeinen Bestand der Volkspolizei aus**. Sie entwickelte sich von nun an als selbständiger Zweig der bewaffneten Organe der Arbeiter-und-Bauern-Macht, dem die Sicherung der Staatsgrenzen oblag. Die bestehende Hauptabteilung Grenzpolizei wurde dem Ministerium für Staatssicherheit eingegliedert und kurz darauf in die „Hauptverwaltung Deutsche Grenzpolizei“ (HVDGP) umgewandelt.

Einen bedeutenden Schritt zur Verstärkung der Grenzsicherung leitete die vom Ministerrat der DDR am 26. Mai 1952 beschlossene „Verordnung über Maßnahmen an der Demarkationslinie zwischen der Deutschen De-

Polzeiverordnung

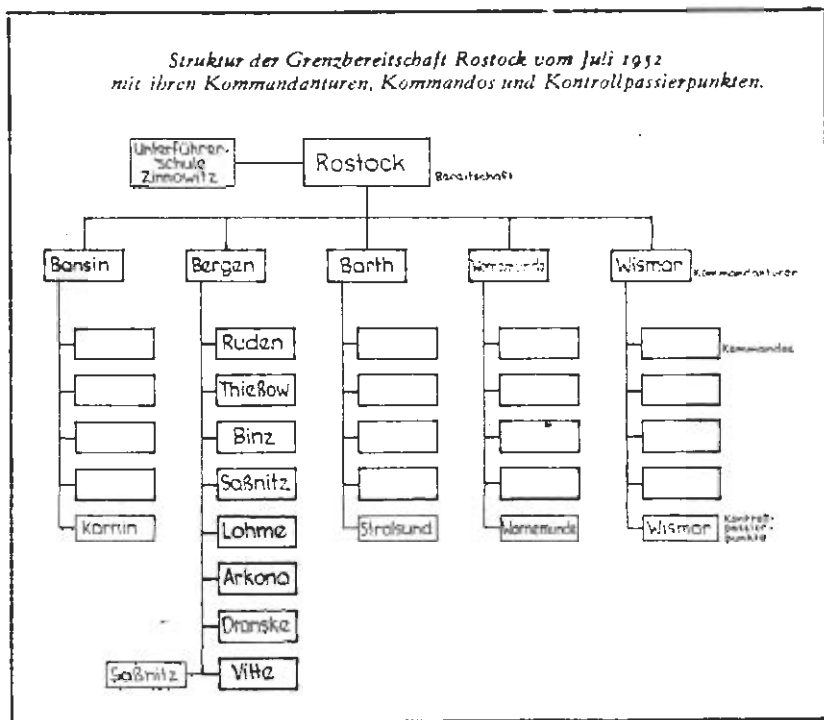
über die Einführung einer besonderen
Ordnung an der Demarkationslinie

Das vielfachste in der Sprache ist das Wort, welches am häufigsten vorkommt. In der deutschen Sprache ist das Wort "und" das häufigste.

52

Am 9. Juni 1952 erweiterte die Regierung der DDR den Auftrag des Ministeriums für Staatssicherheit dahingehend, daß analoge Grenzsicherungsmaßnahmen an der Ostseeküste und am „Ring um Berlin“ durchge-

führt werden konnten. Der Schutz der Ostseeküste wurde verstärkt. Eine entsprechende Polizeiverordnung vom 7. Juni 1952 legte auf dem Lande innerhalb einer 5 Kilometer breiten Schutzzone und auf dem Wasser innerhalb der Dreimeilenzone besondere Sicherheitsbestimmungen fest. Der Personen- und Fahrzeugverkehr durfte nur über festgelegte Kontrollpunkte an der Küste erfolgen. In der Schutzzone bestand Melde- und Registrierpflicht. Das gesamte Sicherungssystem wurde künftig nach dem Prinzip der **Grenzgebietsicherung** aufgebaut, da die in die Tiefe gestaffelte und auf eine besondere Grenzordnung gestützte Grenzsicherung gegenüber dem bisher vorherrschenden linearen Prinzip wesentlich mehr Schutz bot.



Gegenüber Westberlin wurden, ohne eine besondere Schutzzone zu errichten, die bisher am „Ring um Berlin“ bestehenden Sicherungsmaßnahmen verstärkt und die Passierscheinplicht für Westberliner Bürger zur Einreise in die DDR, mit Ausnahme ihrer Hauptstadt, eingeführt.

Vor allem mit den an der Grenze gegenüber der BRD vorgesehenen Maßnahmen wurden unter Berücksichtigung der Erfahrungen anderer sozialistischer Länder im Prinzip solche Bedingungen für die Grenzsicherung geschaffen, wie sie an der Trennlinie der beiden antagonistischen Systeme erforderlich geworden waren. Der Zeitpunkt und die Art ihrer

Durchsetzung charakterisieren, wie sorgfältig dabei weiterhin die konkreten Bedingungen der Klassenausinandersetzung auf deutschem Boden Beachtung fanden.

Zweifelloos waren bestimmte Entscheidungen gefallen. In der DDR hatte die Arbeiter-und-Bauern-Macht feste politische und ökonomische Grundlagen errungen. In der BRD war es dagegen der Monopolbourgeoisie mit Hilfe des internationalen Monopolkapitals gelungen, ihre politische und ökonomische Macht wiederzuerrichten und — wenn auch gegen den noch andauernden Widerstand großer Teile des Volkes — die Aufstellung einer neuen Armee voll in Angriff zu nehmen: Seit Oktober 1950 arbeitete das sogenannte Amt Blank als zentrale Führungsstelle dafür, und mit dem Abschluß des Generalvertrages sowie des Vertrages über die „Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG)“ vom Mai 1952 sollte die volle Einbeziehung der BRD in das antisozialistische Kriegspaktsystem erfolgen.

Aber sie war noch nicht Tatsache! Um auch weiterhin den Weg für alternative Entwicklungen offenzuhalten, legte die genannte Ministerratsverordnung der DDR fest, alle an der Grenze zur BRD zu ergreifenden Maßnahmen so durchzuführen, daß sie bei der Herbeiführung der demokratischen Einheit Deutschlands rasch wieder rückgängig gemacht werden konnten. Im Gefolge dieser Verordnung wurden beispielsweise an der Grenze zur VR Polen weiterhin massive Objekte für die Grenzpolizei errichtet, an der Grenze zur BRD hingegen lediglich ein- und zweigeschossige Holzbaracken — sie verblieben bis Anfang der 60er Jahre.

Die an der Grenze zur BRD und am „Ring um Berlin“ angeordneten Sicherungsmaßnahmen beseitigten den Zustand der offenen Grenze nicht völlig, zumal sie die zwischen der Hauptstadt der DDR und Westberlin bestehenden Verhältnisse nicht berührten. Sie schränkten jedoch die Diversions- und Provokationsmöglichkeiten der imperialistischen Kräfte und ihrer Agenturen schon bedeutend ein. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß damit frühzeitig solchen Plänen des Imperialismus gegenüber der DDR, wie sie am 17. Juni 1953 offen zutage traten, ein Riegel vorgeschoben wurde.

Die Durchsetzung der Ministerratsverordnung erforderte die Lösung vielschichtiger, komplizierter Probleme. Das betraf nicht nur die Grenzsicherungskräfte, sondern auch das politische, ökonomische und kulturelle Leben im Grenzgebiet. Schon die überwiegend dichte Besiedlung und intensive wirtschaftliche Nutzung des Grenzgebiets macht das deutlich. Die Staatsgrenze zur BRD verläuft zu etwa 50 Prozent durch Ackerflächen. Allein in dem 5 Kilometer breiten Grenzstreifen befinden sich auf dem Gebiet der DDR mehr als 500 Ortschaften mit insgesamt mehr als 345 000 Einwohnern. Da das beiderseitige Grenzgebiet in der Vergangenheit wirtschaftlich und verkehrsmäßig verwachsen war, gab es Betriebe und Ortschaften, die nicht nur in unmittelbarer Grenznähe, sondern sogar auf der Grenzlinie lagen. Gleiches betraf Straßen, Eisenbahnlinien, Versorgungsanlagen usw. Häufig mußte auch der tatsächliche Grenzverlauf erst exakt ermittelt werden.

Daraus resultierte, daß die Angehörigen der Grenzpolizei oft in unvorhergesehenen Situationen zu handeln hatten. Sie taten das beherzt und mit hohem Klassenbewußtsein, stets darauf bedacht, die Interessen des Arbeiter-und-Bauern-Staates zu vertreten.

Da bisher keinerlei feste Grenzsicherungsanlagen bestanden, konnten feindliche Kräfte aus der BRD nicht selten direkt die Lösung der Probleme erschweren. In unmittelbarer Nähe der Grenzlinie durchgeführten Hetzveranstaltungen versuchte der Gegner, die in der imperialistischen Spaltungs- und Aggressionspolitik begründeten Ursachen der Sicherungsmaßnahmen zu verschleiern und die damit verbundenen unvermeidlichen Erschwernisse der Arbeiter-und-Bauern-Macht anzulasten. Mit Hilfe feindlicher Elemente im Grenzgebiet war er ferner bemüht, konterrevolutionäre Aktionen zu organisieren und die Sicherungsmaßnahmen zu hintertreiben.

Um so wichtiger war, daß große Teile der Grenzbevölkerung die notwendigen Maßnahmen aktiv unterstützten. Die imperialistische Wühl-tätigkeit, die Sabotage- und Mordanschläge hatten ihnen vor Augen geführt, daß diesem Treiben ein Ende gemacht werden mußte. So wandten sich Abordnungen der Bevölkerung aus den Grenzkreisen Oelsnitz und Plauen an den anläßlich einer Großkundgebung am 14. Mai 1952 in Freiberg weilenden Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, mit dem Ersuchen, **entschiedene Maßnahmen zur Sicherung** der Errungenschaften der DDR und der **friedlichen Aufbauarbeit** der Werktätigen zu ergreifen. Werner Müller, heute Mitglied des ZK der SED und stellvertretender Vorsitzender der Zentralen Parteikontrollkommission, weiß dazu aus eigenem Erleben zu berichten, wie die Genossin Bertha Ketzler, Einzelbäuerin aus Sachsgrün, Krs. Oelsnitz, das **gemeinsame Anliegen in Freiberg** vortrug. „Die Genossin Ketzler war **sehr** aufgeregt und hat **entsprechend** unserem Auftrag **versucht**, den Brief zu verlesen, der die **Wünsche** an die Parteiführung **enthielt**. Genosse Wilhelm Pieck merkte sofort, daß die Genossin Ketzler vor Aufregung kaum lesen konnte. Ich kann mich erinnern, daß er zu ihr sagte: ‚Liebe Genossin. **Läß den Brief beiseite und erzähle mir, was du auf dem Herzen hast.**‘ Daraufhin hat die Genossin Ketzler frei und **offen gesagt**, unter **welch komplizierten und schweren Bedingungen sie arbeitet**, lebt und kämpft, **hat dargelegt**, wie vom Westen her die **Entwicklung sabotiert wurde**, **welche Auswirkungen das auf die Grenzgemeinde hat** und daß durch **diese Provokationen natürlich auch die eigene Bevölkerung beunruhigt wurde**. In dem Saal herrschte völlige Ruhe. Der Genosse Wilhelm Pieck hat darauf geantwortet, indem er sinngemäß sagte: ‚Gib mir den Brief. Ich **verspreche dir, wir werden sofort mit den Maßnahmen zur Sicherung der Staatsgrenze unserer Republik beginnen**. Geh nach Hause und **berichte den Bauern und Einwohnern, den Genossen, daß sie sich auf uns verlassen können und sie in Ruhe und Frieden arbeiten können.**‘“

Ähnliche Forderungen erhoben 6 000 Einwohner von Haldensleben, die Bauern der sächsischen Gemeinde Neukirchen, die Werktätigen des Volksgutes Wieschendorf, die FDJ-Gruppe der Maschinen-Ausleih-Station (MAS) Dassow im Kreis Grevesmühlen und viele andere Grenzbewohner.

Die Einwohner der Gemeinde Zachow im Kreis Neustrelitz mahnten besonders eindringlich. Anlässlich der Beisetzung eines der ermordeten Grenzpolizisten beschlossen sie folgende Resolution: „Heute nahmen wir, die Gemeinde Zachow, Abschied von einem jungen Mitglied unserer Gemeinde, dem Volkspolizei-Oberwachtmeister Ulrich Krohn, der in bestialischer Weise von einem Agenten der imperialistischen Mächte ermordet wurde. Wir bitten die Regierung unserer DDR, die entsprechenden Schritte zu unternehmen, daß derartige Verbrechen ... in Zukunft nicht mehr vorkommen können. Weiter bitten wir, daß unsere Volkspolizei und insbesondere unsere Grenzpolizei noch besser als bisher ausgebildet, ausgerüstet und bewaffnet wird, damit sie unsere Errungenschaften noch besser verteidigen kann.“ Viele Werktätige forderten, auch an der Grenze zu Westberlin geeignete Schutzmaßnahmen zu ergreifen, darunter 2 000 Einwohner Oranienburgs, die Bauern der Gemeinden Freienhagen, Nas-senheide und Neuholland im Kreis Niederbarnim.

Die Zustimmung zu den Grenzsicherungsmaßnahmen drückte sich nicht nur in Worten, sondern auch darin aus, daß sich die Grenzbevölkerung selbst an der Grenzsicherung beteiligte. Ab August 1952 übernahmen Werktätige des Grenzgebiets die verantwortungsvolle Aufgabe, als Grenzpolizeihelfer die Grenzsicherungskräfte zu unterstützen. In der Folge erklärten sich immer mehr Grenzbewohner bereit, nach Arbeitsschluß und an Wochenenden, das heißt in der Freizeit, als Grenzpolizeihelfer die Staatsgrenze der DDR sichern zu helfen.

Die Bewältigung der neuen Aufgaben erforderte nicht zuletzt ein quantitatives und qualitatives Wachsen der Grenzsicherungskräfte selbst. Sowjetische Genossen halfen: Ab 1. Juni 1952 stellte die UdSSR erfahrene Generale und Offiziere der sowjetischen Grenztruppen als Berater zur Verfügung. An ihrer Spitze standen hervorragende Kommunisten und Militärspezialisten wie General Mali, Oberst Androssow und Oberstleutnant Kuschnarenko. Ihnen und den anderen Beratern ist es mit zu danken, daß die noch junge Grenzpolizei der DDR den steigenden Anforderungen immer besser gerecht werden konnte.

An die Spitze des neuen Führungsorgans der Deutschen Grenzpolizei stellte die Partei Mitte 1952 den im Klassenkampf erprobten Kommunisten Hermann G. rtmann. Bereits als junger Arbeiter war er der kommunistischen Bewegung beigetreten. Ab Juli 1937 kämpfte er in Spanien als Parteisekretär in einer Panzerwagenabteilung gegen den Faschismus. 1939 emigrierte er nach Frankreich, wo er 1941 verhaftet und der Gestapo ausgeliefert wurde. Die deutschen Faschisten kerkerten ihn bis 1945 im Konzentrationslager Dachau ein. Sofort nach der Befreiung stellte er sich der Partei wieder zur Verfügung und arbeitete zunächst als Sekretär.

der Kreisleitung der SED Templin. Ab 1948 war er als Inspekteur PK-Stellvertreter in der Landesbehörde der Volkspolizei Brandenburg. Nach mehrjähriger Tätigkeit als Chef der Deutschen Grenzpolizei und Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit nahm er andere verantwortungsvolle militärische Funktionen, so die des Militärattachés der Botschaft der DDR in der Sowjetunion wahr.

An seiner Seite stand als Stellvertreter des Chefs der Deutschen Grenzpolizei für politische Fragen und Leiter der Hauptabteilung Polit-Kultur der Oberstleutnant und spätere Oberst **Karl Frühholz**. Seine aktive politische Tätigkeit begann 1924 als Tischlerlehrling in der Gewerkschaftsjugend. 1930 trat er dem Kommunistischen Jugendverband bei und war ab 1931 als Organisationsleiter eines seiner Unterbezirke tätig. Wegen seiner klassenbewußten politischen Arbeit wurde er zweimal zu Gefängnisstrafen verurteilt. 1933 kerkerten ihn die Faschisten für 9 Monate im Konzentrationslager Heuberg ein. Nach mehrjährigem Zwangsdienst in der faschistischen Wehrmacht kam er 1944 in sowjetische Kriegsgefangenschaft. Damit begann zugleich ein neuer Abschnitt seiner politischen Tätigkeit. Zuerst als Schüler und später als Lehrer war er bis Ende 1949 an der Antifa-Zentralschule tätig. Nach Rückkehr in die DDR wurde er Anfang 1950 Mitglied der SED und übte bis zu seiner Kommandierung zur Grenzpolizei verschiedene Funktionen im Auftrage der Parteiführung aus.

Ebenfalls in der Hauptabteilung Polit-Kultur war **Kurt Handweg** tätig. 1951 war er dort mit dem Dienstgrad Kommandeur als Leiter einer Abteilung eingesetzt worden. Danach leistete er als Stellvertreter und amtierender Leiter dieser Hauptabteilung einen bedeutenden Beitrag zur Erfüllung der politischen Aufgaben und bei der Erziehung der Kader der DGP. Später war er u. a. mehrere Jahre Stellvertreter des Vorsitzenden der Parteikontrollkommission bei der Politischen Hauptverwaltung der NVA.

Auch auf darunterliegenden Führungsebenen bewährten sich erneut erfahrene Kommunisten und jüngere, von ihnen angeleitete und erzogene Führungskader.

Seit Anfang der 50er Jahre war **Gustav Gaing**, Kommunist seit 1931, Kommandeur einer Grenzbereitschaft. 1933 wurde er von den Faschisten im berüchtigten KZ Colditz/Sachsenburg interniert und nach seiner Entlassung unter ständige Polizeiaufsicht gestellt. Nachdem er von 1941 bis 1945 in der faschistischen Wehrmacht dienen mußte, absolvierte er in sowjetischer Kriegsgefangenschaft einen Lehrgang in der Antifaschule Krasnogorsk. 1948 in die Heimat zurückgekehrt, stellte er sich sofort dem Aufbau der Schutz- und Sicherheitsorgane zur Verfügung. Im Mai 1949 wurde er zum Volkspolizei-Kommissar ernannt. In der zweiten Hälfte der 50er Jahre als Brigadekommandeur tätig, war er von 1961 bis zu seinem Ausscheiden aus den Grenztruppen im Jahre 1970 Leiter des Grenzabschnittes zur VR Polen bzw. Kommandant einer Grenzübergangsstelle in diesem Abschnitt.

Ebenfalls als Kommandeur einer Grenzbereitschaft wurde 1952 der damalige Major **Heinz Schieck** eingesetzt. Im Juli 1945 als Volkspolizei-Anwärter im Kreis Bad Liebenwerda eingestellt, war er 1948 zur Grenzpolizei im Land Sachsen-Anhalt gekommen. In den 60er Jahren folgte sein Einsatz als Kommandeur der Grenzbrigaden **Perleberg** und **Erfurt**. Nach seiner Tätigkeit als Chef des Wehrbezirkskommandos **Magdeburg** in den 70er Jahren schied der Generalmajor Ende 1983 aus dem aktiven Dienst aus und stellte sich fortan dem Komitee Antifaschistischer Widerstandskämpfer in Magdeburg zur Verfügung.

Als Stabschef einer Grenzbereitschaft wurde im September 1951 **Fritz Riebisch** eingesetzt. Zum Zeitpunkt der Gründung der DDR war der damalige Volkspolizei-Meister als Geschäftszimmerleiter der Grenzbereitschaft **Gefell** tätig, ab Juni 1950 bereits als Kommandanturleiter. In der 2. Hälfte der 50er Jahre folgte sein Einsatz als Kommandeur der Grenzbereitschaft **Rostock** bzw. als Stabschef der Grenzbrigade **Küste**. Ab 1960 ist der heutige Oberst in leitender Funktion im Stab des Kommandos der Grenztruppen tätig.

Wie in anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, so haben auch in den Grenzsicherungskräften der DDR in jener Zeit vor allem die Jugendfunktionäre der FDJ bleibende Spuren hinterlassen.

So war ab 1950 **Horst Glomba** als Gehilfe für Jugendarbeit in der Abteilung Grenze der Landesbehörde der Volkspolizei **Sachsen-Anhalt** eingesetzt. 1949 war er als Volkspolizei-Meister in einem Volkspolizei-Revier in **Delitzsch** tätig. Von 1952 bis 1960 Kandidat und dann Mitglied des Zentralrates der FDJ, war er später Stellvertreter des Kommandeurs und Leiter der Politabteilung einer Grenzbereitschaft und danach einer Grenzbrigade. Der heutige Generalmajor arbeitet in einer Abteilung des Zentralkomitees der SED.

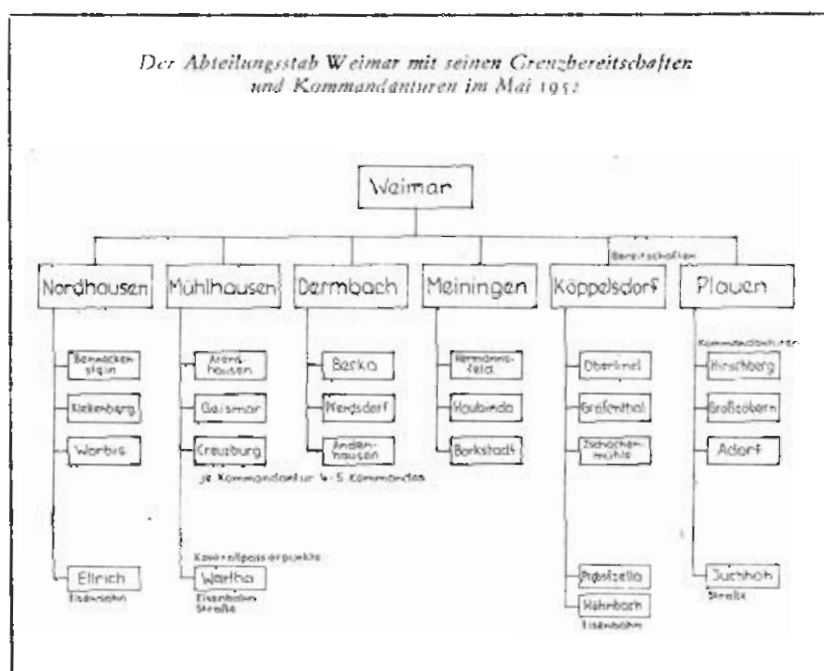
Ebenfalls als Gehilfe für Jugendarbeit in einer Grenzbereitschaft war seit 1951 der damalige Volkspolizei-Meister **Hans Wierßing** tätig. Im November 1949 war er zur Grenzpolizei gekommen. Später wurde er als FDJ- und Parteisekretär und als Lehrer an der Zentralen Lehranstalt der Deutschen Grenzpolizei in **Sondershausen** eingesetzt. Ab 1973 Leiter der Politabteilung der Unteroffiziersschule und ab 1979 der Offiziershochschule, arbeitet der heutige Oberst in leitender Funktion in der Politischen Verwaltung der Grenztruppen der DDR.

Ebenso wie die Führungsorgane wurde auch der Mannschaftsbestand der Grenzpolizei durch klassenbewußte Arbeiter ergänzt. Auch daran hatte die FDJ einen wesentlichen Anteil. Auf ihrem IV. Parlament Ende Mai 1952 hatte sie die Patenschaft über die Polizeiorgane der DDR übernommen. Mit großem Tatendrang erfüllte die FDJ diese, ihre Verpflichtung. Das wird u. a. auch aus einem Bericht der „Jungen Welt“ vom 5. Juli 1952 deutlich, der einen Besuch des Vorsitzenden der FDJ, **Erich Honecker**, in einem Zeltlager bei **Strausberg** in **Thüringen** beschreibt: „Fanfaren rufen zum Appell. Die erste große Wochenendschulung der Kreisverbände **Erfurt-Stadt**, **Erfurt-Land** und **Nordhausen** wird eröffnet.

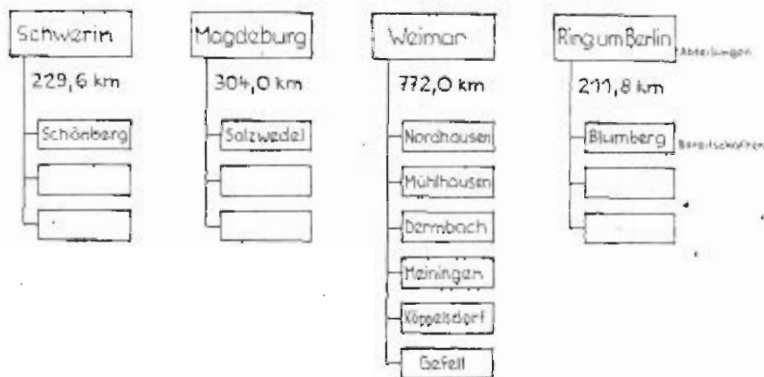
„FDJler stillgestanden – Augen rechts – hißt Flagge“, tönt das Kommando. Langsam steigt das blaue Tuch am Mast empor. Sechs Mädchen und Jungen stehen mit geschultertem Gewehr Ehrenwache.“ Und weiter nach der Schilderung der begonnenen Diskussionen zum Beschluß des IV. Parlaments: „Plötzlich eine freudige Überraschung. Erich Honecker ist da! Schon sitzt er bei den Jungen von Sömmerda, hört interessiert zu ... Eine Stunde später. Der Lagerleiter meldet unserem Vorsitzenden: „Ich melde Dir: 228 Teilnehmer unseres Lagers erklären sich bereit, den bewaffneten Formationen der Deutschen Volkspolizei beizutreten. 28 Mädchen verpflichten sich, die Arbeit auf dem Traktor sofort aufzunehmen.“ Jubelnder Beifall. Stolz auf allen Gesichtern. „Ein dreifaches „Hurra“ den Freunden, die das Ehrenkleid der Deutschen Volkspolizei tragen werden“, ruft unser Erich Honecker. Die so Geehrten treten aus dem Block.“

Nicht wenige Anghörige der sozialistischen Jugendorganisation stärkten mit dieser ihrer damaligen Entscheidung auch die Reihen der Grenzpolizei.

Erneut richteten die Parteiführung und die staatlichen Führungsorgane ihr Hauptaugenmerk darauf, die Rolle und Aktivität der Parteiorganisationen in der Deutschen Grenzpolizei zu verstärken und mit ihrer Hilfe die dienstlichen Leiter und alle Grenzpolizisten zur Lösung der größeren Aufgaben zu befähigen. Dabei standen folgende Probleme im Vorder-



*Abteilungsstäbe, ihre Grenz Bereitschaften
und Abschnittslängen im Dezember 1951*



**Entwicklung der Technik, Bewaffnung und Bevorratung
eines GKdo (Zeitraum 1946-1961)**

Art	Zeitraum		
	1946 - 1949	1950 - 1959	1960/61
Kfz.-Technik	Nutzung privater Fahrzeuge u. Kräder	1 Krad (Solo o. Beiwagen) 1 MTW	1 Krad, Solo 1 PKW, 1 LKW II
Bewaffnung	Pistole 08, P 38 Karabiner K 98	Pistole 08, TT, M Karabiner K 44 MPi 41, IMG DP	Pat. M, Karabiner S MPi K, IMG K Pz.-Büchse, RPG-2
Diensthunde	—	3-5 Schutzhunde	-10 Schutz- Wachhunde

grund: die Entwicklung der Kommandeure zu wahren sozialistischen Einzeletern, die Herstellung und Vertiefung echter sozialistischer Beziehungen zwischen Vorgesetzten und Unterstellten, die Durchsetzung militärischer Normen der Disziplin und Ordnung. Wichtigste Voraussetzung dafür war die allseitige Verbesserung der politisch-ideologischen Arbeit.

Eine große Rolle bei der Lösung dieser Aufgaben spielte die 1. Delegiertenkonferenz der Parteiorganisationen der SED in der Deutschen Grenzpolizei am 21. und 22. Juni 1952. Hermann Matern, der als Vertreter der Parteiführung an dieser Konferenz teilnahm, orientierte die Parteiorganisationen besonders auf ihre Aufgabe, den Grenzpolizisten jenes hohe Staatsbewußtsein und die feste Klassenmoral anzuerziehen, die für die

Sicherung der Grenze unerlässlich sind. Mit der kurz danach, im Juli 1952, vollzogenen Umwandlung der PK-Organen in Politorgane schuf die Parteiführung, gestützt auf sowjetische Erfahrungen, eine wichtige Voraussetzung, um auch in der Deutschen Grenzpolizei die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse weiterzuentwickeln. An die Stelle der Organe Polit-Kultur traten politische Abteilungen und in der Hauptverwaltung der Deutschen Grenzpolizei eine entsprechende Hauptabteilung. Die PK-Stellvertreter wurden zu Polit-Stellvertretern.

Die verstärkte politische Arbeit trug dazu bei, daß die Grenzpolizei die ihr in der Ministerratsverordnung gestellten Aufgaben erfolgreich lösen konnte. Gemeinsam mit Arbeitern der damaligen Maschinen-Ausleih-Stationen und Bauern legten die Grenzpolizisten einen spurensicheren Kontrollstreifen entlang der Staatsgrenze zur BRD an. Forstarbeiter nahmen die erforderlichen Rodungsarbeiten vor. Alle nicht über Kontrollpassierpunkte führenden Straßen- und Eisenbahnverbindungen in die BRD wurden deutlich sichtbar gesperrt. Ein in die Tiefe gestaffeltes Grenzsicherungssystem garantierte einen wirksamen Schutz.

Die Aufgaben der Deutschen Grenzpolizei erweiterten sich nicht allein durch die neue Grenzordnung und deren Durchsetzung. Der beginnende Ausbau der BRD zur europäischen Hauptaggressionsbasis des USA-Imperialismus und die Existenz der mobilen und modern ausgerüsteten militärischen Verbände des Bundesgrenzschutzes machten es auch erforderlich, die Grenzpolizei systematisch auf die Lösung von Verteidigungsaufgaben im Grenzgebiet vorzubereiten. Das widerspiegelte sich in der am 1. Juni 1952 in Kraft gesetzten neuen Instruktion für den Schutz der Staatsgrenze zur BRD. Die Grenzpolizei erhielt den Auftrag, die Grenzbevölkerung gegen bewaffnete Überfälle jeder Art zu schützen. Die Schußwaffengebrauchsbestimmung wurde dahingehend erweitert, die Waffe zur Abwehr aller auf das Gebiet der DDR gerichteten bewaffneten Überfälle einzusetzen.

Ein ganzer Komplex von Maßnahmen war darauf gerichtet, die Grenzpolizei zur Erfüllung dieses Auftrages zu befähigen. Sehr wichtig war, daß ab 1. Oktober 1952 für alle Grenzpolizeiangehörigen ein geschlossenes System intensiver Schulung und Ausbildung eingeführt wurde. An der seit Anfang 1951 in Sondershausen bestehenden Lehranstalt der Deutschen Grenzpolizei fanden vom Juli 1952 ab Einjahres-, später Zweijahreslehrgänge zur Aus- und Weiterbildung von Offizieren statt. Ab Februar 1953 verfügte die Grenzpolizei unter dem Titel „Der Grenzpolizist“ über eine eigene Wochenzeitung. Erster Chefredakteur war Major Otto Trötscher. Hifzu kamen umfangreiche Maßnahmen auf organisatorischem und materiellem Gebiet. Bereits in Vorbereitung der für 1952 geplanten Reorganisation der Grenzpolizei wurden durch einen Befehl vom 12. Dezember 1951 Abteilungsstäbe in Schwerin, Magdeburg, Weimar und Berlin gebildet. Diese operativen Stäbe waren damals eine Form der Führungsverbindungen zwischen dem zentralen Führungsorgan, der HVDGP, und den Grenzbereitschaften – später wurden solche unter ver-

schiedenen Bezeichnungen erneut gebildet. Die mit der Reorganisation u. a. gebildeten Reservegruppen in den Grenzbereitschaften verbesserten die operativen Möglichkeiten der Grenzsicherung. Auch die Bewaffnung wurde den neuen Aufgaben angepaßt. Ab Oktober 1952 erhielt die Grenzpolizei moderne sowjetische Schützenwaffen.

Dafß die im Jahre 1952 in der Grenzsicherung und für die Entwicklung der Deutschen Grenzpolizei ergriffenen Maßnahmen richtig waren und sich bewährten, bewies sich nicht zuletzt bei der Zerschlagung des konterrevolutionären Putschversuchs am 17. Juni 1953.



Wachposten an einem Objekt der Bereitschaft Plauen im Juni 1950.

3. *Bewährung bei der Abwehr des imperialistischen Putschversuches*

Wenige Tage nach dem 17. Juni 1953 erhielten die Genossen der Dienststelle G. vom VEB IKA Grubenlampe Zwickau ein Schreiben, in dem es u. a. hieß:

„Liebe Genossen, Freunde der Grenzpolizei!

Es ist uns ein Bedürfnis, Euch für Euren Einsatz seit den Ereignissen des 17. Juni d. J. Dank und Anerkennung auszusprechen. Ihr habt dadurch **bewiesen**, daß Ihr in Verbindung zur Arbeiterklasse Euer Bestes getan habt, um zum Wohle unseres Volkes den „Tag X“ zum kläglichen Scheitern zu verurteilen. Wir wollen an dieser Stelle berichten, wie es dieser Tage bei uns aussieht. In **unserem** Volkseigenen Betrieb Grubenlampenwerke ist nicht eine einzige Stunde Arbeitszeit ausgefallen. Unsere Belegschaft steht nach wie vor hinter unserer Regierung und zu ihren Beschlüssen . . .“

In dem Antwortschreiben der Dienststelle G. hieß es:

„Mit Dank und **großer Freude** erhielten wir Euren Brief, der uns Mut und Ansporn in unserem **Kampf** gegen die **fascistischen** Provokateure gab. Aus Eurem Brief geht hervor, daß Ihr **am 17. Juni** genau wie wir auf Friedenswacht standet. Dafür danken wir **Euch** von ganzem Herzen . . . Wir versprechen Euch, daß wir weiterhin alles einsetzen werden, um die von Euch geschaffenen Werte vor allen Angriffen des Gegners zu schützen.“

Dieser später veröffentlichte Briefwechsel **bestätigte** auf seine Art, wie wichtig auch in jenen entscheidenden **Tagen** die enge Verbundenheit zwischen der Arbeiterklasse und den bewaffneten **Organen** der Arbeiter- und Bauern-Macht war und daß sie sich – **bei allen** eingetretenen Problemen und Schwierigkeiten – als eine der **Hauptursachen** der raschen Niederschlagung des imperialistischen Putschversuchs bewährte.

Die meisten Grenzpolizisten wußten, daß die aggressiven imperialistischen Kräfte eifrig auf einen „Tag X“ hinarbeiteten, an dem als erstes **Etappenziel** der Politik des „roll back“ die DDR liquidiert werden sollte. Die konkreteren **Zusammenhänge** und tieferen Hintergründe erfuhren viele erst im Verlaufe der **Abwehr** des imperialistischen Putschversuchs – es spricht für ihr Klassenbewußtsein, daß sie dennoch richtig und entschlossen handelten.

Die gegnerischen Agenturen spekulierten bei ihren Putschvorbereitungen auf eine gewisse Unzufriedenheit, die in Teilen der Bevölkerung der DDR angesichts der vor allem durch die imperialistische Verschärfung des „kalten Krieges“ hervorgerufenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und einiger überspitzter Maßnahmen zu deren Lösung entstanden war. Mit den von der Partei- und **Staatsführung** am 9. und 11. Juni 1953 zur Sicherung der Generallinie der **SED** gefaßten Beschlüssen, insbesondere



zur raschen Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen, hätten die inneren Entwicklungsprobleme der DDR auf normalem Wege gelöst werden können. Aber gerade das widersprach den Plänen des Klassegegners. Die aggressiven Kreise beschleunigten daher die Putschvorbereitungen und mobilisierten ihre in der DDR aufgebauten Untergrundorganisationen.

Am 17. Juni 1953 wurde der von außen gelenkte konterrevolutionäre Putsch durch von Westberlin in die DDR eingeschleuste Provokateure und dem Sozialismus feindlich gesinnte Elemente in der DDR ausgelöst. Obwohl es diesen Elementen gelang, Teile der Werktätigen in Berlin und einigen anderen Städten zu Streiks und Demonstrationen gegen die Arbeiter-und-Bauern-Macht zu verleiten, scheiterte der Putschversuch vor allem daran, daß die Masse der Arbeiter und anderen Werktätigen den Feinden des Sozialismus nicht folgte.

Dem Treiben der in faschistischer Manier wütenden Putschisten mußte rasch ein Ende bereitet werden. Ihrer internationalistischen Pflicht getreu, halfen Truppen der GSSD, die konterrevolutionäre Aktion niederzuschlagen. Gemeinsam mit den bewaffneten Organen des deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates verhinderten sie, daß die imperialistischen Kräfte ihr Vorhaben verwirklichen konnten, bewaffnete Auseinandersetzungen im Innern der DDR als Vorwand für eine militärische Intervention zu nutzen.

Die Vorbereitungen für eine solche Intervention widerspiegeln sich auch an der Staatsgrenze der BRD zur DDR, obwohl sie sehr gedeckt erfolgten. Der Gegner verhielt sich hier zunächst scheinbar abwartend. Im Unterschied zur sonst geübten Praxis operierten die in Alarmbereitschaft versetzten motorisierten Einheiten des Bundesgrenzschutzes am 17. Juni 1953 aus Tarnungsgründen nicht in unmittelbarer Grenznähe, sondern weiter zurückgezogen. Unmittelbar an der Grenze war lediglich intensive Aufklärungstätigkeit kleinerer Gruppen von Bundesgrenzschutz-Offizieren und Angehörigen der westlichen Besatzungstruppen feststellbar.

Ab 18. Juni wurden die jenseits der Staatsgrenze der DDR ergriffenen, militärischen Aktivitäten deutlicher sichtbar. Unter anderem tauchten im

Bereich der Grenzbereitschaften Nordhausen, Halberstadt und Dermbach motorisierte Kolonnen des Bundesgrenzschutzes mit angehängten Geschützen auf. Die imperialistischen Westmächte verlegten im Eisenbahntransport mit Panzern und Geschützen ausgerüstete Truppeneinheiten in das Grenzgebiet und errichteten Stützpunkte, so zum Beispiel im Gebiet vor Meiningen. Bei Salzwedel und Benneckenstein drangen Schützenpanzerwagen und Panzer in provokatorischer Absicht bis in die Nähe des 10-Meter-Kontrollstreifens vor.

Die Grenzpolizisten der DDR ließen sich durch diese Aktionen nicht einschüchtern, sondern blieben wachsam und besonnen. Zugleich traten sie Verletzungen der Staatsgrenze entschlossen entgegen. So im Raum Gardelegen, wo Angehörige des Bundesgrenzschutzes in der Nacht zum 19. Juni versuchten, die auf dem Territorium der DDR befindlichen Drahthindernisse zu durchschneiden.

Bei allen diesen Aktionen des Gegners erwies sich, daß seine Möglichkeiten durch die von der DDR seit 1952 durchgeführten Sicherungsmaßnahmen wesentlich eingeengt waren.

Ebenso standhaft verhielten sich die am „Ring um Berlin“ an der Staatsgrenze zu Westberlin eingesetzten Grenzpolizisten. Auch hier zeigten die Truppen der Westmächte unmittelbar an der Grenze, zum Beispiel im Raum von Groß-Glienicke, Staaken und Falkensee, ähnliche Aktivitäten. Ihre Provokationen wurden jedoch ebenso wie die der verstärkten Westberliner Polizeiposten und anderer konterrevolutionärer Kräfte aus Westberlin durch die Grenzpolizisten abgewiesen.

Nur im Innern Berlins konnten zunächst große Gruppen konterrevolutionärer Kräfte über die offene Grenze in die Hauptstadt der DDR eindringen. Mit Hilfe sowjetischer Truppeneinheiten wurde diese Gefahrenstelle jedoch bald abgeriegelt. An allen übrigen Teilen der Staatsgrenze gelang dem Gegner kein Einbruch. Das war eine wesentliche Voraussetzung für die rasche Niederschlagung des gesamten Putschversuchs und für die Sicherung des auf das stärkste gefährdeten Friedens.

Die gemeinsam mit sowjetischen Truppen vorgenommene Abriegelung der Grenzen, zu der auch zusätzliche Kräfte aus den Ausbildungseinrichtungen der Deutschen Grenzpolizei herangezogen wurden, hinderte einen großen Teil der putschistischen Rädelsführer zugleich daran, sich bei den Auftraggebern jenseits der Grenze in Sicherheit zu bringen.

Auch im Grenzgebiet und in ihren Standorten erwies sich die Grenzpolizei als feste Stütze der Arbeiter-und-Bauern-Macht. Gemeinsam mit Angehörigen anderer bewaffneter Kräfte der DDR und sowjetischer Truppen half sie, die konterrevolutionären Rädelsführer festzusetzen. Ihr Handeln trug zum Beispiel im Raum Nordhausen und Gardelegen sowie vor allem am „Ring um Berlin“ maßgeblich dazu bei, daß die von der Partei mobilisierten klassenbewußten Arbeiter den von Provokateuren irreführten Werktätigen klarmachen konnten, daß sich der konterrevolutionäre Putsch gegen ihre ureigensten Interessen richtete.

Oberstleutnant a. D. Kurt Henning, seinerzeit Leiter der Kommandan-

tur Hohen Neuendorf am „Ring um Berlin“, erinnert sich, wie kompliziert und dramatisch die Lage war und welch entschlossenes Handeln sie erforderte. Die Westberliner Polizei, die schonungslos gegen jeden Friedenskämpfer vorgegangen war, erlaubte nur zu gern, daß von Provokateuren irreführende Massen die Staatsgrenze überquerten und durch Westberlin hindurch zu den provokatorischen Aufmärschen im Zentrum Berlins strömten. Wie sollte er handeln, als ihm das der Kommando-Leiter von Hohen Neuendorf meldete?

„Ich löste Alarm für die Kommandantur aus und meldete dem Kommandeur der Grenz Bereitschaft Blumberg, Genossen Gronau, dieses Vorkommnis. Ich erhielt die Information, daß ähnliches in anderen Grenzabschnitten der Grenz Bereitschaft auch aufgetreten ist. Er gab den Befehl, am Kontrollpunkt sämtlichen Verkehr in beiden Richtungen zu sperren. Die Grenzposten wurden verstärkt.

Am Kontrollpunkt Schildow fuhren im Laufe des Vormittags ca. 10 offene LKW mit randalierenden Kräften vor, mit der Absicht, nach Berlin zu fahren. Da ich zu diesem Zeitpunkt selbst am KPP anwesend war, erteilte ich die erforderlichen Befehle: **Durchladen** der Waffen, Verhinderung eines gewaltsamen **Durchbruchs**. Die Randalierer wurden immer aggressiver, gebrauchten Schimpfworte und drohten mit Gewalt. Die Rädelsführer zeigten sich. Ich forderte die Kraftfahrer nochmals auf, umzudrehen und kündigte die Anwendung der Schußwaffe an. Sie erkannten – es gibt kein Durchkommen und drehten ab.

Im Laufe des Nachmittags trafen Angehörige der Sowjetarmee mit LKW zur Sicherung der **Zufahrtsstraßen** nach Westberlin ein. Für uns Grenzpolizisten war es eine **Hilfe zur rechten Zeit**.

Abends kehrten **dann die**, die morgens im Raum Hohen Neuendorf die Grenze überschritten, **müde** und kleinlaut zurück. Erkannte Rädelsführer wurden durch die **Grenzposten** festgenommen und der Volkspolizei übergeben. Zur **Ehre aller Grenzer**, die diesen Tag miterlebten, kann ich sagen, alle waren standhaft und erfüllten vorbildlich **alle** Befehle. Feiglinge gab es nicht.“

Beispiele ähnlich standhaften Verhaltens gab es in vielen Orten, nicht selten waren es auch persönliche Heldentaten für die Arbeiter-und-Bauern-Macht. Im unmittelbar an der Staatsgrenze zur BRD gelegenen Harbke verhinderten Grenzpolizisten und sowjetische Truppen die von Saboteuren geplante Zerstörung des Kraftwerkes und der Schachanlagen. In Görlitz und Niesky säuberten Einsatzgruppen der Grenz Bereitschaft Görlitz und der Lehranstalt Bautzen (damals Schule für Diensthundführer) wichtige öffentliche Gebäude von bewaffneten Provokateuren. **Vier Angehörige** des Grenzkommandos Zentendorf, der Gefreite Klingenberg und die Soldaten Neugebauer, Neumann und Schmock, unterstützten heldenmütig die **Bauern** der LPG Deschka bei der Verteidigung ihrer Genossenschaft und unterbanden die von bewaffneten Putschisten begonnene Zerstörung der Produktionsanlagen. Als eine große Gruppe Aufgeputschter die LPG stürmen wollte, war Entschlossenheit

notwendig. Der Soldat Schmock lud eine Signalanlage, die er eigentlich an der Grenze aufbauen wollte, mit einer Leuchtpatrone und schoß diese über die Köpfe der Aufrührer hinweg. Die gewollte Wirkung trat ein, die Aufrührer ergriffen die Flucht. Die vier Grenzpolizisten hielten die LPG bis zum Eintreffen von Verstärkung. In der Nacht vom 19. zum 20. Juni nahmen die Gefreiten Wartmann und Hübner von der Grenzbereitschaft Halberstadt unter Anspannung aller physischen Kräfte drei bewaffnete Agenten fest. Längere Zeit in kaltem, fließendem Wasser stehend, konnten sie die Agenten auch ohne Anwendung der Schußwaffe festnehmen und ihnen zugleich den Fluchtweg in die BRD verlegen. Einer der Festgenommenen war ein führender Agent einer Westberliner Spionagezentrale, der den Auftrag hatte, in Magdeburg Spionage- und Diversionsakte zu organisieren.

Auch an der Ostseeküste beteiligte sich die Grenzpolizei am Schutz der Produktionsstätten. So verhinderte eine Bootseinheit die von Saboteuren geplante Versenkung des Schwimmdocks der Neptun-Werft in Rostock.

In diesen mutigen Einsätzen für den Sozialismus widerspiegelte sich jene bewußte Haltung, die Angehörige der Grenzpolizei See in einem Funkspruch zum Ausdruck brachten: „Wir, die Genossen vom KS-Boot G 141 der Grenzpolizei See, stellen uns in dieser ersten Stunde fest und geschlossen hinter unsere Partei und Regierung und erklären unsere Bereitschaft, alle Provokationen unserer Klassenfeinde zunichte zu machen.“ Diese Einsatzbereitschaft äußerte sich auch darin, daß ein großer Teil von Soldaten, Unteroffizieren und Offizieren der Grenzpolizei, die sich im Urlaub befanden, unaufgefordert sofort in ihre Dienststellen zurückkehrten oder sich der Volkspolizei im Heimatdorf zur Verfügung stellten.

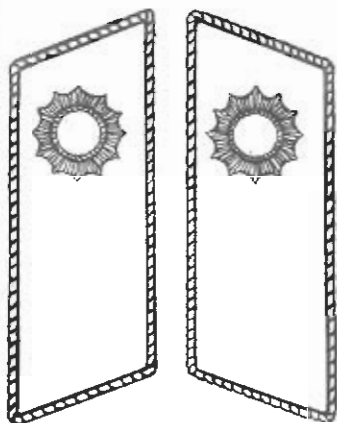
Der Ministerrat der DDR sprach am 25. Juni 1953 allen Angehörigen der Volkspolizei und den dem Ministerium für Staatssicherheit unterstehenden bewaffneten Kräften Dank und Anerkennung aus. Er stellte fest: „Die Angehörigen der Volkspolizei und des Ministeriums für Staatssicherheit haben im Einsatz gegen die faschistischen Provokateure treu und ohne Rücksicht auf persönliche Opfer ihre Pflicht gegenüber unserer Bevölkerung und der Regierung mit Mut, Entschlossenheit und ohne Schwankungen erfüllt. Die hohe politische Moral der Volkspolizisten und Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit fand auch darin ihren Ausdruck, daß sie in enger Zusammenarbeit mit der werktätigen Bevölkerung zwischen irgeleiteten und mißbrauchten Arbeitern einerseits und andererseits den faschistischen Provokateuren, für die es keinerlei Schonung geben kann, zu unterscheiden wußten.“

In Durchführung des Ministerratsbeschlusses befahl der Leiter der Hauptverwaltung Deutsche Grenzpolizei am 29. Juni 1953, alle an der Niederschlagung des Putsches beteiligten Grenzpolizisten zu belobigen, und zeichnete selbst 72 Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere für hervorragende Leistungen aus.

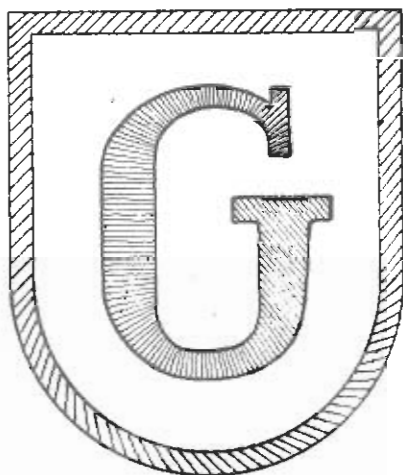
Die Uniformierung
der Deutschen Grenzpolizei
in den 50er Jahren
(Auswahl)



Dreieckschild mit Kokarde,
als Mützenabzeichen
an der Wintermütze getragen,
1949 bis 1952.



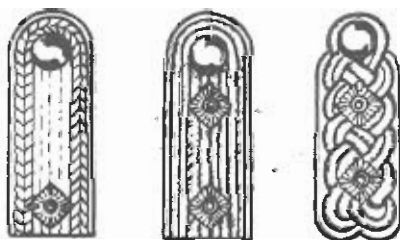
Kragenspiegel,
1949 bis 1952.



Ärmelabzeichen
der Deutschen Grenzpolizei,
1949 bis 1952.



Kokarde der Länderpolizei,
Land Mecklenburg,
1946 bis 1949.



Schulterstücke bis 1952:
Oberwachtmeister, Polizeirat, Inspekteur.



*Oberwachtmeister,
Dienstuniform,
um 1949.*



*Soldat,
Dienstuniform,
um 1936.*



*Unterleutnant,
Dienstuniform,
1937.*



Schulterstücke ab 1932:

*Gefreiter, Feldwebel, Offiziersschüler (A = Anwärter), Oberleutnant,
Oberstleutnant, Generalmajor.*

4. Masseninitiative für den zuverlässigen Schutz der Staatsgrenze

Feierliche Auszeichnung mit der durch Regierungsverordnung vom 28. Mai 1954 gestifteten Medaille „Für vorbildlichen Grenzdienst“. Zu den ersten Grenzpolizisten, die diese Medaille erhalten, gehört der damalige Unteroffizier der Grenzbereitschaft Plauen, **Joseph Hausladen**, auf Grund seiner Popularität kurz „Sepp“ genannt. Seit 1948 in den bewaffneten Organen dienend, hatte er bis zu diesem Zeitpunkt fast 800 Grenzverletzer, darunter Wirtschaftsverbrecher und Agenten, gestellt.

Die Leistung dieses legendären Grenzpolizisten hatte auch die 2. Delegiertenkonferenz der Parteiorganisationen der SED in der Deutschen Grenzpolizei gewürdigt, die im März 1954 in Vorbereitung des IV. Parteitages der SED stattfand. Aufbauend auf solchen Beispielen vorbildlicher Dienstdurchführung, stellte der Leiter der Politischen Hauptabteilung, Oberstleutnant Karl Frühholz, die Aufgabe, alle Grenzpolizisten zu klassenbewußten, von Haß auf die Feinde des Volkes erfüllten Kämpfern zu erziehen, die bereit und fähig sind, die von Partei und Regierung gestellten Aufgaben jederzeit zu erfüllen.

Dafür bestanden gute Voraussetzungen. Zum Zeitpunkt der Delegiertenkonferenz waren 81 Prozent aller Offiziere, 40,5 Prozent aller Unteroffiziere und fast 10 Prozent aller Soldaten der Deutschen Grenzpolizei Mitglieder oder Kandidaten der SED. Immer häufiger bewarben sich die besten Grenzsoldaten aus den Linieneinheiten um die Mitgliedschaft in der Partei der Arbeiterklasse. Allein von den während der Vorbereitung des IV. Parteitages neu aufgenommenen 454 Kandidaten waren 70 Prozent Soldaten und Unteroffiziere der Grenzkommandos.

Eine weitere Voraussetzung bot der sich auch in der Deutschen Grenzpolizei nach dem Vorbild der Werktätigen in der Produktion immer breiter entwickelnde Wettbewerb. In den auf das Jahr 1950 zurückgehenden Anfängen der Wettbewerbsbewegung in der Grenzpolizei hatten ursprünglich Fragen der inneren Ordnung wie Sauberkeit, Pünktlichkeit usw. im Mittelpunkt gestanden. Es bedurfte erst gewisser Erfahrungen, um die Masseninitiative erfolgreich auf die Hauptaufgabe, die bessere Sicherung der Grenze, zu richten. Als wirksame Form dazu entwickelte sich die Bestenbewegung.

Ab Mitte 1953 wurden Ehrentitel wie „Vorbildlicher Soldat“, „Vorbildlicher Postenfürher“, „Ausgezeichnetes Kommando der Grenzpolizeibereitschaft“ und ähnliche eingeführt. Voraussetzung für den Erwerb dieser Titel war eine mindestens 6monatige vorbildliche Dienstdurchführung. In Vorbereitung des IV. Parteitages der SED konnten 2 064 Grenzpolizisten in der Bestenbewegung ausgezeichnet werden. Besonders beispielhafte Initiativen entwickelten unter anderem die Grenzbereitschaften

Groß-Glienicke und Schönberg und damalige Lehrereinrichtungen der Deutschen Grenzpolizei, wie die Zentralschule Sondershausen und die Ausbildungsstätte für Diensthundführer in Bautzen. Zugleich begann der Wettbewerb um die beste Dienststelle größeren Raum einzunehmen. Darin drückte sich das Streben nach der Verbindung von vorbildlichen Einzelleistungen mit ebensolchen Kollektivleistungen aus – eines der Grundanliegen des sozialistischen Wettbewerbs überhaupt. Die sich entwickelnde Masseninitiative trug wesentlich dazu bei, daß die Grenzpolizei ihren spezifischen Beitrag zu der vom IV. Parteitag der SED im Frühjahr 1954 gestellten Aufgabe leisten konnte, die DDR und ihren Kampf um Frieden und Sozialismus mit allen Kräften zu stärken.

Wie durch die Sicherung der Staatsgrenzen im ganzen, so setzten sich Grenzpolizisten auch in besonderen Gefahrensituationen für das Leben der Werktätigen und für den Schutz von persönlichem und Volkseigentum ein. In allen Jahren gab es Beispiele besonders mutigen Handelns. Über eines berichtete „Der Grenzpolizist“ wie folgt: Gegen Morgen des 10. Juli 1954 wurde eine Gruppe von DGP-Angehörigen in Erfenschlag bei Karl-Marx-Stadt eingesetzt. Dort hatte die Zwönitz die Dorfstraße um mehr als einen Meter überflutet und die Häuser, zum Teil schon sehr alte Gebäude, unterspült. Aus diesen Häusern mußten Menschen, Vieh und Inventar geborgen werden. Mit einfachen Booten und primitiven Hilfsmitteln retteten die Genossen, bis an die Brust in der eiskalten Strömung watend, 31 Menschen.

In Anerkennung ihres mutigen und entschlossenen Handelns erhielten am 29. Oktober 1954 **Oberleutnant Kurt Leonhardt** und 29 weitere Offiziere, Unteroffiziere und Gefreite aus der Hand des Chefs der DGP die von der Regierung der DDR gestiftete „Medaille für die Bekämpfung der Hochwasserkatastrophe im Juli 1954“.

Ähnliches ereignete sich am 20. Juli 1955 nach einem durch wolkenbruchartigen Regen in der ČSR verursachten Dammbruch in der gerade ein bedeutsames Heimatfest feiernden Stadt Jöhstadt, als 5 Grenzpolizisten eine große Anzahl von Menschen vor dem Ertrinken retteten. Einer der Grenzpolizisten, der damalige Gefreite **Gottfried Kaden**, erinnert sich wie folgt:

„Gegen 21.30 Uhr wurde Katastrophenalarm gegeben. Ich hatte zu dieser Zeit Urlaub, begab mich aber sofort zur Dienststelle. Durch angesammeltes Geröll und Holz waren die Wassermassen unüberschbar und die Personen eines Schultreffens im Speisesaal des VEB Feuerlöschgerätekwerk Jöhstadt eingeschlossen. Der Strom war unterbrochen, ein Genosse schoß laufend mit Leuchtkugeln, um etwas zu sehen. Wir anderen Genossen und Werktätige kämpften uns an die Fenster des Speiseraumes vor. Wir legten eine lange Leiter und Pfosten darauf und holten die eingeschlossenen Personen heraus. Dieser Einsatz dauerte bis zum frühen Morgen.“

Gefreiter Kaden erhielt mit noch anderen Genossen dafür die Lebens-

EHRENTAFEL

der mit der „Medaille für die Bekämpfung der Hochwasserkatastrophe im Juli 1954“ ausgezeichneten Genossen der Deutschen Grenzpolizei

Oberleutnant Kurt Leonhardt, Dienststelle K.-M.	Gefreiter Joachim Ueschner, Dienststelle D.	Gefreiter Erich Preuß, Dienststelle D.
Oberfeldwebel Gerhard Fahlau, Dienststelle K.-M.	Gefreiter Martin Hammig, Dienststelle D.	Gefreiter Johannes Flade, Dienststelle D.
Gefreiter Helmut Staehr, Dienststelle K.-M.	Gefreiter Helmut Dörner, Dienststelle D.	Unteroffizier Roland Nölter, Dienststelle D.
Gefreiter Eberhard Fackhönel, Dienststelle K.-M.	Unteroffizier Heinz Poltz, Dienststelle D.	Gefreiter Wilfried Brandt, Dienststelle D.



Jeder Grenzpolizist schaut mit Stolz auf die Leistungen dieser Genossen

Unterleutnant Harry Grosse, Dienststelle D.	Gefreiter Willi Schaffer, Dienststelle D.	Gefreiter Dieter Heiseler, Dienststelle D.
Leutnant Waldemar Müller, Dienststelle D.	Gefreiter Werner Helmig, Dienststelle D.	Unterleutnant Heinz Muschke, Dienststelle D.
Unterleutnant Günter Parnitzki, Dienststelle D.	Gefreiter Heinz Pizonka, Dienststelle D.	Unteroffizier Rolf Philipp, Dienststelle D.
Gefreiter Günter Müller, Dienststelle D.	Gefreiter Günter Glauer, Dienststelle D.	Unteroffizier Günter Mattheyer, Dienststelle D.
Gefreiter Günter Lipe, Dienststelle D.	Gefreiter Haps Benhlken, Dienststelle D.	Unteroffizier Eberhard Herzog, Dienststelle B.
Gefreiter Willi Kambach, Dienststelle D.	Gefreiter Klaus Gülle, Dienststelle D.	Gefreiter Ralf Krätzschmar, Dienststelle B.

Wie bei der Sicherung der Staatsgrenzen, so setzten sich – wie diese im Herbst 1954 ausgezeichneten Genossen – die Grenzpolizisten in jeder Situation für das Leben der Werktätigen ein.

rettungsmedaille. Selbstloser Einsatz von Grenzpolizisten für das Leben anderer ging oft bis zum Einsatz des eigenen Lebens. So opferte zwei Jahre später, im Sommer 1957, der Gefreite Arthur Grimm aus der Grenzkompagnie Vockfey der Grenzbereitschaft Grabow sein Leben bei dem Versuch, ein Kind aus den Fluten der Elbe zu retten.

Zu einer Tradition der Grenzpolizei wurde auch die Hilfe bei der Bergung der Ernte. In einer Zeit, als die sozialistische Landwirtschaft noch mit vielen Anfangsschwierigkeiten zu kämpfen hatte, waren solche Einsätze besonders wichtig und zeitweise auch recht umfangreich. Im Sommer 1955



Selbstloser Einsatz im Interesse des Volkes: Gefreiter Gottfried Kaden (links) war am 20. Juli 1955 in Jöhstadt dabei, als infolge eines Dammbruchs zahlreichen Einwohnern der Tod durch Ertrinken drohte. Aus dem Urlaub zurückkehrend, beteiligte er sich aufopferungsvoll an den Rettungsarbeiten. – Beim Versuch, am 14. Juni 1957 ein Kind aus den Fluten der Elbe zu retten, opferte der 22jährige Gefreite Arthur Grimm aus der Grenzkompagnie Vockey (Grenz Bereitschaft Grabow) sein Leben.

brachten beispielsweise die Angehörigen nur einer Dienststelle von 320 Hektar das Getreide ein. Einige **Genossen** arbeiteten in ihrer Freizeit 143 Stunden als Schichtfahrer in der **MTS**. Das festigte zugleich die Verbindungen zur Grenzbevölkerung.

Die wichtigste Aufgabe der **Grenzpolizei** war und blieb natürlich stets die zuverlässige Sicherung der **Staatsgrenze**. Das galt auch uneingeschränkt, als 1954 die 1952 eingeführten **Grenzordnungen** wieder verändert wurden. Diese **Maßnahmen** berücksichtigten bisherige Erfahrungen und waren zugleich Bestandteil der Anstrengungen der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten, um die von den aggressiven imperialistischen Kräften angestrebte Ausweitung ihres europäischen Kriegspakt-systems auf die BRD zu durchkreuzen und als Alternative zur Schaffung

von Militärblocken ein System der kollektiven Sicherheit in Europa durchzusetzen. Die offensive sozialistische Außenpolitik hatte dazu eine Reihe wichtiger Teilergebnisse errungen. Das zeichnete sich besonders 1954 ab. Mit der im Januar 1954 beginnenden Außenministerkonferenz in Berlin gelang es der UdSSR, erstmalig nach fünf Jahren wieder ein Treffen der Außenminister der vier Mächte durchzusetzen. In Genf wurde im Juni 1954 das durch den französischen Kolonialkrieg entstandene Indochina-Problem auf dem Verhandlungsweg einer Lösung nähergeführt. Am 30. August 1954 brachte schließlich die französische Nationalversammlung das aggressive EVG-Projekt zum Scheitern.

Die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten forderten, diese neue Lage für die Sicherheit in Europa und für die Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD, ausgehend vom Potsdamer Abkommen, zu nutzen. Sie unterbreiteten dazu konkrete Vorschläge, die darauf zielten, alle Möglichkeiten für die rasche Lösung der genannten Probleme auszuschöpfen.

Als Ausdruck dieses Bestrebens veränderte die Regierung der DDR eine Reihe der 1952 im Grenzgebiet eingeführten Maßnahmen. An der Ostseeküste wurde am 24. Mai 1954 die Polizeiverordnung vom 7. Juni 1952 aufgehoben und die 5-Kilometer-Schutzzone aufgelöst. Auch an der Staatsgrenze zur BRD kam es durch eine Anordnung des Ministers des Innern der DDR vom 18. Juni 1954 zu einer Neuregelung der Grenzsicherungsmaßnahmen. Die Anordnung hob die Polizeiverordnung vom 27. Mai 1952 mit Wirkung vom 23. Juni 1954 auf. Sie führte zu Ein- und Ausreiseerleichterungen für die Grenzbevölkerung und zur Wiedereröffnung bestimmter wirtschaftlicher Verkehrsverbindungen im Grenzgebiet zwischen den beiden deutschen Staaten. Entsprechend den besonderen Sicherheitsanforderungen an diesem Teil der Staatsgrenze der DDR blieb jedoch das bisherige Sperrgebiet mit den dazu prinzipiell getroffenen Maßnahmen bestehen. Am „Ring um Berlin“ wurden erleichterte Bedingungen für den Berufs- und sonstigen Personenverkehr geschaffen.

Die Veränderungen stellten die Notwendigkeit, die Staatsgrenze zuverlässig zu sichern, nicht in Frage. Sie war und blieb, wie der 1. Sekretär des Zentralkomitees der SED, Walter Ulbricht, in einem Brief an die Angehörigen der Grenzpolizei vom Juli 1954 bekräftigte, deren entscheidende Aufgabe als Beitrag zur weiteren Stärkung der DDR.

Gleichzeitig verdeutlichten diese Maßnahmen, daß es — die notwendige Sicherheit der Staatsgrenzen vorausgesetzt — durchaus möglich ist, bestimmte Fragen der Grenzordnung zu verändern, wenn das die Sicherung des Friedens nicht gefährdet.

Wenn die damals als „Akt guten Willens“ vorgenommenen Veränderungen eine vorübergehende Erscheinung blieben, so deshalb, weil es den aggressiven imperialistischen Kräften gelang, die BRD, wenn auch über Umwege, in ihr Kriegspaktssystem einzubeziehen und damit die Lage in Europa erneut zu verschärfen. Das brachte auch für die Grenzsicherung unausbleibliche Konsequenzen mit sich.

5. Sicherung der Staatsgrenze in voller Eigenverantwortlichkeit

Das Presseamt beim Ministerpräsidenten teilte am 10. Dezember 1955 mit: „Nachdem die Übernahme der bisher von den Truppen der Sowjetarmee ausgeübten Funktionen an den Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik abgeschlossen ist, hat die Deutsche Grenzpolizei mit Wirkung vom 1. Dezember 1955 die alleinige Bewachung und Kontrolle an den Staatsgrenzen der Deutschen Demokratischen Republik und am Außenring von Groß-Berlin vollverantwortlich übernommen.

Die Übernahme dieser Funktionen durch die Deutsche Grenzpolizei erfolgte in Übereinstimmung mit dem am 6. Oktober 1955 in Kraft gesetzten Vertrag über die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und dem Übereinkommen über Bewachung und Kontrolle an den Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik. Die Bewachung der Sektorengrenzen in Groß-Berlin wird durch die Deutsche Volkspolizei ausgeführt.

Die Ausübung des Dienstes an den Staatsgrenzen der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich der Sektorengrenzen in Berlin erfolgt auf der Grundlage der verfassungsmäßigen Bestimmungen und der Gesetze der Deutschen Demokratischen Republik sowie unter Beachtung der besonderen Bestimmungen des Übereinkommens über die Kontrolle des Verkehrs von Truppenpersonal und Gütern der in Westberlin stationierten Garnisonen Frankreichs, Englands und der USA.

Die Organe der Deutschen Grenzpolizei sind angewiesen, die Teilnehmer des Grenzverkehrs an den festgesetzten Kontroll-Passierpunkten höflich und korrekt zu behandeln. Sie haben außerdem die Dienstanweisung, jegliche Verletzung der Souveränität und der Gesetze der Deutschen Demokratischen Republik energisch und entschlossen zu unterbinden.“

Die Übernahme der alleinigen Bewachung und Kontrolle an den Staatsgrenzen der DDR durch deren Grenzpolizei war ein Ausdruck der vollständigen Wahrnehmung der äußeren Schutzfunktion durch die DDR, die wenige Wochen später durch den Beschluß der Volkskammer über die Schaffung der Nationalen Volksarmee der DDR ihre deutlichste Ausprägung erfuhr. Beides waren wesentliche militärpolitische Konsequenzen aus der durch den NATO-Beitritt der BRD grundsätzlich veränderten Lage in Mitteleuropa. Sie entsprachen der gestiegenen Verantwortung der DDR für die Sicherung des Friedens, der bereits im Mai 1955 durch die Mitwirkung der DDR beim Abschluß des Warschauer Vertrages Rechnung getragen worden war. Obwohl die Grenzsicherungskräfte der DDR weder damals noch später als Grenztruppen dem Vereinten Kommando unterstellt waren, so entstanden damit objektiv höhere Maßstäbe: Die Grenzsicherungskräfte der DDR hatten ihren Dienst von nun ab nicht nur an der Trennlinie der beiden antagonistischen Gesellschaftssysteme, sondern

auch unmittelbar an der Trennlinie der beiden stärksten gegensätzlichen Militärkoalitionen der Welt zu verrichten. Schon die Rolle von Grenzwachposten in der Geschichte macht deutlich, welche höhere Verantwortung jetzt jeder Angehörige der Grenzpolizei trug.

Es war daher von großer Bedeutung, daß ein bereits am 16. Dezember 1955 im „Grenzpolizist“ veröffentlichter Aufruf der Angehörigen der Dienststelle Glowe dazu aufforderte, in Partei- und FDJ-Versammlungen zu klären, „was es für jeden einzelnen in unseren Reihen bedeutet, voll verantwortlich für die Sicherung und den Schutz der Grenzen unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates zu sein“. Konkret sollten dabei alle Grenzpolizei-Angehörigen mobilisiert werden, „um bis zur 3. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands alle Schwächen und Mängel zu beseitigen, die im Ergebnis der Herbstinspektion bei jedem einzelnen wie auch in der gesamten Dienststelle festgestellt wurden“.

Als ersten Schritt zur Verwirklichung der Vereinbarung übergaben die sowjetischen Truppen die letzten noch an der Oder-Neiße-Grenze ausgeübten Sicherungsfunktionen an die Grenzpolizei der DDR. Am 22. Oktober 1955 fand um 12 Uhr an allen über diese Grenze führenden Straßen- und Eisenbahnbrücken eine feierliche Wachablösung statt.

Ein ähnliches Zeremoniell vollzog sich am 1. Dezember 1955 an den anderen Teilen der Staatsgrenze. Zugleich übergaben die sowjetischen Truppen die von ihnen für die Grenzsicherung geschaffenen Einrichtungen an die Grenzpolizei der DDR. Nachdem die sowjetischen Organe bereits in den Jahren zuvor schrittweise immer weitere Teile der Grenzsicherungsaufgaben an die Grenzpolizei der DDR übertragen und ihre Truppen weitestgehend aus der Sicherungslinie zurückgezogen hatten, verblieben ab sofort dort nur noch jene sowjetischen Kräfte, denen Kontrollaufgaben im grenzüberschreitenden Verkehr der Truppen der Westmächte übertragen waren. In einer speziellen Vereinbarung hatten die UdSSR und die DDR u. a. verankert, daß die „Kontrolle des Verkehrs von Truppenpersonal und Gütern der in Westberlin stationierten Garnisonen Frankreichs, Englands und der USA“ auf genau festgelegten Verbindungswegen zwischen der BRD und Westberlin „zeitweilig bis zur Vereinbarung eines entsprechenden Abkommens vom Kommando der Gruppe der sowjetischen Truppen in Deutschland ausgeübt“ wird.

Diese weiterhin von sowjetischen Truppen wahrgenommene Kontrollfunktion trug künftig wesentlich dazu bei, die aggressivsten imperialistischen Kräfte zu zügeln. Diese fanden zudem keinen Vorwand, gegen die den DDR-Organen übertragenen Grenzsicherungs- und Kontrollfunktionen vorzugehen. Deshalb bemühten sich auch die damals herrschenden Kreise der BRD vergeblich, die Westmächte gegen diese Neuregelung ins Feld zu schicken. Wie Ministerpräsident Otto Grotewohl schon am 26. September 1955 vor der Volkskammer der DDR dazu unterstrichen hatte, waren alle Spekulationen, Vermutungen und Verdächtigungen über angeblich bevorstehende Erschwernisse für den Verkehr der Westmächte mit Westberlin vollkommen haltlos.

Im Ergebnis der Gesamtregelung kehrten auch die sowjetischen Berater, die bisher zugleich bestimmte, der Sowjetischen Kontrollkommission beziehungsweise dem seit 1953 an ihrer Stelle amtierenden Hohen Kommissar obliegende Funktionen wahrgenommen hatten, in ihre Heimat zurück. Sie hatten wesentlichen Anteil daran, daß die Grenzpolizei jetzt in der Lage war, alle Aufgaben der Grenzsicherung eigenverantwortlich zu lösen.

Die Verabschiedung der Berater hatte viele bewegende Szenen im Gefolge. Schieden doch Genossen voneinander, die über Jahre hinweg gemeinsam für den Schutz von Frieden und Sozialismus gewirkt und dabei unverwechselbare Kapitel in das Buch deutsch-sowjetischer Freundschaft und Waffenbrüderschaft eingebracht hatten.

Auch das Grenzregime wurde weiterhin flexibel gehandhabt. Eine Reihe von Veränderungen im Grenzgebiet an der Staatsgrenze zur BRD und am „Ring um Berlin“ zielte vor allem darauf ab, das wirtschaftliche und politische Leben in diesem Gebiet zu normalisieren. Die in diesem Zusammenhang vom Ministerrat der DDR erlassene „Verordnung zur Erleichterung und Regelung von Maßnahmen an der Grenze zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik“ schuf günstigere Bedingungen für die Einreise bestimmter Spezialisten und anderer Personen in das Grenzsperrgebiet.

Ein Beschluß der Regierung der DDR und des Magistrats von Groß-Berlin hob am 1. Juli 1956 an den Kontrollpassierpunkten und Kontrollpunkten zwischen der DDR und ihrer Hauptstadt die Kontrolle von Gütern und Zahlungsmitteln auf. Er reduzierte ferner die dortigen Ausweiskontrollen und beseitigte die Berechtigungsscheinplicht für Kraftfahrzeuge der DDR für Fahrten von und nach ihrer Hauptstadt. Gleichzeitig wurden an dieser Stadtgrenze neue Kontrollpassierpunkte und Kontrollpunkte eingerichtet, um der Bevölkerung zeitraubende Umwege zu ersparen. Diese und ähnliche Maßnahmen waren mit Erleichterungen im Verkehr sowie mit der Wiederaufnahme beziehungsweise dem Ausbau bestimmter wirtschaftlicher Verbindungen zwischen beiden deutschen Staaten im Grenzgebiet und mit Westberlin verbunden. Das unterstrich die Ernsthaftigkeit des von der 3. Parteikonferenz der SED im März 1956 erneut zum Ausdruck gebrachten Bestrebens der DDR, im Kampf für Frieden und Sicherheit in Europa alle Möglichkeiten für eine Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD auszuschöpfen.

Gerade weil die DDR in Übereinstimmung mit den sozialistischen Bruderstaaten alle Möglichkeiten für eine vertragliche Regelung dieses brennenden internationalen Problems im Interesse einer stabilen europäischen Friedensordnung ausschöpfen wollte, unternahm sie vorerst auch keine Schritte, um die noch bestehende offene Grenze zum imperialistischen System zu beseitigen.

Fragen und (k)eine Antwort

Fotos wie aus einem Familienalbum. Ein treffender Vergleich! War es nicht eine Familie – jene große Schar der Freiwilligen, die in den fünfziger Jahren den jungen Staat der Arbeiter und Bauern an seinen Grenzen schützen half? Nur: Wo genau, an welchen Flecken unseres Landes mögen die Fotos entstanden sein? Wer sind die hier Abgebildeten? Woher kamen sie und wohin sind sie gegangen? Was hat sie im einzelnen bewogen, die Uniform freiwillig anzuziehen? Sind je ihre Namen und ihre Stunden an der Grenze gezählt worden? Ihre Briefe nach Hause und ihre Sehnsüchte beim Alleinsein in den Nächten? Eines aber ist gewiß: Was sie vollbrachten, hat Eingang gefunden in die nun schon mehr als 40jährige Chronik der Grenztruppen der DDR. Und ihr patriotischer Geist ist weitergetragen von Generationen, die nach ihnen kamen.





Folgerichtig wurde nach der vollen Übertragung der Grenzsicherung an die Organe der DDR auch die Zusammenarbeit mit den Grenzsicherungskräften der sozialistischen Nachbarstaaten weiterentwickelt. Am 14. April 1956 unterzeichneten der damalige Kommandeur der Deutschen Grenzpolizei, Oberst Stock, und der Kommandeur der polnischen Grenzschutztruppen, Oberst Jurewicz, in Warschau eine „Vereinbarung zwischen der Grenzpolizei der Deutschen Demokratischen Republik und den Grenzschutztruppen der Volksrepublik Polen über die Zusammenarbeit zum Schutz der deutsch-polnischen Staatsgrenzen“. Diese Vereinbarung wurde am 21. Mai 1957 noch durch ein Regierungsabkommen bekräftigt. Bereits am 22. September 1956 hatten die DDR und die ČSR ein solches Abkommen über die Zusammenarbeit und Hilfe in Grenzangelegenheiten zwischen der DDR und der ČSR abgeschlossen.

Die im Prinzip gleichartigen vertraglichen Regelungen zwischen den Grenzschutzorganen gingen davon aus, daß ihre Beziehungen auf der ständigen Bereitschaft zu gegenseitiger Hilfeleistung, auf gegenseitiger Achtung und Kameradschaft beruhen. Sie legten fest, regelmäßig Beratungen der Kommandeure der gegenüberliegenden Truppenteile durchzuführen, um die erforderlichen unmittelbaren Sicherungsmaßnahmen abzustimmen und Erfahrungen über die Organisation des Grenzdienstes auszutauschen. Allen Kommandeuren wurde zur Pflicht gemacht, bei festgestellten geplanten oder durchgeführten Grenzdurchbrüchen sofort den zuständigen Kommandeur der anderen Seite zu informieren. In bestimmten Fällen, zum Beispiel beim Einsatz von Fährtenhunden, konnten die erforderlichen Ermittlungen auch auf der anderen Seite der Staatsgrenze fortgesetzt werden.

Diese weitgehende Zusammenarbeit wurde durch Vereinbarungen über die Ernennung von Grenzbevollmächtigten ergänzt. Die Grenzbevollmächtigten hatten hauptsächlich die gegenseitige Unterstützung im Kampf gegen Grenzverletzungen zu garantieren. Zu ihrem Aufgabenbereich gehörte es ferner, bei Bränden, Überschwemmungen oder anderen Katastrophen auf der Gegenseite Soforthilfe einzuleiten. Beide Seiten verpflichteten sich dabei zu gegenseitiger Hilfe mit allen zur Verfügung stehenden Kräften und Mitteln, im Notfall auch ohne die Anforderung der anderen Seite abzuwarten. In der Folge konnte auf Grund dieser Vereinbarungen mehrfach wertvolles Volksvermögen gerettet werden. Das trug zugleich dazu bei, das Vertrauensverhältnis zwischen der Grenzbevölkerung beider Seiten zu festigen.

Gestützt auf diese vertraglichen Abmachungen, schützten die Grenzsicherungskräfte der Volksrepublik Polen, der ČSR und der DDR zuverlässig ihre gemeinsamen Staatsgrenzen. Regelmäßig fanden Beratungen der Grenzbevollmächtigten statt, so in Görlitz und Luban an der deutsch-polnischen sowie in Pirna und Hřensko an der deutsch-tschechoslowakischen Grenze. Die dabei getroffenen Vereinbarungen dienten der Abstimmung faktisch aller Grenzsicherungsmaßnahmen und führten schließlich auch dazu, daß die gegenüberliegende Seite bei bestimmten Anlässen Aufgaben

der anderen mit wahrnahm. Sie schlossen im weiteren auch den täglichen Informationsaustausch der Kommandeure ein.

So entstanden feste Waffenbrüderschaftsbeziehungen zwischen den Grenzsicherungskräften, die in der Folge auch durch sportliche und kulturelle Veranstaltungen ausgebaut wurden. Diese Waffenbrüderschaft besaß für den zuverlässigen Schutz des sozialistischen Aufbaus große Bedeutung. Besonders angesichts der offenen Grenze zwischen der Hauptstadt der DDR und Westberlin war die Sicherung der Grenzen zwischen der DDR, der Volksrepublik Polen und der ČSR unmittelbarer Bestandteil des gemeinsamen Kampfes gegen imperialistische Anschläge. Deutlich bewies das auch die Entwicklung im Herbst 1956.

Alarm in der Reserve- und Ausbildungseinheit Wüstheuterode der Grenzbereitschaft Mühlhausen. Die mit Revierreinigen beschäftigten Angehörigen der Ausbildungskompanie setzen ihre Arbeit fort – solche Alarmierungen betrafen bis dahin immer nur die festgelegte Reserveeinheit. Zu ihrer Verwunderung werden aber auch sie aufgefordert, sofort anzutreten. Noch größer ist ihre Verwunderung, als sie Karabiner und erstmalig scharfe Munition empfangen. Nach kurzer Einweisung besteigen sie LKW und fahren – ebenfalls erstmalig – an die Staatsgrenze zur BRD. Sie werden als Hinterlandsicherungsposten eingesetzt. Der Politstellvertreter hatte in knappen Zügen auf die Gefahr verwiesen, daß die aggressivsten imperialistischen Kräfte die Ungarn-Ereignisse auch für Provokationen gegen die Staatsgrenze der DDR nutzen könnten. Der Friede sei akut gefährdet.

In der Tat versuchten im Oktober 1956 Konterrevolutionäre mit massiver Unterstützung durch die imperialistischen Mächte, die Volksmacht in Ungarn durch einen Putsch zu beseitigen, das Land aus dem Warschauer Vertrag herauszubrechen und die schon in Alarmbereitschaft versetzten NATO-Streitkräfte zum Eingreifen zu veranlassen.

Nicht zuletzt hatten revisionistische Kräfte diesem Vorhaben dadurch mit den Weg geebnet, indem sie die internationalistische und Klassenposition der bewaffneten Kräfte untergruben. Bezeichnenderweise bestand eine der ersten Maßnahmen der Konterrevolution darin, die Grenzsicherung an der ungarisch-österreichischen Staatsgrenze zu beseitigen. Dadurch konnten starke Gruppen in den USA, der BRD und anderen kapitalistischen Staaten ausgebildeter Emigranten sowie größere Mengen von Waffen nach Ungarn eingeschleust werden.

Klassenbewußte ungarische Arbeiter schlugen unter Führung der am 4. November 1956 gebildeten Revolutionären Arbeiter-und-Bauern-Regierung gemeinsam mit den von ihr zu Hilfe gerufenen sowjetischen Truppen die Konterrevolution nieder. Sie halfen auch, die Staatsgrenze wieder zuverlässig zu sichern, um der Gefahr einer imperialistischen Aggression zu begegnen. Die Gefahr eines Weltkrieges war um so größer, als die NATO-Staaten Großbritannien und Frankreich zusammen mit Israel Ende Oktober 1956 einen militärischen Überfall auf Ägypten begonnen hatten.

In dieser zugespitzten internationalen Situation war es um so wichtiger, daß den aggressiven Kräften kein Einbruch an der Trennlinie zwischen NATO und Warschauer Vertrag gelang. Das galt speziell für die Grenzsicherung der DDR. Von dieser richtigen Erkenntnis ließen sich auch die Angehörigen der Grenzbereitschaft Blumberg leiten, als sie sich Anfang November 1956 mit einem Aufruf an alle Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere der Deutschen Grenzpolizei wandten. Darin hieß es unter anderem: „Unter den gemeinsamen Schlägen der bewaffneten Arbeiter- und Bauernsöhne Ungarns und ihrer sowjetischen Klassenbrüder zerstoben alle Hoffnungen der internationalen Reaktion auf die Wiederherstellung der kapitalistischen Ausbeuterordnung in Ungarn... Niemals wird es den Imperialisten gelingen, ein Land aus dem Bund der sozialistischen Staaten herauszureißen.“ Angesichts der Bestrebungen der Reaktion, die in Ungarn gescheiterten Pläne in der DDR zu verwirklichen, riefen sie alle Grenzbereitschaften, insbesondere am „Ring um Berlin“ und an der Westgrenze auf, in diesen Tagen besonders wachsam und einsatzbereit zu sein. Sie appellierten an alle Grenzpolizeiangehörigen: „Bringt durch überlegtes Verhalten im Grenzdienst jeden Versuch des Gegners, unsere Heimat und die sozialistischen Errungenschaften unserer Werktätigen anzutasten, zum Scheitern!“

Der Grenzpolizist

Organ des Ministeriums für Staatssicherheit
Hauptverwaltung Deutsche Grenzpolizei

4. Jahrgang

9. November 1956

Nr. 45

Aufruf der Bereitschaft Blumberg:

Jetzt besonders wachsam

Genossen Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere der Deutschen Grenzpolizei!

**Wer nicht schießen will,
muß verhandeln!**

Von Prof. Gerhart Eisler

Wir wollen nicht schießen, auf niemanden, aber der Wille, nicht zu schießen, der Wille zu friedlichen Verhandlungen und zur Verständigung muß auch auf der anderen Seite vor-

Der blutige faschistische Spuk in Ungarn ist hinweggefragt. Unter den gemeinsamen Schlägen der bewaffneten Arbeiter- und Bauernsöhne Ungarns und ihrer sowjetischen Klassenbrüder zerstoben alle Hoffnungen der internationalen Reaktion auf die Wiederherstellung der kapitalistischen Ausbeuterordnung in Ungarn.

Sie wähten sich schon am Ziel. Aber ihr Jubel war verfrüht: Niemals wird es den Imperialisten gelingen, ein Land aus dem Bund der sozialistischen Staaten herauszureißen.

Wir blicken voller Haß und Abscheu auf jene, die die Besten der Arbeiterklasse Ungarns viehisch niedermeizelten. Die Ereignisse

Als im Herbst 1956 klassenbewußte ungarische Arbeiter die Konterrevolution niedergeschlagen hatten, bekundeten die Angehörigen der Deutschen Grenzpolizei ihre hohe Wachsamkeit gegenüber jeglichen imperialistischen Provokationen.

Die Berechtigung eines solchen Appells wurde durch harte Tatsachen unterstrichen. Bereits 1955 war ein großes Agentennetz in der DDR aufgehoben worden, dessen Anlage zugleich den Umfang der imperialistischen subversiven Aggressionsvorbereitung sichtbar gemacht hatte. Er reichte von der Errichtung illegaler Funkmeldestützpunkte mit Haupt- und Ausweichfunkstellen über bewaffnete Untergrundorganisationen auf dem Territorium der DDR bis zu Waffenlagern an der Staatsgrenze für den „Tag X“. Ein solches Lager befand sich zum Beispiel bei Rudolfstein unmittelbar an der Staatsgrenze der BRD zur DDR. Seine Bestände sollten im Ernstfall über vorbereitete Schleusungsstellen bei Sparnberg in die DDR gebracht werden.

Bei einem 1956 in Dresden durchgeführten Prozeß standen imperialistische Agenten vor Gericht, die bis zu ihrer Verhaftung im Mai 1956 als Kuriere zwischen Westberlin und der polnischen beziehungsweise tschechoslowakischen Staatsgrenze fungiert und dabei auch ausländische Mitarbeiter imperialistischer Geheimdienste geschleust hatten. Selbst nach der Volksrepublik Ungarn wurden von Westberlin aus Verbindungen zur Anwerbung imperialistischer Agenten geknüpft.

Großes internationales Aufsehen erregte es, als am 22. April 1956 bei Altglienicke ein von Westberlin aus auf das Territorium der DDR vorgetriebener Spionagetunnel entdeckt wurde, mit dessen Hilfe USA-Dienststellen Fernmeldelinien der Truppen der GSSD angezapft hatten.

Auch die von der BRD aus an der Staatsgrenze der DDR verübten Anschläge hatten sich bedeutend erhöht, ihre Zahl lag im zweiten Halbjahr 1956 um 60 Prozent höher als im ersten Halbjahr. Neben dem Spurenlegen auf dem 10-Meter-Kontrollstreifen und anderen provokatorischen Verletzungen der territorialen Integrität der DDR schlossen sie auch die Anwendung der Schußwaffe ein. So im Bereich der Grenzbereitschaften Plauen, Hildburghausen und Gardelegen, wo Angehörige des Bundesgrenzschutzes vom Territorium der BRD aus Grenzposten der DDR beschossen. Einer derartig organisierten Grenzprovokation fiel am 3. September 1956 der **Gefreite Waldemar Estel** bei Buttlar in Thüringen zum Opfer. Der Mörder war aus dem Gebiet der BRD in das Territorium der DDR eingedrungen, wo er den Grenzpolizisten meuchlings erschoss. Am 7. September 1956 verübten Angehörige der USA-Armee im Gebiet von Holzhausen aus einem bis an die Grenze herangefahrenen Jeep erneut einen Feuerüberfall auf einen Grenzposten der DDR.

Nach dem Beginn der konterrevolutionären Ereignisse in Ungarn intensivierte die imperialistischen Kräfte ihre Aktivität an der Staatsgrenze zur DDR. Einheiten der USA-Armee, des Bundesgrenzschutzes, des Zolldienstes der BRD und der Bayerischen Grenzpolizei versuchten verstärkt, das Grenzicherungssystem der DDR aufzuklären. Dabei wurden auch Aufklärungsflugzeuge eingesetzt.

Gleichzeitig sollten die Grenzpolizeiangehörigen eingeschüchtert werden. Dazu führten motorisierte Einheiten des Bundesgrenzschutzes, zum Beispiel bei Großburschla und Untersuhl, Übungen in unmittelbarer Grenz-



Am 22. April 1956 wurde auf dem Gebiet der Hauptstadt der DDR dieser von Westberlin aus angelegte Spionagetunnel entdeckt, mit dessen Hilfe USA-Dienststellen Fernmeldelinien auf DDR-Territorium angezapft hatten. Die Fotos zeigen Teile des Tunnels sowie der Abhör- und Verstärkeranlage.



nähe durch. Angehörige des Zolldienstes der BRD und des Bundesgrenzschutzes beschimpften und bedrohten die Grenzsicherungskräfte der DDR. Wie im Bereich der Grenzkommandos Nettgau und Hanum beschossen sie dabei erneut Grenzposten, die auf dem Territorium der DDR ihren Dienst verrichteten.

Ähnliche Erscheinungen gab es auch an dem Teil des „Ring um Berlin“, der die Staatsgrenze zu Westberlin bildete. Unter dem Schutz der Westberliner Polizei inszenierten Gruppen von Provokateuren tätliche Angriffe gegen Grenzposten der DDR.

Aber die Angehörigen der Grenzpolizei ließen sich nicht provozieren. Unterstützt durch Kräfte aus Lehranstalten und Ausbildungseinheiten, führten die Linieneinheiten längere Zeit verstärkte Grenzsicherung durch und garantierten Ordnung und Sicherheit an der Staatsgrenze. Sie entzogen damit dem Gegner die Gelegenheit, Grenzprovokationen auf das Gebiet der DDR auszudehnen und hiermit gegebenenfalls Vorwände für ein militärisches Eingreifen der NATO zu schaffen.

Allerdings zeigte sich auch hierbei, welche komplizierten Probleme die offene Grenze in Berlin besonders in Situationen zugespitzten Klassenkampfes mit sich brachte. Während es dem Gegner an keinem anderen Teil der Staatsgrenze gelang, Zwischenfälle auszulösen, organisierte er an der offenen Staatsgrenze zu Westberlin provokatorische Hetzveranstaltungen und versuchte zugleich, hierbei Verbindungen zu konterrevolutionären Elementen in der Hauptstadt der DDR herzustellen. Die entschlossene Haltung der Arbeiterklasse und ihrer bewaffneten Kräfte bewirkte, daß derartige Versuche im Keime steckenblieben.

So leisteten die Angehörigen der Grenzpolizei ihren Beitrag zur Verwirklichung der von der SED und Staatsführung in jener Zeit gestellten zentralen Aufgabe: „Sichert den Frieden im Innern! Sichert den Frieden nach außen!“. Auch die große Mehrheit der Bürger der DDR bekannte sich in jenen kritischen Tagen einmütig zum Sozialismus und zu seinem Schutz. Die Provokationen imperialistischer Kräfte verstärkten diese Haltung noch. So beantworteten die Arbeiter des Kalikombinats „Ernst Thälmann“ in Bad Salzungen den hinterhältigen Mord an dem Gefreiten Waldemar Estel mit der Verpflichtung, „die Wachsamkeit gegenüber den Feinden unseres friedlichen Aufbaus zu verstärken“. Viele Bürger und Betriebskollektive forderten, ebenso wie die früheren Arbeitskollegen des Gefreiten Estel aus der volkseigenen Ziegelei Kleinau und die Besatzungen der Schiffe des VEB Fischkombinat Rostock, diesen Mord nicht ungesühnt zu lassen. Sie bekundeten ihren festen Willen, noch wirksamer zur Stärkung der DDR beizutragen.

6. Erste Schritte von der Grenzpolizei zur Grenztruppe

Grußschreiben des Zentralkomitees der SED zum zehnjährigen Bestehen der Grenz sicherungskräfte der DDR am 1. Dezember 1956. Darin heißt es u. a.: „Mit Stolz blicken die Werktätigen unserer Republik auf die Deutsche Grenzpolizei, die seit ihrer Gründung am 1. Dezember 1946 ihren wichtigen und schwierigen Aufgaben bei der Sicherung der Grenzen unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates gerecht geworden ist.“ Und weiter: „Die Werktätigen erwarten von unserer Deutschen Grenzpolizei, daß sie das Eindringen von Spionen und Diversanten in die Deutsche Demokratische Republik verhindert, unsere Grenzen in jeder Situation schützt und verteidigt (hervorgehoben von mir — W. H.) und die friedliche Aufbauarbeit in unserer Republik vor den feindlichen Anschlägen bewahren hilft.“ Damit umriß das Zentralkomitee der SED die neuen und größeren Aufgaben, die sich für die Grenzpolizei bei der vollen Wahrnehmung der unmittelbaren Schutzfunktion an der Staatsgrenze als Einheit von polizeilichen Sicherungs- und militärischen Schutzaufgaben ergaben.

Für die Grenz sicherungskräfte der DDR hatten diese beiden Seiten ihrer Hauptaufgabe bisher nur begrenzt gegolten, da die sowjetischen Truppen den äußeren Schutz der DDR und ihrer Staatsgrenzen garantierten. Außerdem kamen jetzt neue Anforderungen hinzu. Sie erwuchsen daraus, daß sich hier nach der Einbeziehung der BRD in die NATO und dem darauf erfolgten Abschluß des Warschauer Vertrages die nach den modernsten Erkenntnissen des Militärwesens ausgerüsteten und ausgebildeten militärischen Hauptkräfte des Imperialismus und des Sozialismus unmittelbar gegenüberstanden.

Die Staatsgrenze der DDR als Teil der westlichsten Grenze der sozialistischen Staatengemeinschaft in Europa stand ab sofort unter dem vertraglich garantierten Schutz der gesamten Koalition. Außerdem wurde der Schutz der Grenzen im weitesten Sinne zu einer ständigen Aufgabe der gesamten Landesverteidigung. Speziell die NVA wurde nach diesen Erfordernissen auch disloziert. Ihre grenznahen Verbände erhielten die Aufgabe, sich auf das Zusammenwirken mit den Grenz sicherungskräften vorzubereiten. Das schloß andererseits die entsprechende Befähigung der unmittelbar mit der Grenz sicherung beauftragten bewaffneten Kräfte ein. Konkret hieß das, die Angehörigen der Grenzpolizei mußten in bestimmtem Umfange erlernen, unter den spezifischen Bedingungen des Schutzes der Staatsgrenze Aufgaben des allgemeinen modernen Gefechts zu lösen. Das erforderte aber, streng zu berücksichtigen, daß nach den vorliegenden Erfahrungen anderer sozialistischer Staaten die Grenz sicherung vor allem darin besteht, daß sie eine Kombination militärischer und polizeilicher Aufgaben darstellt. Dieser Spezifik mußte in der Führung, der Glic-

derung und Struktur, in der **Bewaffnung** und Ausrüstung sowie nicht zuletzt der Ausbildung Rechnung getragen werden. Auch die spätere Entwicklung der Grenztruppen der DDR nach ihrer Unterstellung unter das Ministerium für Nationale Verteidigung hat diese Tatsache bestätigt.

Diese komplexe Aufgabenstellung bestimmte den gesamten nachfolgenden Entwicklungsprozeß der Grenzsicherungskräfte der DDR, nachdem Ende 1955 die Aufgabe gestellt worden war, die Grenzpolizei „zu einer schlagkräftigen und jederzeit kampfbereiten militärischen Truppe zu entwickeln“. Nach den weiteren Präzisierungen in den Jahren 1956 und 1957 hieß das, die Grenzpolizei zu befähigen, folgende Aufgaben lösen zu können:

- die unmittelbare Sicherung und Verteidigung der Land- und Seegrenzen der DDR gegen alle Grenzverletzungen und Provokationen zu gewährleisten;

- in das Grenzgebiet einbrechende bewaffnete Gruppen des Gegners mit eigenen Kräften und Mitteln niederzuschlagen;

- den Schutz der Grenzen so zu organisieren, daß es auch hierdurch dem Gegner erschwert wird, unter Ausnutzung des Überraschungsmoments anzugreifen;

- eingedrungene größere Kräfte des Gegners im Zusammenwirken mit der Nationalen Volksarmee zu vernichten und – falls erforderlich – gemeinsam mit den übrigen bewaffneten Kräften der DDR, vor allem mit den grenznahen Truppenteilen und Verbänden der Nationalen Volksarmee sowie mit der Sowjetarmee die Staatsgrenze standhaft zu verteidigen und zur Vernichtung des Aggressors beizutragen.

Prinzipiell galt es, die ständigen Sicherungsaufgaben so zu lösen, daß jederzeit und ohne **Zeitverlust** der Übergang zu Verteidigungshandlungen möglich wurde. **Deshalb** bildete auch der durchgehende **militärische** Aufbau und die **Berücksichtigung militärischer Erfordernisse** eine Grundvoraussetzung bei der Festlegung des neuen Systems der Grenzsicherung.

Davon ausgehend, kann die damalige Aufgabenstellung, die Grenzpolizei zur Grenztruppe zu entwickeln, wie folgt zusammengefaßt werden: Die Grenzpolizei war durch qualitative Veränderungen in der politischen und militärischen Führung, in der Bewaffnung und Ausrüstung, Ausbildung und Erziehung sowie durch entsprechende Veränderungen in der Gliederung und Struktur zu befähigen, den politischen, militärischen und polizeilichen Aufgaben gerecht zu werden, die zur **zuverlässigen** Sicherung und zum Schutz der Staatsgrenze der DDR und damit eines wichtigen Teils der Grenzen der sozialistischen Staatengemeinschaft erforderlich waren.

Bei aller Kompliziertheit der mit der Weiterentwicklung der Grenzpolizei zur Grenztruppe verbundenen Aufgaben bestanden insgesamt gute Voraussetzungen dafür. Die Grenzpolizei hatte sich in den zehn Jahren ihres Bestehens politisch und fachlich als stabil und zuverlässig erwiesen. Vor allem ihre Führungskader waren in der harten Schule des Grenzdienstes gewachsen. Angesichts der fortschreitenden Remilitarisierung in der BRD hatte die aus der Staatsgründung resultierende Eigenverantwor-

tung der DDR bereits geboten, die Grenzsicherungskräfte der DDR schrittweise auf die volle Ausübung ihrer Sicherungs- und Schutzfunktion vorzubereiten. In diesem Zusammenhang waren ab 1952 bestimmte **militärische** Prinzipien hinsichtlich der Führung und Ausbildung sowie des **inneren** Aufbaus der Grenzpolizei eingeführt und erste – wenn auch geringe – Reserveeinheiten geschaffen worden.

Angeichts der sich 1954/55 abzeichnenden militärpolitischen Entwicklung hatten die SED und die staatlichen Führungsorgane begonnen, die Grenzpolizei direkt auf die größeren Aufgaben vorzubereiten. Dabei zeigte sich erneut, daß die konsequente Durchsetzung der führenden Rolle der Partei den Schlüssel für die Lösung aller Aufgaben bildete. **Ab Mitte 1954** wurde das vom Politbüro des Zentralkomitees der SED beschlossene „Vorläufige Statut für die Politischen Organe, Partei- und Jugendorganisationen der Grenzpolizei der Deutschen Demokratischen Republik“ zur Grundlage für die weitere Verstärkung der führenden Rolle der SED in der Grenzpolizei. In Übereinstimmung mit dem Statut der SED und dem der FDJ legte es erstmalig **allgemeinverbindlich** deren Organisations-



1. Juli 1955: Aus den Händen von Oberst Frühlitz erhielt eine Gruppe von Parteiarbeitern der DGP, die mehr als 25 Jahre in der Vorhut der deutschen Arbeiterklasse gegen Imperialismus und Krieg gekämpft hatten, die Ehrenurkunde für langjährige Parteiarbeit. Vorn erkennen wir (v. l. n. r.) die Genossen Gartmann, Mansfeld, Fomferra, Kundler und Giebel.

struktur und Arbeitsprinzipien entsprechend den spezifischen Bedingungen und Aufgaben der Grenzpolizei fest. Gleichzeitig wurden die Politischen Organe in Hauptabteilung beziehungsweise Abteilungen für Politische Arbeit umbenannt. Die bisherigen Politstellvertreter hießen fortan Stellvertreter des Kommando- beziehungsweise Kommandanturleiters für Politische Arbeit.

In Verbindung damit stärkte die Partei erneut die Führungsorgane durch im Klassenkampf erprobte Kader. Dazu gehörten unter anderem:

Oberstleutnant Heinrich Fomferra. Als Arbeiter trat er 1923 der KPD bei. Von 1933 bis 1936 war er Mitarbeiter der Kommunistischen Internationale. Danach arbeitete er als Kundschafter für die Sowjetunion gegen den Faschismus. 1942 gelang es den Faschisten, ihn zu verhaften, doch 1944 befreiten ihn die Partisanen. Ihm übertrug die Partei jetzt eine leitende Parteifunktion in der Hauptverwaltung Deutsche Grenzpolizei.

Ebenfalls in der Hauptverwaltung nahm **Hauptmann Stefan Walke** seine Tätigkeit auf. Als Arbeiter 1932 der KPD beigetreten, war er 1934 in die CSR emigriert. Von dort eilte er dem spanischen Volk zu Hilfe und kämpfte in der Panzerabwehreinheit „Rosa Luxemburg“ der Brigade des legendären **Generals Modesto**. Seit 1950 war er in den Reihen der Volkspolizei tätig.

Die Leitung der Offizierschule in Sondershausen (ab 1958 in Glöwen) übertrug die Partei **Oberst Leander Kröber**. Als Arbeiter seit 1921 Mitglied der USPD beziehungsweise KPD, hatte er die Interessen der Arbeiter als Landtagsabgeordneter der KPD in Thüringen vertreten. Im März 1933 verhafteten ihn die Faschisten und kerkerten ihn zunächst im Zuchthaus und danach bis 1945 im Konzentrationslager Buchenwald ein. Nach der Befreiung wurde er Chef der Landesbehörde der Volkspolizei Thüringen. Ab 1958 war er Kommandeur eines Verbandes der Grenzpolizei.

Diese Kader hatten wesentlichen Anteil an der Lösung der neuen Aufgaben. Dabei galt es, insbesondere die Einzeleleitung als Einheit von politischer und militärischer Führung noch besser durchzusetzen. Deshalb leiteten die Führungsorgane der Grenzpolizei umfangreiche Maßnahmen ein, um die politischen und fachlichen Kenntnisse der Offiziere und Unteroffiziere, vor allem aber deren Fähigkeiten als militärische Führer, Ausbilder und Erzieher sozialistischer Soldatenpersönlichkeiten, systematisch zu erhöhen.

Da der Grenzdienst besonders fest ausgeprägte politische Überzeugungen erfordert, stand bei diesen Maßnahmen die Verstärkung der politischen Arbeit im Vordergrund. Mit der Bildung der Politische Schule der Deutschen Grenzpolizei am 10. Oktober 1955 entstand dafür eine qualitativ neue Basis. Erstmals erhielten nunmehr die Politoffiziere der Grenzpolizei an einer zentralen Lehranstalt eine systematische Ausbildung. Gleichzeitig konnten in der Praxis erfahrene Politikader in Fortbildungslehrgängen fundierte theoretische Kenntnisse erwerben.

Die Leitung der Lehranstalt übernahm **Major Helmut Bartz**. Als Stellvertreter für die politische Arbeit beziehungsweise als Parteisekretär war **Major Gerhard Lorenz** tätig.

Der Ausprägung des Truppencharakters der Grenzpolizei kam auch zugute, daß bereits am 15. Juli 1954 die „Vorläufige Innendienstvorschrift“ (DV 10/3) und am 1. November 1954 die „Vorläufige Disziplinarordnung“ (DV 10/6) der Kasernierten Volkspolizei sinngemäß übernommen worden waren.

Mitte 1955 wurde die Schützenbewaffnung weiter modernisiert. In den Grenzbereitschaften wurden die Reserven, die bis dahin nur Gruppen umfaßten, sowie die Grenzkommandos auf Kompaniestärke vergrößert.

Der entscheidende qualitative Einschnitt bei der Weiterentwicklung der Grenzpolizei zur Grenztruppe ergab sich im Zusammenhang mit dem beginnenden **Aufbau** der Landesverteidigung der DDR. Erneut leistete die UdSSR **allseitige Hilfe** und Unterstützung. Die Sowjetunion lieferte den Hauptteil der **Bewaffnung** und Ausrüstung auch für die Grenzpolizei. Die sowjetischen **Grenztruppen** stellten wichtige Ausbildungs- und andere Unterlagen zur **Verfügung**. Außerdem erhielten die Führungskader die Möglichkeit, an **entsprechenden** Lehreinrichtungen der sowjetischen Grenztruppen zu studieren.

Darüber hinaus halfen **erfahrene** Offiziere der sowjetischen Grenztruppen direkt bei der **Weiterentwicklung** der Grenzpolizei zur Grenztruppe. Einer Bitte der **Regierung der DDR** entsprechend, stellte die Sowjetregierung erneut **Berater für die Grenzpolizei zur Verfügung**. An der Spitze der in den höheren **Führungsebenen** und in den Ausbildungseinrichtungen tätigen Berater standen **Oberst L. S. Syrizja**, **Oberst F. U. Jerjomin** und **Oberst J. A. Ljubtschikow**. Durch ihre Tätigkeit, die bis zum Herbst 1958 dauerte, trugen sie maßgeblich dazu bei, einen bedeutsamen Entwicklungsabschnitt der **Grenzsicherungskräfte der DDR** erfolgreich zu gestalten.

Am 1. März 1957 erhielt die Grenzpolizei mit der Bildung eines „Kommandos der Deutschen Grenzpolizei“ ein **selbständiges Führungsorgan** innerhalb des Ministeriums des Innern.

Kommandeur der Grenzpolizei wurde **Generalmajor Paul Ludwig**. Als Zimmermann trat er 1932 der KPD bei. Nach der faschistischen Machtergreifung arbeitete er illegal weiter. Die Partei beschloß seine Emigration in die ČSR. 1937 ging er als Interbrigadist nach Spanien. Er war im 1. motorisierten Partisanenbataillon eingesetzt und kämpfte im Hinterland. Nach dem Ende der Kampfhandlungen nach Deutschland zurückgekehrt, verhafteten ihn die Faschisten, kerkerten ihn im Zuchthaus ein und steckten ihn dann in das Strafbataillon 999. Von dort floh er zu den Partisanen Albaniens und kämpfte bis zur Befreiung des Landes in ihren Reihen.

Erneut nach Deutschland zurückgekehrt, wurde er Ende 1945 **Volkspolizist** und Leiter der Polizeiverwaltung im Kreis Niederbarnim. **Später war** er leitender Offizier bei der Transportpolizei und Landespolizeichef von

Mecklenburg. Vor seiner Ernennung zum Kommandeur der Grenzpolizei hatte er die Bezirksbehörde der Volkspolizei Rostock geleitet.

An seiner Seite stand als Leiter der Hauptabteilung für Politische Arbeit der Oberst und spätere Generalmajor Walter Breitfeld. Als Textilarbeiter war er zunächst dem Kommunistischen Jugendverband, 1923 der KPD beigetreten. Nach dem Machantritt des Faschismus mußte er emigrieren und setzte dann ebenfalls den Kampf gegen den Faschismus an der Seite des spanischen Volkes fort. Nach seiner Rückkehr aus der Emigration übertrug ihm die Partei verschiedene verantwortungsvolle Funktionen, besonders in der Deutschen Volkspolizei.

Ein Jahr später, am 1. März 1958, wurde auch der heutige Chef der Grenztruppen der DDR, Generalleutnant Klaus-Dieter Baumgarten, zum damaligen Kommando der Deutschen Grenzpolizei als stellvertretender Leiter der Abteilung Gefechtsausbildung versetzt. Am 7. Februar 1949 hatte er seinen Dienst als Wachtmeister im Volkspolizei-Kreisamt Nordhausen begonnen. Bis 1953 war er Posten, Gruppenführer, Zugführer und Sachbearbeiter Ausbildung. Nach Offiziersstudium und leitender Tätigkeit im Bereich Ausbildung innerhalb des Ministeriums des Innern wurde er in die o. g. Dienststellung eingesetzt, nach kurzer Zeit als Leiter. Danach folgten insgesamt vier Jahre Studium an den sowjetischen Militärakademien „Felix Dzierżyński“ und „M. W. Frunse“. Weitere Stationen waren Erster Stellvertreter des Kommandeurs einer Grenzbrigade, Lehrstuhlleiter für allgemeine Kommandeure der Grenztruppen an der Militärakademie „Friedrich Engels“, Erster Stellvertreter des Chefs der Grenztruppen, Besuch der sowjetischen Generalstabsakademie und Kommandeur des Grenzkommandos SÜD. Ab 1. August 1979 ist er Stellvertreter des Ministers für Nationale Verteidigung und Chef der Grenztruppen der DDR.

Die Bildung des Kommandos der DGP am 1. März 1957 war der Auftakt für einen neuen Entwicklungsabschnitt der Grenzpolizei. Auf der Grundlage eingehender Analysen des Entwicklungsstandes der Grenzpolizei und der Grenzsicherung der DDR sowie der neuen Erfordernisse beschloss Partei- und Staatsführung im Dezember 1956 und Ende Juli 1957 ein komplexes Programm zur beschleunigten Weiterentwicklung der Grenzpolizei zur Grenztruppe und zur allseitigen Festigung der Grenzsicherung der DDR. Die Hauptaufgaben daraus fanden ihren konkreten Ausdruck im Befehl 48/57 des Ministers des Innern vom 14. August 1957. Das komplexe Programm führte zu den bis dahin tiefgreifendsten Veränderungen in der Entwicklung der Grenzpolizei.

Mafgeblichen persönlichen Anteil an dessen Ausarbeitung hatte Erich Honecker in seiner damaligen Funktion als Sekretär der vom Ersten Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, geleiteten Sicherheitskommission des ZK. Er selbst schrieb dazu im Buch „Aus meinem Leben“: „Besonderes Augenmerk widmete ich zu jener Zeit auch der Grenzpolizei, die Mitte der fünfziger Jahre den Auftrag erhielt, sich zu einer schlagkräftigen Grenztruppe zu entwickeln. Es ist eine alte Erfahrung, daß sich

Grenzprovokationen und Grenzkonflikte sehr rasch zu einer militärischen Auseinandersetzung von unkontrollierbarem Ausmaß auszuwachsen können. Nicht wenige Provokationen gab es an unserer Staatsgrenze, die nur deswegen nicht zu größeren Konflikten führten, weil unsere Grenzsoldaten besonnen handelten... Was lag näher, als zu gewährleisten, daß die Ausrüstung und Ausbildung unsere 'Grenzer' jederzeit in die Lage versetzte, die Staatsgrenzen der DDR gegen alle Verletzungen und Provokationen zu sichern."

17. März 1958. Annähernd 1 000 Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere der 3. Grenzbrigade sind angetreten. Vor ihnen die Ehrentribüne, auf der sich als Gäste Vertreter des ZK der SED, der Minister des Innern, Generalleutnant der VP Karl Maron, Repräsentanten des Bezirks und der Stadt Erfurt, Offiziere der Sowjetarmee und der NVA, Angehörige der Kampfgruppen der Arbeiterklasse und Junge Pioniere befinden. Die Tribüne wird flankiert von zwei Selbstfahrlafetten, zwei 76-mm-Pak und zwei Fla-MG. „Fahnenkommando – marsch!“ lautet der Befehl. Unmittelbar vor der Front nimmt der Kommandeur der Grenzbrigade, Oberst Smolorz, aus der Hand des Ministers die erste Fahne entgegen, die einem Verband der Grenzpolizei verliehen wird. Die angetretenen Angehörigen der Grenzbrigade antworten mit einem dreifachen Hurra. Der Minister erläutert, daß das Präsidium des Ministerrates der DDR in Würdigung der verantwortungsvollen Aufgaben der DGP am 16. Januar 1958 beschlossen hatte, Fahnen für die Grenzbrigaden und Grenzbereitschaften einzuführen. In Übereinstimmung mit den Artikeln 5 und 112 der Verfassung hatte es ferner beschlossen, daß alle Soldaten, Unteroffiziere, Offiziere und Generale der DGP einen Eid zu leisten haben und die Verpflichtung für den Dienst in der DGP einzuführen ist. Nach der Rede legen Oberst Smolorz und vier Fahnendelegierte ihre Hand auf die Fahne. Die Angehörigen des Verbandes werden vom Minister auf die Fahne vereidigt.

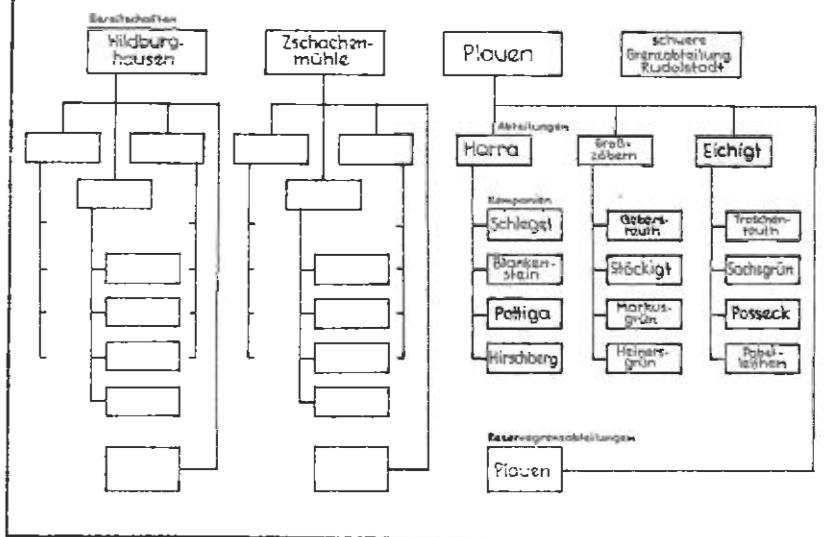
Ebenfalls an diesem Tage erhielt die Grenzbereitschaft Mühlhausen als erste Einheit aus der Hand des Ministers die Fahne. Bereits am 13. März waren im Kommando der DGP in Pätz der Kommandeur der DGP, seine Stellvertreter und alle Abteilungsleiter des Kommandos sowie am 17. März dessen übriger Personalbestand vereidigt worden. Die Grenzpolizei war neben der Nationalen Volksarmee zur damaligen Zeit das einzige bewaffnete Organ der DDR, das in dieser feierlichen Form zum Dienst für den Schutz der Arbeiter-und-Bauern-Macht verpflichtet wurde.

Der durch Fahne und Eid symbolisierte neue Entwicklungsabschnitt war mit folgenden hauptsächlichen Maßnahmen zur beschleunigten Entwicklung der Grenzpolizei zur Grenztruppe verbunden:

Erstens erhielt die Grenzpolizei eine durchgehende militärische Gliederung und Struktur. Sie gliederte sich nunmehr einheitlich in Grenzbrigaden, -bereitschaften, -abteilungen und -kompanien.

Die Grenzbrigaden traten an die Stelle der bisher zum Teil vorhandenen Abschnittsverwaltungen und ermöglichten eine operative Führung der Grenzsicherungskräfte. Ihre Bildung beendete zunächst den Prozeß des

*Die Grenzbrigade Rudolstadt mit Grenzbereitschaften,
Grenzabteilungen und Grenzkompanien im Jahre 1957.*



Suchens nach geeigneten Zwischengliedern zwischen dem zentralen Führungsorgan und den Grenzbereitschaften. Die verschiedentlich gebildeten Abschnittsverwaltungen beziehungsweise -stäbe unterschiedlicher Größe hatten sich hierfür nicht als zweckmäßig erwiesen.

Es wurden gebildet:

- zur Sicherung der Ostgrenze: Brigadestab Frankfurt (Oder) (zur VR Polen) und Brigadestab Karl-Marx-Stadt (zur CSR);
- zur Sicherung der Westgrenze: Brigadestäbe in Rudolstadt, Erfurt, Magdeburg und Perleberg;
- zur Sicherung des Küstenabschnitts: Brigadestab in Rostock;
- zur Sicherung des „Ring um Berlin“: 5. Grenzbrigade mit Sitz in Großgörschen.

Eine wesentliche Verbesserung stellten auch die Grenzabteilungen dar, die als Führungsorgane zwischen Grenzbereitschaften und Grenzkompanien gebildet wurden und die bereits 1956 aufgelösten Grenzpolizeikommandanturen ersetzten. Der Hauptunterschied der beiden neuen Führungsorgane gegenüber ihren Vorgängern bestand darin, daß die früheren Organe primär Verwaltungsapparate gewesen waren, während Grenzbrigaden und -abteilungen mit ihren Stäben die Funktion straff organisierter politischer und militärischer Führungsorgane zu erfüllen hatten. Deshalb wurden die Stäbe nach militärischen Prinzipien umformiert. Ihre Offiziere erhielten erstmalig eine systematische Stabsdienstausbildung.

Je nach der militärpolitischen Bedeutung der einzelnen Grenzabschnitte gehörte zu den Grenzbrigaden eine unterschiedliche Anzahl von Grenzbereitschaften.

Das gleiche widerspiegelte sich in der Struktur der Grenzbrigaden und aller nachgeordneten Truppenteile und Einheiten, speziell in ihrer unterschiedlichen zahlenmäßigen Stärke sowie im Umfang der Reserveeinheiten und in deren Bewaffnung und Ausrüstung.

Zweitens wurden größere Reserven geschaffen, vor allem an der Westgrenze. Damit war die Zuführung schwerer Waffen verbunden. Die Bildung dieser Reserveeinheiten war für den Aufbau einer Grenzsicherung, die militärischen Aspekten stärker Rechnung trug, sowie für eine qualifizierte militärische Ausbildung unbedingt erforderlich. Bisher existierten lediglich bei den Grenzbereitschaften Reservekompanien. Da sich diese zum Teil aus Ausbildungseinheiten für neueingestellte Soldaten zusammensetzten, standen den Kommandeuren faktisch nie alle Reserven voll zur Verfügung. Nunmehr wurden die Reserveeinheiten von den Ausbildungseinheiten getrennt und zugleich beträchtlich verstärkt. Sie konzentrierten sich vor allem in den schweren Grenzabteilungen (sGA) der Brigaden, die neben infanteristischen auch gepanzerte, Panzerabwehr-, Granatwerfer- und Maschinengewehreinheiten sowie sicherstellende Kräfte besaßen. Kleine Spezialeinheiten befanden sich bei den Grenzbereitschaften und Grenzabteilungen. Die Ausbildungseinheiten wurden jetzt ebenso wie die Unteroffiziersschulen bei den jeweiligen Grenzbrigaden konzentriert.

Die Zuführung schwerer Waffen an die Grenzbrigaden der Westgrenze und der Küste sowie die weitere durchgängige Bewaffnung mit moderneren Schützenwaffen und leichten Panzerabwehrmitteln bildete für die Grenzpolizei eine wesentliche materiell-technische Voraussetzung zur Abwehr bewaffneter Provokationen beziehungsweise für Verteidigungshandlungen bei einer imperialistischen Aggression.

Drittens wurde die Grenzpolizei von der Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs entlastet, indem das damalige „Amt für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs“ (AZKW) die Kontrollpassierpunkte an der Grenze zur BRD und am westlichen Außenring gegenüber Westberlin übernahm. Damit konnte sich die Grenzpolizei stärker auf die Sicherungs- und Schutzaufgaben konzentrieren.

Viertens wurde ein neues System der Grenzsicherung eingeführt. Es bildete einen Hauptbestandteil der neuen Maßnahmen, denn alle Veränderungen erfüllten nur dann ihren Zweck, wenn sie eine höhere Qualität der Grenzsicherung ergaben. Mit diesem System wurde die bereits begonnene Entwicklung zu einer tiefgestaffelten und beweglichen Grenzsicherung fortgesetzt. Durch pioniertechnische Anlagen in den Haupttrichtungen verstärkt, schloß es ein gut organisiertes Zusammenwirken mit den übrigen bewaffneten Organen und eine noch engere Zusammenarbeit mit der Grenzbevölkerung ein.

Damit die Grenzsicherung zugleich bestimmten militärischen Erforder-

nissen Rechnung trug, mußten u. a. die Grenzposten so eingesetzt werden, daß sie bei eventuell notwendigen Verteidigungshandlungen ohne Verzug in geschlossenen Einheiten geführt werden konnten. Diesem Erfordernis wurde in erster Linie dadurch entsprochen, daß die Grenzposten nicht mehr wie bisher nach dem sogenannten Rollsystem, sondern gruppen- und später sogar zugweise zum Einsatz kamen. Das änderte allerdings nichts daran, daß sie nach wie vor völlig dezentralisiert und ohne ständige Verbindung untereinander im Grenzgebiet handeln mußten.

Auch in der Tiefe konnte die Grenzsicherung durch den Einsatz von Reserveeinheiten der Grenzabteilungen, -bereitschaften und -brigaden weiter verstärkt werden. So entstand erstmalig ein Sicherungssystem, das nach Tiefe, Feuerkraft und Manövrierfähigkeit modernen Anforderungen entsprach. Erste Ansätze zur motorisierten Grenzsicherung ab 1960 setzten diesen Prozeß fort.

Fünftens wurde das Ausbildungssystem weiterentwickelt, denn der entscheidende Faktor für die Erfüllung der neuen Aufgaben war auch jetzt der Mensch, der entsprechend politisch und militärisch ausgebildet und erzogen war. Dabei hatte auch das neue Ausbildungssystem der Besonderheit des Grenzdienstes Rechnung zu tragen, daß neu eingestellte Grenzpolizeisten bereits nach einem kurzen, damals dreimonatigen Vorbereitungslehrgang im Grenzdienst eingesetzt, gleichzeitig aber in den Grenzkompanien weiter ausgebildet werden mußten. Diesen komplizierten Ausbildungsbedingungen entsprach das neue System der Ausbildung in zweierlei Hinsicht: Einmal stand durch die Reduzierung des täglichen Grenzdienstes auf 6 Stunden mehr Zeit für die Ausbildung zur Verfügung. Zum anderen ermöglichte die neue Struktur erstmalig eine über die Gruppe und den Zug hinausgehende Ausbildung in geschlossenen Einheiten. Da größere Reservekräfte vorhanden waren, konnten periodisch die Linienkompanien beziehungsweise sogar Grenzabteilungen aus dem Grenzdienst herausgelöst und geschlossen ausgebildet werden. Das wiederum war die Voraussetzung, um überhaupt die Aufgaben zur militärischen Sicherung und Verteidigung der Grenzen wenigstens zeitweilig im Kompanie- und Abteilungsrahmen üben zu können.

Die höheren Maßstäbe des neuen Ausbildungssystems zeigten sich weiter in der Festlegung, die Ausbildung nach militärischen Grundsätzen durchzuführen. Daraus ergaben sich unter anderem größere Anforderungen an die Unteroffiziere und die Offiziere sowie an die Systematik ihrer Ausbildung. Deshalb wurde festgelegt, daß die Unteroffiziere in der Regel eine Unteroffiziersschule besucht haben mußten und durch eine qualifizierte politische und militärische Ausbildung in den Einheiten systematisch weiterzubilden waren. Durch eine differenzierte Ausbildung entsprechend ihrer Funktion wuchs besonders die Befähigung der Gruppenführer, ihre Einheiten in der Ausbildung und im praktischen Grenzeinsatz politisch und militärisch richtig zu führen.

Von den Offizieren wurde generell der Besuch einer Offiziersschule ver-

langt. Hierdurch und durch eine konzentriertere und vielseitigere Weiterbildung sowie durch Teilnahme an Kommandostabs- und Truppenübungen in Zusammenarbeit mit der Nationalen Volksarmee hatten sie die Fähigkeiten eines allgemeinen Truppenkommandeurs zu erlangen.

Relativ günstige Bedingungen für die Ausbildung besaßen die Spezialeinheiten, da sie in der Regel keinen direkten Grenzdienst leisteten. Dennoch stellten die zu lösenden neuen militärischen Aufgaben auch an sie große Anforderungen, zumal ihnen das Ziel gestellt war, auf ihrem Spezialgebiet den Ausbildungsstand vergleichbarer Einheiten der Nationalen Volksarmee zu erreichen.

Sechstens bestätigten die genannten Beschlüsse die „Bestimmungen für die Dienstlaufbahn der Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere der Grenzpolizei der Deutschen Demokratischen Republik“. Sie traten durch einen Befehl des Ministers des Innern am 1. Januar 1958 in Kraft.

Mit den Dienstlaufbahnbestimmungen wurden erstmalig alle Grundfragen der Zugehörigkeit zur Grenzpolizei in einer militärischen Dienstlaufbahn fest geregelt. Sie kennzeichneten zum Beispiel auch erstmals den Offiziersberuf als solchen. Die Dienstlaufbahnbestimmungen unterstrichen die hohen politischen und militärischen Anforderungen des Dienstes in der Grenzpolizei und waren eine wichtige Grundlage für die planmäßige Entwicklung und Qualifizierung ihrer Kader. Sie brachten zugleich zum Ausdruck, welche besondere Bedeutung die SED und die Regierung der DDR dem verantwortungsvollen Dienst zum Schutze und zur Verteidigung der Grenzen beimaßen. So hieß es in den Bestimmungen: „Der Dienst zum Schutze der Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik ist eine Ehrenpflicht. Ihre Erfüllung ist ein besonderer Beweis der Treue und Ergebenheit zur Arbeiter-und-Bauern-Macht.“ Entsprechend den Festlegungen in den Dienstlaufbahnbestimmungen, daß die freiwillige Dienstleistung in der Deutschen Grenzpolizei auf dem Schwur und der persönlichen Verpflichtung beruht, bestätigten die Beschlüsse auch den damaligen Schwur der Grenzpolizei.

Als äußeres Zeichen der neuen Entwicklungsetappe wurde auch die Uniform geändert: Bei vorerst noch beibehaltener Khakifarbe wurde sie im Schnitt analog der NVA-Uniform dem historischen Erbe angeglichen.

Insgesamt gaben die genannten Beschlüsse eine klare Orientierung für die beschleunigte Weiterentwicklung der Grenzpolizei zu einer Grenztruppe, legten die dabei zu lösenden Hauptaufgaben fest und schufen viele der für ihre Verwirklichung erforderlichen Voraussetzungen. Dennoch waren oft große Schwierigkeiten zu überwinden, vieles war überhaupt nur durch überdurchschnittliche persönliche Anstrengungen lösbar. Das galt insbesondere für das Kaderproblem, z. B. beim Aufbau der damaligen 6. Grenzbrigade (Küste) ab März 1957.

Die für den Stab der Brigade und die Stabsseinheiten erforderlichen Kader kamen zum überwiegenden Teil aus den Bereitschaften Rostock, Greifswald und Glowe, ganz wenige kamen von der Staatsgrenze West und Ost. Es waren Kader, die der Partei und Regierung treu ergeben

waren, aber über keine ausreichenden militärischen Kenntnisse verfügten.

Einige Offiziere hatten die Offiziersschule der Grenzpolizei in Sondershausen absolviert, andere dort nur an Kurzlehrgängen teilgenommen. Ein großer Teil war sogar aus dem Bestand der Unteroffiziere zum Offizier ernannt worden. In der Anfangsperiode mußte daher besonders großer Wert auf die Heranbildung qualifizierter Stabsoffiziere gelegt werden, die in der Lage waren, ihren Aufgaben im Stab und bei der Anleitung der Truppenteile gerecht zu werden.

Insgesamt widerspiegelte sich hierin ein nur schwer lösbares Entwicklungsproblem der Grenzsicherungskräfte: Die Anforderungen aus der ständigen zuverlässigen Sicherung der Staatsgrenze gestalteten objektiv die Qualifizierungsmöglichkeiten schwieriger als unter normalen Garnisonsbedingungen. Viele der seit den Anfangsjahren der Grenzpolizei treu ihre Pflicht erfüllenden Offiziere, vor allem der Linieneinheiten, hatten schon deshalb immer wieder auf eine gediegene politische und militärische Ausbildung an einer entsprechenden Lehreinrichtung verzichten beziehungsweise sich mit zeitlich und inhaltlich sehr begrenzten Qualifizierungen begnügen müssen, weil keine Ersatzkader für diese Zeit zur Verfügung standen.

Der Grenzdienst und die dezentralisierte Dislozierung der Einheiten schufen auch weiterhin Erschwernisse für eine systematische Weiterbildung. Um so dringlicher mußte es angesichts der neuen Aufgaben sein, alle Qualifizierungsmöglichkeiten konsequent auszuschöpfen und diese systematisch zu erweitern, zumal sich mit der beginnenden Revolution im Militärwesen qualitativ neue Anforderungen abzeichneten. Deshalb forderte die IV. Delegiertenkonferenz der Parteiorganisationen der SED in der Grenzpolizei im Juni 1958, an den Lehranstalten und Schulen „die Erziehung und Ausbildung so zu verbessern, daß die Offiziere und Unteroffiziere zu talentierten Organisatoren des politischen Massenkampfes und zu militärisch und pädagogisch qualifizierten Grenzzoffizieren und Unteroffizieren entwickelt werden“. Dabei setzte sich die Delegiertenkonferenz besonders auch mit solchen Argumenten auseinander, daß die militärische Ausbildung auf Kosten der Grenzsicherung ginge und in der Grenzkompagnie eine straffe militärische Ausbildung nicht möglich sei. Sie trat dafür ein, trotz schwieriger objektiver Bedingungen optimale Lösungswege zu finden. Beispielsweise wurden in der Folge bestimmte Ausbildungsmaßnahmen direkt als Grenzsicherungsmaßnahmen durchgeführt.

Auch die Aus- und Weiterbildung der Offiziere an der Offiziersschule der Grenzpolizei und an der Politschule wurde entsprechend den höheren Forderungen umgestaltet und intensiviert. Die Vermittlung militärischer Grundkenntnisse nahm größeren Raum ein. Das Profil aller Lehrfächer wurde gemäß der Forderung nach einer wirklichkeitsnahen Ausbildung verändert, die Ausbildung selbst mehr als bisher im Übungsgelände und in engerer Verbindung mit den Grenzkompagnien durchgeführt.

Die Unterstützung durch Offiziersschulen der Nationalen Volksarmee

ermöglichte es, die vor allem für die Spezialeinheiten **dringend benötigten** Kader mit soliden militärischen Kenntnissen auszustatten. Neben der Ausbildung an den Schulen richtete das Kommando der Deutschen Grenzpolizei auch die Weiterbildung der Offiziere auf die neuen Erfordernisse aus. Umfassende Schulungen erweiterten die militärwissenschaftlichen und militärtheoretischen Kenntnisse der Offiziere. Übungen, die zum Teil gemeinsam mit der Nationalen Volksarmee stattfanden, festigten dieses Wissen in der Praxis.

Im Zusammenhang mit diesen Aufgaben mußte auch die Allgemeinbildung vor allem der Offiziere verbessert werden. Einer Direktive des Ministers des Innern entsprechend, begann am 15. Mai 1960 in der Grenzpolizei ein langfristiger Fernunterricht auf der Grundlage von Lehrbriefen. Er sah für alle Offiziere und Unteroffiziere vor, bis 1965 in den Fächern Deutsch, Mathematik, Chemie und Physik das Niveau der zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule zu erreichen. Obwohl diese Aufgabe angesichts der Anforderungen des Grenzdienstes später in anderen Formen zu Ende geführt werden mußte, bildete sie doch den Auftakt für eine große Lernbewegung.

Speziell auf die Verstärkung der Einheit von politischer und militärischer Qualifizierung war die auf Weisung des Zentralkomitees der SED am 4. Januar 1960 in Weimar eröffnete **Bezirksparteischule** der Deutschen Grenzpolizei gerichtet. In seiner Eröffnungsvorlesung unterstrich der Leiter der Politischen Verwaltung der Deutschen Grenzpolizei, Generalmajor Walter Breitfeld, daß sich an dieser Schule „fähige, parteierfahrene und in der Praxis des Grenzdienstes bewährte Kader der Deutschen Grenzpolizei das politische Wissen erwerben (sollen), das sie zur politisch und militärisch richtigen Führung von Grenztruppen unbedingt brauchen“. Als Leiter der Bezirksparteischule wurde mit **Oberst Fritz Würzberger** ein bewährter Antifaschist eingesetzt, der bereits vorher langjährig eine andere Ausbildungseinrichtung der bewaffneten Kräfte des Ministeriums des Innern geleitet hatte.

Im Unterschied zur bisherigen Politschule studierten an dieser Schule sowohl Politoffiziere als auch Offiziere in operativen Dienststellungen. Das entsprach dem Erfordernis, die Parteierziehung aller Offiziere als wichtigste Voraussetzung für die Festigung der Einzellleitung und für die volle Herausbildung **klassenmäßiger** Beziehungen zwischen Vorgesetzten und Unterstellten zu verstärken.

Überhaupt bestätigte sich auch damals die Grundwahrheit, daß die Verstärkung der führenden Rolle der Partei die Quelle für Erfolge auf allen Gebieten bildet. Eine wesentliche Bedingung dafür war, die Partei auch organisatorisch stärker in den Linieneinheiten zu verankern. Bis zur Auflösung der Grenzkommandanturen im Oktober 1956 hatten Grundorganisationen der SED nur bis zu dieser Ebene bestanden. Mit den Berichtswahlversammlungen im Frühjahr 1957 wurden erstmalig Grundorganisationen in den Grenzkommandos (ab August 1957 Grenzkompanien) gebildet. Diese Veränderung ging weit über den strukturellen Anlaß hinaus.

Das zeigte sich unter anderem darin, daß die Parteieinstruktion von 1958 daran festhielt, Grundorganisationen in den Grenzkompagnien zu bilden, obwohl mit der Neugliederung der Grenzpolizei auf der Grundlage des Befehls 48/57 die Grenzabteilungen geschaffen worden waren.

Arbeitsfähige und wirksame Grundorganisationen in den Grenzkompagnien zu bilden, war beim damaligen Entwicklungsstand allein schon deshalb keineswegs einfach, weil, namentlich in den Linieneinheiten, noch relativ wenige Soldaten der Partei angehörten. Die Zahl der Offiziere und Unteroffiziere, die den Hauptteil der Parteimitglieder stellten, war im Kompanierahmen naturgemäß nicht sehr groß, zumal damals die Planstellen entwicklungsbedingt selten voll besetzt werden konnten.

Wie erfolgreich sich der Wachstumsprozeß der Partei innerhalb der Grenzpolizei allein zahlenmäßig vollzog, beweist nachfolgende Übersicht: Zum Zeitpunkt der II. Delegiertenkonferenz im März 1954 waren 25,7 Prozent aller Grenzpolizisten Mitglieder und Kandidaten der SED. Bis 1958 stieg ihr Anteil auf 31,5 Prozent, 1959 betrug er 32,4 Prozent und im ersten Halbjahr 1960 bereits 32,8 Prozent. 1960 befanden sich schon rund 52 Prozent der Mitglieder und Kandidaten in den Grenzkompagnien sowie in den Bootsgruppen der Grenzpolizei-See, das heißt in den Linieneinheiten. Während 1954 knapp 10 Prozent aller Grenzpolizisten im Mannschaftsdienstgrad Mitglieder und Kandidaten der SED waren, erhöhte sich ihr Anteil bis Ende 1960 auf rund 20 Prozent.

Von besonderer Bedeutung für die Verstärkung der führenden Rolle der SED auch in der Deutschen Grenzpolizei waren die Beschlüsse des Politbüros des Zentralkomitees der SED vom 2. November 1957 und vom 14. Januar 1958. Mit ersterem nahm das Politbüro zum Beschluß des Zentralkomitees der KPdSU über die parteipolitische Arbeit in der Sowjetarmee und -flotte Stellung. In voller Übereinstimmung mit diesem Beschluß forderte das Politbüro des ZK der SED, jeden Versuch zur Herabminderung der führenden Rolle der Partei in den Streitkräften energisch zu unterbinden.

Darauf gestützt, wurde auch in der Grenzpolizei die Auffassung beseitigt, daß die Partei „Helfer des Kommandeurs“ sei — eine These, die dazu angetan war, die führende Rolle der Partei zu schmälern, die Kommandeure über die Partei zu stellen und die Leninschen Normen des Parteiens Lebens zu verletzen. Auf Parteiversammlungen in den Einheiten und auf Aktivtagungen der Verbände wurde klargestellt, daß die Partei Führer und Erzieher aller Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten ist und daß für alle Genossen, unabhängig vom Dienstgrad, die gleiche Parteidisziplin gilt. Bereits die IV. Delegiertenkonferenz der Parteiorganisationen der SED in der Deutschen Grenzpolizei im Juni 1958 konnte feststellen, daß die falschen Ansichten und Praktiken „weitgehend überwunden“ waren.

Der Beschluß des Politbüros des Zentralkomitees der SED vom 14. Januar 1958 „Über die Rolle der Partei in der Nationalen Volksarmee“ besaß auch für die Grenzpolizei größte Bedeutung, weil er eine Reihe all-

gemeingültiger Grundsätze für die Verwirklichung der führenden Rolle der Partei in bewaffneten Formationen enthielt.

Dazu gehörten vor allem folgende:

- Die Einzelleitung als Einheit von politischer und militärischer Führung auf der Grundlage der Parteibeschlüsse erfordert das enge Zusammenwirken von Parteileitung und Kommandeur;
- das Prinzip, daß es für alle Mitglieder und Kandidaten nur eine für alle verbindliche Parteidisziplin gibt, ist unabhängig vom Dienstgrad und Ansehen der Person voll durchzusetzen;
- die Parteiorganisationen haben das Recht, in Parteiversammlungen kritisch die Ergebnisse der Erziehung und Ausbildung, den Zustand der Gefechtsbereitschaft sowie die dienstliche und gesellschaftliche Tätigkeit aller Mitglieder und Kandidaten einzuschätzen und Vorschläge zur Verbesserung zu machen;
- der Einfluß der Parteiorganisationen auf die Entwicklung, Förderung und Verteilung der Kader ist zu erhöhen;
- die Mitglieder und Kandidaten der SED werden ihrer hohen Verantwortung für die Festigung der führenden Rolle der Partei vor allem durch politische Aktivität und vorbildliche Erfüllung der militärischen Pflichten gerecht.

Für die Grenzpolizei wurden die Grundgedanken des Beschlusses vom 14. Januar 1958 zunächst vor allem über die „Bestimmungen für die Arbeit der Politorgane der Deutschen Grenzpolizei der Deutschen Demokratischen Republik“ und die „Instruktion für die Arbeit der Parteiorganisationen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in der Deutschen Grenzpolizei der Deutschen Demokratischen Republik“ wirksam. Beide Dokumente bestätigte das Zentralkomitee der SED am 1. Dezember 1958.

Das zu betonen erscheint auch deshalb wichtig, weil nicht sofort auf allen Führungsebenen die prinzipielle Bedeutung dieses Beschlusses für alle bewaffneten Organe erkannt wurde. So stellte der Stellvertreter des Ministers des Innern auf der 2. Tagung der IV. Delegiertenkonferenz der Parteiorganisationen der SED in der Deutschen Grenzpolizei im März 1959 selbstkritisch fest, daß die Leitung des Ministeriums des Innern bisher davon ausgegangen war, daß dieser Beschluß wegen seiner konkreten Bezugnahme auf die Nationale Volksarmee „für die bewaffneten Organe des MdI nicht zutreffend“ sei. Deshalb habe keine Beratung mit den Kommandeuren über die Verwirklichung dieses Beschlusses stattgefunden.

Dennoch sicherten die unmittelbare Einflußnahme der Parteiführung über die Parteipolitik und die Bestimmungen für die Arbeit der Politorgane sowie das Auftreten leitender Genossen in den zentralen Parteikonferenzen und Aktivtagungen, daß die Grundgedanken dieses Beschlusses von Anfang an die generelle Richtung für die Verstärkung der führenden Rolle der Partei in der Grenzpolizei bildeten. Ab März 1959 wurden auch auf der dienstlichen Ebene alle Kräfte hierfür mobilisiert.

Erneut halfen auch leitende Genossen. So erläuterte Erich Honecker,

damals Kandidat des Politbüros des Zentralkomitees der SED, die Grundlagen der Weiterentwicklung der Grenzpolizei vor den Führungskadern und Parteiaktivisten im Kommando der Grenzpolizei. Ein spezieller Brief des ZK wandte sich hierzu im Juni 1959 an die Parteiorganisationen in der Grenzpolizei. Arbeitsgruppen des Zentralkomitees waren in Verbänden, Truppenteilen und in der Offiziersschule der Grenzpolizei tätig, um an Ort und Stelle zu helfen, die auftauchenden Probleme zu lösen und damit zur rascheren Weiterentwicklung der Grenzpolizei beizutragen. Auf Initiative der Parteiführung verstärkten die Bezirks- und Kreisleitungen der SED in den Grenzgebieten die Zusammenarbeit vor allem mit den Grundorganisationen der Grenzpolizei.

Ihren wirksamsten Ausdruck fanden die wachsenden Ergebnisse der politischen Arbeit darin, wie die Mehrheit der Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere die Aufgaben der Grenzsicherung und der Ausbildung immer bewußter zu ihrer eigenen Sache machte. Das bewies besonders die Wettbewerbsbewegung. Hatte sie sich bisher vor allem in Form der Bestenbewegung auf die Verbesserung des Grenzdienstes und der Ausbildung gerichtet, so entwickelte sie sich nunmehr in vielfältigeren Formen und erreichte speziell in Vorbereitung des V. Parteitages der SED 1958 ausgeprägten Massencharakter. 21 777 Einzel- und 2 609 Gruppenverpflichtungen zu Ehren des Parteitages waren dafür ein beredtes Zeugnis. Bei ihrer Realisierung wurden durch freiwillige Arbeitsleistungen zur Ver-



1. Bestenkonferenz der Deutschen Grenzpolizei am 31. Januar 1956. Unter den Mitgliedern des Präsidiums die Genossen Wilhelm, Mansfeld, Stock, Smolorz und Fröhlich (v. l. u. r.)

besserung der Ausbildungsbasen und zur pioniermäßigen Verstärkung der Grenzsicherung Werte in Höhe von ungefähr 5,5 Millionen Mark geschaffen. Mit mehr als 315 000 allein 1958 in der Freizeit geleisteten Arbeitsstunden zur verlustlosen Einbringung der Ernte trugen die Grenzpolizisten zugleich zur Festigung des Verhältnisses mit der Grenzbevölkerung bei.

Hohen Wert hatte auch die Verpflichtung von 58,5 Prozent der Grenzpolizisten, deren Dienstzeit im Herbst 1957 beziehungsweise Frühjahr 1958 ablief, länger zu dienen. Angesichts der höheren Aufgaben der Grenzpolizei und des Kadermangels hatte das große Bedeutung für die zuverlässige Sicherung der Grenzen. Da das damalige Freiwilligenprinzip die Möglichkeiten für die ständige Auffüllung der Grenzpolizei einschränkte, erhöhten sich die Anforderungen an die bereits dienenden Grenzpolizisten. Viele brachten persönliche Opfer, verschoben geplante berufliche Weiterbildungsziele um Jahre, um die Grenzen der DDR angesichts der wachsenden Gefahr einer imperialistischen Aggression zuverlässig sichern zu helfen.

Besonders nach einer Konferenz der Parteiorganisationen in der DGP zu Problemen des sozialistischen Wettbewerbs im Januar 1959 konzentrierte sich dieser stärker auf Schwerpunkte der Ausbildung und Grenzsicherung. Das bewies vor allem die „Kompaßbewegung“, in der sich die Masse der FDJ-Mitglieder in jugendgemäßer Weise mit Verpflichtungen wie Unterbietung der geforderten Ausbildungsnormen, gegenseitige Ersetzbarkeit, Beherrschen aller Schützenwaffen der Gruppe, Entwicklung und Verbesserung von Signalgeräten usw. am Ringen um höhere Gefechtsbereitschaft und verbesserte Grenzsicherung beteiligte. Die FDJ-Mitglieder erklärten das Anliegen und Aufrechterhalten eines spurensicheren 10-Meter-Kontrollstreifens an der Staatsgrenze zur BRD zum Jugendobjekt.

Ein weiteres Entwicklungsproblem stellte die militärische Ausbildung dar. Neben den durch den ununterbrochenen Grenzdienst entstehenden besonderen Bedingungen mußten dazu faktisch in allen Dienststellen und selbst in den Ausbildungseinrichtungen erst die Voraussetzungen geschaffen werden. Deshalb kam der Masseninitiative für den Umbau der Schießplätze, die Schaffung von Schießpolygonen usw. eine große Bedeutung zu. Viele dieser Aufgaben konnte die Grenzpolizei nur in Zusammenarbeit mit der Nationalen Volksarmee lösen. Sie besaß beispielsweise keinerlei Voraussetzungen für Übungen mit Gefechtsschießen.

Infolge der Auffüllung der Grenzpolizei nach dem Freiwilligenprinzip und der durch die Zuspitzung der Lage verstärkten Notwendigkeit, einen größeren Teil von Grenzpolizisten zum Längerdienen zu gewinnen, befanden sich in den Grenzkompanien Mannschaftsdienstgrade unterschiedlicher Qualifikation. Neben den neu aus den Ausbildungseinheiten kommenden Grenzpolizisten standen solche mit bis zu fünf und mehr Dienstjahren. Angesichts des geringen Bestandes einer Grenzkompanie war es faktisch unmöglich, ihre Angehörigen entsprechend ihrem Qualifizierungsstand getrennt in Ausbildungsgruppen zusammenzufassen, wie es für eine hocheffektive Ausbildung wünschenswert gewesen wäre. Als Versuch zur

Lösung dieses Problems begann ab 1960 die „differenzierte Ausbildung“. Sie verlangte, die Angehörigen einer Einheit unter Berücksichtigung ihrer unterschiedlichen Kenntnisse und Fertigkeiten auszubilden.

Trotz aller damit verbundenen Schwierigkeiten war es außerordentlich wichtig, eine möglichst intensive Ausbildung zu verlangen. Diese von den Führungsorganen der SED und der Grenzpolizei konsequent vertretene Linie fand unter anderem in der Forderung ihren Ausdruck, keine Erleichterungen in der Ausbildung zuzulassen. Sie zielte darauf ab, auch unter den bestehenden Bedingungen alle Kräfte für das Erreichen der Ausbildungsziele zu mobilisieren. Die V. Delegiertenkonferenz der Parteiorganisationen der SED in der Grenzpolizei im Juni 1960 unterstrich das mit der Forderung nach „höchstmöglicher Gefechtsbereitschaft“, weil die Grenzpolizei ständig bereit sein müsse, aus der normalen Grenzsicherung zu Handlungen überzugehen, um eingedrungene Banditengruppen und reguläre imperialistische Truppen zu vernichten.

Angesichts dieser Aufgaben gewann auch die raschere Festigung der militärischen Disziplin und Ordnung als Bestandteil der Entwicklung der Grenzpolizei zur Grenztruppe ständig größeres Gewicht. Die V. Delegiertenkonferenz der Parteiorganisationen der SED in der DGP orientierte daher auch die FDJ-Grundeinheiten auf diese Aufgabe. In einem „Brief an alle Mitglieder und Funktionäre der Freien Deutschen Jugend in der Deutschen Grenzpolizei“ erklärte sie: „Die wichtigste Kampfaufgabe der Freien Deutschen Jugend im Jahre 1960 ist die Festigung der militärischen Disziplin und Ordnung.“ Damit mobilisierte die Partei eine große Kraftreserve, denn über 90 Prozent aller Grenzpolizisten unter 26 Jahren waren Mitglieder der FDJ.

Dank der zielstrebigsten Führung und der großen Initiative sowie Einsatzbereitschaft der Angehörigen der Grenzpolizei gelang es somit, auch in ihrer militärischen Befähigung viele entwicklungsbedingte Schwierigkeiten zu überwinden. Die ersten gemeinsamen Übungen mit der Nationalen Volksarmee und den anderen bewaffneten Organen der DDR sowie mit Teilen der Sowjetarmee bewiesen, welche Fortschritte die Grenzpolizei bei der Bewältigung der Aufgabe, die Staatsgrenze unter allen Bedingungen erfolgreich zu schützen und zu verteidigen, erreicht hatte. An diesen Übungen nahmen zu Ausbildungszwecken aus dem Grenzdienst herausgelöste kleinere Einheiten sowie Kräfte der Schulen und ständigen Reserven der Grenzpolizei teil. Mit Kampfgruppen der Arbeiterklasse und Einheiten der Bereitschaftspolizei wurde das Zusammenwirken bei der Vernichtung eingeschleuster gegnerischer Banden geübt. Ab 1960 beteiligten sich Grenzpolizeieinheiten auch an größeren Truppenübungen der Nationalen Volksarmee. Dabei bewiesen sie, daß sie bereits wichtige Elemente der ihnen im Verteidigungsfall übertragene Gefechtsaktionen beherrschten und gelernt hatten, als geschlossene Einheiten mit Truppenteilen der Armee zusammenzuwirken.

Die größeren Aufgaben zur Sicherung und zum Schutz der Staatsgrenze der DDR erhöhten nicht nur die Anforderungen an den Grenzdienst

selbst, sondern auch an die Zusammenarbeit der Deutschen Grenzpolizei mit der Grenzbevölkerung. Die von Führungsorganen der SED beschlossenen Grundsatzdokumente für die neue Entwicklungsetappe der Grenzpolizei verpflichteten nicht nur die Kommandeure, die Zusammenarbeit mit der Grenzbevölkerung noch enger zu gestalten. Sie legten zugleich konkrete Maßnahmen fest, um die bewährte unmittelbare Einbeziehung von Teilen der Grenzbevölkerung in die Grenzsicherung in Form der seit 1952 bestehenden Grenzpolizeihelfer (GPH) zu verstärken. Ihr Einsatz sollte entsprechend den Veränderungen in der Grenzsicherung in die Tiefe ausgedehnt und auch ihre rechtliche Stellung gefestigt werden.

Die fortschreitende sozialistische Umgestaltung der meist agrarischen Grenzorte erschloß wachsende Potenzen für die Grenzsicherung. Diese mußten jedoch richtig genutzt werden. In offensichtlicher Überbewertung des erreichten Grades der politisch-moralischen Einheit der unterschiedlichen Klassen und Schichten angehörenden Bevölkerung, die zudem vielfältigen ideologischen Einwirkungen des Gegners ausgesetzt war, entstand das Bestreben, nicht nur Grenzpolizeihelfergruppen, sondern ganze Helferdörfer zu bilden. Die V. Delegiertenkonferenz kennzeichnete 1960 diese Entwicklung als falsch, weil sie „die Klassenwachsamkeit einschläfert und die Erscheinungen des Klassenkampfes ignoriert“. Sie forderte richtig, sich weiterhin bei der Bildung von Helfergruppen vor allem auf die progressivsten Kräfte aus der Arbeiterklasse und der sich herausbildenden Klasse der Genossenschaftsbauern zu stützen.

Die sich weiter verstärkende Teilnahme der Grenzbevölkerung an der Grenzsicherung äußerte sich besonders in der wachsenden Zahl von Grenzpolizeihelfern, schon von November 1957 bis Mai 1958 verdoppelte sie sich fast. In Übereinstimmung mit den genannten Forderungen der Grundsatzdokumente der Parteiführung wurden die Grenzpolizeihelfer durch einen Beschluß des Präsidiums des Ministerrates im Jahre 1958 rechtlich und versorgungsmäßig den Freiwilligen Helfern der Volkspolizei gleichgestellt. Das ermöglichte deren Einkleidung, Ausstattung mit entsprechenden Ausweisen, Armbinden usw. sowie deren zielgerichtete Ausbildung. Im Zusammenhang damit wurden ab Juni 1958 auch Gruppen von Grenzpolizeihelfern in der Tiefe des Grenzgebiets gebildet. Im Jahre 1958 wurden erstmals 58 Grenzpolizeihelfer mit der Medaille „Für vorbildlichen Grenzdienst“ ausgezeichnet.

Die Wirksamkeit der engeren Zusammenarbeit mit der Grenzbevölkerung bei der Grenzsicherung erwies sich insbesondere darin, daß ein hoher Prozentsatz aller gestellten Grenzverletzer mit Hilfe der Bevölkerung festgenommen werden konnte, teilweise bis zu 50 Prozent. Das alles zeigt, daß sich trotz verstärkter imperialistischer Diversionstätigkeit die Einheit zwischen Grenzpolizei und Grenzbevölkerung weiter festigte. Damit bestätigte sich in der Praxis der Leitsatz der 2. Tagung der IV. Delegiertenkonferenz der Parteioorganisationen der SED vom März 1959, daß die Grenzpolizei nur mit Unterstützung der Bevölkerung in der Lage ist, die von Partei und Regierung gestellten Aufgaben zu lösen.

Wie aus der gesamten Darstellung ersichtlich, konzentrierte sich der Einsatz der Grenzpolizei in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre noch stärker auf den militärpolitisch bedeutsamsten Teil der Staatsgrenze der DDR, auf die Grenze zur BRD. Das war nicht zuletzt dank der sich immer mehr entwickelnden Zusammenarbeit der DDR mit den sozialistischen Nachbarstaaten möglich, durch die sich auch die Beziehungen der Grenzpolizei zu den Grenzsicherungsorganen Volkspolens und der CSR immer enger gestalteten. Neben dem Grenzdienst festigten die Grenzsicherungskräfte ihre Waffenbrüderschaftsbeziehungen in Erfahrungsaustauschen, Sportwettkämpfen und anderen gemeinsamen Treffen ihrer Jugendorganisationen. Dazu trugen auch ihre Presseorgane bei. Anlässlich des 15. Jahrestages des Bestehens der polnischen Grenzschutztruppen am 10. Juni 1960 führten beispielsweise deren Zeitung „Granica“ und „Der Grenzpolizist“ als Wochenzeitung der Grenzpolizei ein gemeinsames Preisausschreiben durch. Das im Jahre 1955 gegründete Kabarett der Grenzpolizei „Die Kneifzange“ trat bis Herbst 1960 fast 60mal vor Einheiten der tschechoslowakischen Grenztruppen auf.

Ein erstrangiges Anliegen der Zusammenarbeit bildete das ständige Lernen aus den Erfahrungen der Grenztruppen der sozialistischen Bruderstaaten, vor allem der Sowjetunion. Das war eine der wichtigsten Quellen für die erfolgreiche Entwicklung der Grenzsicherungskräfte der DDR. Die IV. Delegiertenkonferenz der SED-Parteioorganisationen hatte das noch einmal ausdrücklich unterstrichen. Sie dankte zugleich den sowjetischen Beratern, die kurze Zeit später in ihre Heimat zurückkehrten, für ihre erfolgreiche Arbeit.

Neben den schon genannten vor allem die Führungskader betreffenden engen Kontakten wurden vielfältige Möglichkeiten ausgeschöpft, damit alle Angehörigen der Grenzpolizei unmittelbar aus diesen Erfahrungen lernen und sich zugleich persönlich von der internationalistischen Haltung der sowjetischen Armeeangehörigen überzeugen konnten. So druckte „Der Grenzpolizist“ in der ständigen Rubrik „Aus den Erfahrungen unserer Waffenbrüder“ viele Beiträge aus der Zeitung der sowjetischen Grenztruppen „Pogranitschnik“ ab. Hinzu kamen Nachdrucke aus „Wojennye Snanija“ und „Wojenny Westnik“, die über neueste militärwissenschaftliche Fragen und Erfahrungen aus der Truppenpraxis berichteten. Vielen älteren Grenzern ist aus jener Zeit der Name Karazupa in unauslöschbarer Erinnerung geblieben. Über Wochen hinweg vermittelte die Zeitung „Der Grenzpolizist“ auf packende Weise die langjährigen Erfahrungen dieses legendären Angehörigen der sowjetischen Grenztruppen. In ihren Standorten festigten die Einheiten der Grenzpolizei ihre Verbindungen zu den sowjetischen Truppen durch Freundschaftstreffen, Erfahrungsaustausche und gemeinsame Sport- und Kulturveranstaltungen.

Die sich vertiefenden Waffenbrüderschaftsbeziehungen förderten die Einsatzbereitschaft und Standhaftigkeit der Grenzsoldaten. Der einzeln an der Staatsgrenze handelnde Posten konnte sich auf die Gewißheit stützen,

spiele von nur wenigen Tagen: Am 12. März 1960 legten zwei Angehörige der Zollorgane der BRD unmittelbar an der Staatsgrenze bei Ahrenshausen, Kreis Heiligenstadt, drei Brände, die Grenzmarkierungen vernichteten. Am 17. März bedrohten in Zugstärke aufmarschierte Angehörige des Bundesgrenzschutzes im Gebiet bei Salzwedel eine Grenzstreife der DDR. Am 19. März wurden Angehörige der Deutschen Grenzpolizei im Abschnitt Semmersdorf, Kreis Oschersleben, von der BRD aus beschossen. Am 22. März versuchte das BRD-Zollboot „Lave“ auf der Elbe beim Kilometer 491, ein Boot der Grenzpolizei zu rammen. Am 23. März fuhr ein Angehöriger des Bundesgrenzschutzes im Abschnitt Schlagbrücke bei Schönberg mit einem Jeep bis an die Grenze und schoss mit einer Maschinengewehr über die Staatsgrenze. Die DDR-Grenzpolizisten ließen sich jedoch nicht provozieren, sondern verhinderten durch umsichtiges und besonnenes Verhalten, daß diese Anschläge schwerwiegende Auswirkungen hatten. In zunehmendem Maße gelang es ihnen, wie in den Bereichen der Grenzbereitschaften Schönberg, Eisenach, Dermbach und Meiningen, die auf DDR-Territorium vorgedrungenen Provokateure festzunehmen.

Auch in der Folgezeit wuchs die auf die Verschärfung der internationalen Spannungen gerichtete Provokationstätigkeit der aggressivsten imperialistischen Kräfte weiter an. Das betraf auch die Staatsgrenze zu Westberlin, wo der DDR-Grenzpolizist Gerd Brückner am 11. Januar 1961 durch Schüsse Westberliner Zöllner verwundet wurde.

Die treue Pflichterfüllung tausender Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere der Grenzpolizei, ihre ständige Einsatzbereitschaft im Grenzdienst, ihr Fleiß und ihre Ausdauer in der Ausbildung trugen dazu bei, daß an einem der exponiertesten Teile der Trennlinie zwischen NATO und Warschauer Vertrag auch unter diesen Bedingungen Frieden blieb. In ihrem aufopferungsvollen Einsatz widerspiegelte sich auch das beispielhafte Wirken der von der Partei mit der Führung der Grenzpolizei beauftragten Kader.

An ihrer Spitze stand seit dem 15. Mai 1960 **Oberst Erich Peter** als Kommandeur der Deutschen Grenzpolizei. Als Sohn eines kommunistischen Arbeiters erlernte er den Schlosserberuf. Während des zweiten Weltkrieges zur faschistischen Wehrmacht einberufen, trat er sofort nach Kriegsende der KPD bei. Im Januar 1946 begann er seinen freiwilligen Dienst in der Volkspolizei. Er war als Einzelposten, Gruppenführer, Revierleiter und 1948 als Leiter des Kreispolizeiamtes Nordhausen tätig. Anschließend leistete er maßgebliche Arbeit beim Aufbau der Volkspolizei-Bereitschaften. Nach der Gründung der Nationalen Volksarmee übte er leitende Funktionen im Ministerium für Nationale Verteidigung beziehungsweise in einem Verband der NVA aus. Dank der internationalistischen Hilfe der Sowjetunion konnte auch er das dafür erforderliche Wissen an sowjetischen militärischen Lehranstalten erwerben.

Ihm zur Seite standen Generale und Offiziere mit langjähriger Tätigkeit im Kommando der Deutschen Grenzpolizei oder als Verbandskommandeure. Von ihnen wurden anlässlich des 15. Jahrestages der Deutschen

Volkspolizei am 1. Juli 1960 für besondere Verdienste ausgezeichnet:

– mit dem Vaterländischen Verdienstorden in Silber:

Generalmajor Helmut Borufka, in der Volkspolizei seit 1949;

– mit dem Vaterländischen Verdienstorden in Bronze:

Oberst Karl Wilhelm, Oberst Gerhard Knöfel und Oberst Heinz Krammer.

Die in der Zeit seit 1955 erreichten Ergebnisse in der Grenzsicherung waren vor allem deshalb möglich, weil die SED und die Staatsführung jeweils rechtzeitig die erforderlichen neuen Aufgaben gestellt und weil die Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere der Grenzpolizei diese diszipliniert und mit großem persönlichen Einsatz erfolgreich in der Praxis gelöst haben. So konnte Schritt für Schritt ein den Erfordernissen entsprechender zuverlässiger militärischer Schutz unmittelbar an der Staatsgrenze, speziell zur BRD, wirksam werden. Als Bestandteil dieses Prozesses begann die Entwicklung der Grenzpolizei zur Grenztruppe, indem die Leninschen Grundprinzipien des Aufbaus und der Führung sozialistischer Streitkräfte entsprechend den Maßstäben einer sozialistischen Grenztruppe konsequent verwirklicht wurden. Das fand besonders in der allseitigen Stärkung der führenden Rolle der SED und, darauf gestützt, in der prinzipiellen Klärung und Durchsetzung militärischer Prinzipien in der Struktur, Führung und Ausbildung sowie nicht zuletzt in der Grenzsicherung seinen Ausdruck.

Gleichzeitig konnten in dieser Zeit wertvolle praktische Erfahrungen darüber gewonnen werden, welche Anforderungen in dieser Hinsicht an Grenztruppen unter den spezifischen Bedingungen der Staatsgrenze der DDR zur imperialistischen BRD und damit an einer militärpolitisch markanten Trennlinie zwischen dem sozialistischen und imperialistischen System sowie deren stärksten Militärkoalitionen gestellt werden mußten. Das war von großem Wert für die spätere volle Herausbildung des Truppencharakters und erleichterte insbesondere die Entscheidung über Grundlagen des Profils der künftigen Grenztruppen der DDR.

Zum anderen aber wog immer schwerer, daß die mit großen Anstrengungen in der Grenzsicherung errungenen Erfolge durch die offene Grenze zu Westberlin geschmälert wurden und auch das Fehlen durchgehender pioniertechnischer Anlagen an der Grenze zur BRD dem Gegner relativ viel Spielraum ließ. Da die aggressiven imperialistischen Kräfte unter Mißbrauch der offenen Grenze die Lage zunehmend gefährlicher zuspitzten, reifte die Entscheidung unausweichlich heran: Die 12 Jahre offen gehaltene Staatsgrenze zu Westberlin mußte im Interesse des Friedens und ungestörten sozialistischen Aufbaus allseitig zuverlässig gesichert werden.